

Das Parlament

Berlin, 21. Oktober 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 43 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Eine Tür als Mahnmal

Max Privorozki Von einem Wunder sprach der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Halle nach dem Anschlag. „Für mich ist die Tür wirklich heilig“, sagte er der „Jüdischen Allgemeinen“. Die Holztür der Synagoge stand zwischen Privorozkis Gemeinde und dem geständigen, von Hass auf Juden und Rassismus angetriebenen Attentäter von Halle. Sie hielt seinem



Beschuss stand und verhinderte ein womöglich noch schlimmeres Blutbad. Die Gemeinde will die durch die Kugeln sichtbar beschädigte Tür nun als Mahnmal aufstellen. Unmittelbar nach den Vorfällen in der Saale-Stadt hatte Privorozki auch massive Kritik an der Polizei geübt: Man habe mehrfach vergeblich um Schutz gebeten. Zudem hätten die Einsatzkräfte nach dem Notruf zu langsam reagiert.

ZAHL DER WOCHE

96.325

Mitglieder zählten die jüdischen Gemeinden in Deutschland 2018 laut einer Statistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. 1990 waren es den Angaben zufolge 29.089. Die Mitgliederzahl stieg bis 2006 auf 107.794 an.

ZITAT DER WOCHE

»Diese Fahrlässigkeit hat sich jetzt bitter gerächt.«

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, über nach dem Attentat von Halle scharfe Kritik am fehlenden Polizeischutz vor der Synagoge.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Masernschutz Bundestag berät Entwurf der Bundesregierung Seite 6

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Freie Fahrt Grüne scheitern mit Antrag zu Tempo-Limit Seite 8

KULTUR UND BILDUNG
100 Jahre Weimarer Reichsverfassung gewürdigt Seite 11

KEHRSEITE
Bundestag Konferenz zum Umgang mit Hassrede im Internet Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Schatten der Schande

ANTISEMITISMUS Bundestag betont nach Terroranschlag seine Verbundenheit mit jüdischem Leben

Erneut! Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) setzte dieses Wort hinter seine Feststellung, der Anschlag von Halle habe „das bedrohliche Ausmaß rechtsextremer Gewaltbereitschaft offenbart“, als er am vergangenen Donnerstag im Parlament der Opfer der jüngsten Terrorattacke gedachte. Vieles steckt in diesem „Erneut!“, die bittere Tatsache, dass der Kette rechtsextremistischer Gewaltverbrechen nun ein weiteres folgte, aber auch das immer neue Entsetzen über jede einzelne dieser Untaten, die immer neue Abscheu, und nicht zuletzt der entschlossene Wille, diesem braunen Spuk entgegenzutreten. Zwei Menschen wurden ermordet, „zwei weitere schwer verletzt, als sie den Weg eines Mannes kreuzten, der entschlossen war, zu töten – aus purem Hass“, blickte Schäuble auf den Terrorakt zurück, der „dem klaren Ziel folgte, möglichst viele Juden zu töten“, und konstatierte: „Nur glückliche Umstände haben weitere Opfer verhindert: Gläubige, die sich am höchsten jüdischen Feiertag in der Synagoge versammelt haben, mitten in unserem Land.“

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land empfinden den Anschlag von Halle als Schande, fügte der Parlamentspräsident hinzu und mahnte, die „Versäumnisse im Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus“ schnell und umfassend aufzuarbeiten, um „effektiv gegen grenzüberschreitende rechtsextreme Netzwerke vorgehen zu können, um die Wege der Radikalisierung zu durchbrechen“ und um „Ausgrenzung, Hass und Hetze als geistigem Nährboden von Gewalttaten entgegenwirken zu können“. Zugleich unterstrich er neben der „Verbundenheit mit allen Menschen jüdischen Glaubens“ den Willen des Parlaments, dazu beizutragen, „dass jeder in diesem Land, egal welcher Religion, welcher Herkunft oder welchen Geschlechts, die grundlegende Sicherheit erfährt, frei und selbstbestimmt zu leben“.

»Sofortpaket« Die ganze zurückliegende Woche befasste sich der Bundestag mit den Mordtaten von Halle: Am Montag tagte dazu das Parlamentarische Kontrollgremium. Am Mittwoch informierten Generalbundesanwalt Peter Frank sowie Spitzen von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz den Innenausschuss über die Ermittlungen. Am Donnerstag debattierte das Plenum über die „Bekämpfung des Antisemitismus nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle“, der am Freitag auch Aussprachen über Entschuldigungsregeln für Terror-Opfer (siehe Seite 3) sowie über Anträge von FDP (19/14062), Linken (19/10750) und Grünen (19/14091) zur Bekämpfung des Rechtsextremismus prägen sollte. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sprach in der Donnerstagsdebatte mit Blick auf Antisemitismus und Rechtsterrorismus von einer „sehr ernsten“ Sicherheitslage und stellte ein Sechs-Punkte-Programm als „Sofortpaket“ zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vor. Dazu gehört dem Minister zufolge neben Präventionsanstrengungen und einem besseren Schutz jüdischer Einrichtungen auch eine „massive“ Stärkung des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit „einigen hundert“ zusätzliche Stellen. Notwendig sei zudem eine Meldepflicht für Anbieter im Internet bei Straftatbeständen im Netz, „damit diese Dinge dann auch strafrechtlich verfolgt werden könne“. Ferner würden mit Hochdruck Verbote rechtsextremistischer Vereine geprüft und, „wann immer es möglich ist rechtsstaatlich“, auch ausgesprochen. Darüber hinaus müsse man das Waffen- und Sprengstoffrecht in den Blick nehmen, fügte der Ressortchef hinzu. Man müsse „viel stärker an jene heran, die Waffenbesitzkarten haben und gleichzeitig in rechts-

extremen Vereinigungen“ sind, und bei der Ausstellung von neuen Waffenbesitzkarten „sehr viel stärker hinschauen, ob diese Personen in Verbindung mit rechtsextremistischen oder -terroristischen Vereinigungen stehen“, sagte Seehofer. Auch Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) drang auf eine weitergehende Verschärfung des Waffenrechts als derzeit vorgesehen (siehe Seite 5). Die Waffenbehörden müssten eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz vornehmen können, forderte sie. Man dürfe nicht warten, bis Extremisten über Waffen verfügen, „und sie ihnen dann entziehen – wir müssen vorher handeln“. Um den „Nährboden für Hass, Hetze und Gewalt“ auszutrocknen, müsse zudem das Netzwerkdurchsetzungsgesetz verschärft werden. Die bestehende Verpflichtung sozialer Netzwerke, strafbare Beiträge zu sperren oder zu löschen, reiche nicht. Vielmehr brauche man eine Pflicht, Morddrohungen und Volksverhetzungen den Strafverfolgungsbehörden zu melden: „Hetzer muss klar sein, dass sie sich nicht in der Anonymität des Netzes verstecken können.“

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Alexander Gauland, nannte es einen „ungeheuren Skandal“, dass „in Deutschland im Jahr 2019 Juden in ihrem Gotteshaus Todesängste ausstehen müssen“. Ein „Angriff auf eine Synagoge in Deutschland – das darf nicht sein“, betonte er. Gauland wandte sich zugleich gegen den Vorwurf, die AfD

habe ein Klima geschaffen, in dem Taten wie in Halle möglich seien. Man könne „nüchtern feststellen, dass es seit der Ausrichtung der Willkommenskultur 2015 zu einer gewaltigen Radikalisierung und Spaltung der gesamten Gesellschaft gekommen ist“. Dafür hätten „jene die Ursachen gesetzt“, die „mehr als eineinhalb Millionen unserer Kultur fremder Menschen ins Land gelassen haben“. Scharfe Kritik an der AfD kam aus den Reihen der anderen Fraktionen. Schon in der vorangegangenen Debatte betonte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, dass der Täter von Halle vielleicht alleine gehandelt habe, aber getragen werde „von einem System der Hetze, des Chauvinismus und des Rechtsextremismus, und die AfD ist Teil dieses Systems“.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt entgegnete Gauland, angesichts der Opfer von Halle und der Angst bei Juden im ganzen Land „ausgerechnet die AfD als Opfer darzustellen“, sei eine Schande für das Parlament. Sie beklagte zudem, zu lange sei vor der Terrorgefahr durch Rechtsextremisten weggeschaut worden. So gälten 12.500 Rechtsextremisten als gewaltbereit, doch nur 43 seien als „Gefährder“ eingestuft. Petra Sitte (Linke) sprach von „rassistischen, antisemitischen Parolen der AfD“. Es sei deren „Hetze und Menschenhass“ zuzuschreiben, dass in Deutschland wieder ein „Klima von Angst und Ohnmacht“ herrsche. Sitte nannte es zugleich ein „em-

pörendes Versagen deutscher Politik“, dass das Engagement gegen Nazis immer wieder diffamiert worden sei. Initiativen, die seit Jahren aufklärten und Opfer berieten, müssten dauerhaft unterstützt werden. Dazu gehöre, dass die Bundesregierung aufhöre, Programmen wie „Demokratie leben“ die Mittel zu kürzen. Thorsten Frei (CDU) hielt der AfD vor, sie betreibe Geschichtsrevisionismus, verschlebe „rote Linien“ und Sorge dafür, „dass

Dinge denk- und sagbar sind, die es bisher nicht waren“. Auch das befördere Antisemitismus. Linda Teuteberg (FDP) betonte die gemeinsame Verantwortung dafür, „dass jüdisches Leben in Deutschland sicher, frei und selbstbestimmt stattfinden kann“. Dieser Verantwortung würden „Reflexe, Aktionismus und Überbietungswettbewerbe“ nicht gerecht, sagte sie und wandte sich gegen „Überwachungsphantasien und Datensammelwut“. Vielmehr müsse der Rechtsstaat die „Orte der Verbreitung menschenverachtender Ideologie“ viel intensiver ins Visier nehmen, ob „im Internet, in Kameradschaften, in Parteien oder anderswo“.

Streit um Tweet Für Empörung bei Rednern der Koalition und der anderen Oppositionsfraktionen sorgten Twitter-Aktivitäten des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner. Er hatte auf Twitter unter anderem die Nachricht eines anderen Nutzers weiterverbreitet. Dieser hatte geschrieben, die Opfer von Halle seien „eine Deutsche, die gerne Volksmusik hört“, und „ein Bio-Deutscher“ gewesen, und hinzugefügt: „Warum lungern Politiker mit Kerzen in Moscheen und Synagogen rum?“. Brandner entschuldigte sich am Donnerstag im späteren Tagesverlauf im Plenum dafür, „wenn sich Menschen durch den Retweet von mir angegriffen oder schlecht behandelt gefühlt haben“. Er habe den von ihm verbreiteten Beitrag „inhaltlich nie geteilt“. In einem Gespräch mit Schäuble habe dieser ihm vor Augen geführt, „welche Probleme auch in der Außenwirkung dieser Retweet“ verursacht habe. „Es tut mir leid, diesen Tweet mit diesen Folgen retweetet zu haben“, fügte er hinzu.

Helmut Stoltenberg



Der Stern der Synagoge in Halle

© picture-alliance/dpa / Jan Woitas

EDITORIAL

Die Lage ist sehr ernst

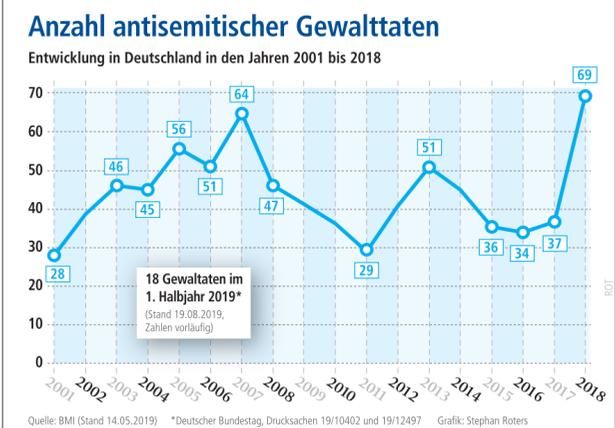
VON JÖRG BIALLAS

Was geht in einem jungen Mann vor, der vorgibt, Juden zu hassen, ohne vermutlich je einen Juden kennengelernt zu haben? Wie verückt ist ein Weltbild, das suggeriert, Juden, Ausländer oder Feministinnen seien für gesellschaftliche Missstände verantwortlich? Warum bastelt jemand Waffen und Sprengstoff mit dem festen Vorsatz, möglichst viele ihm unbekannte Menschen zu ermorden? Fragen, die sich mit den Möglichkeiten eines gesunden Verstandes nicht beantworten lassen.

Neben der Trauer um die Opfer macht die Unfassbarkeit des Motivs, das der Attentäter im Internet und bei seiner Vernehmung angab, ratlos und verzweifelt. Auch weil spätestens jetzt klar geworden ist: Der 27-jährige Todeschütze ist kein Einzelfall. So wenig wie das Killerkommando des „Nationalsozialistischen Untergrunds“. So wenig wie der mutmaßliche Mörder des Kasseler Regierungpräsidenten Walter Lübcke. Es gibt in diesem Land eine rechte Terrorzone, die willens und in der Lage ist, Missliebige oder Andersdenkende umzubringen.

Dabei spielt die Vernetzung im Internet eine wesentliche Rolle. Bei allen Vorteilen, die eine weltweite Datenverknüpfung und Kommunikation mit sich bringen, gehört zur Wahrheit: Das Internet ist uns in Teilen über den Kopf gewachsen. Auch der Täter von Halle hat sich offenbar online radikalisiert. Sogar in frei zugänglichen Bereichen des Internets werden mittlerweile Dinge angeboten, die jede Vorstellungskraft übersteigen. Es wird höchste Zeit, dass Mittel und Wege gefunden werden, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Dazu gehört, endlich ohne ideologische Scheuklappen darüber nachzudenken, ob Anonymität im Netz tatsächlich nötig ist. Wer da reflexhaft mit der Zensur-Keule zuschlägt, macht sich die Sache zu einfach.

Nach dem Anschlag in Halle wird in der Politik wieder darüber diskutiert, wie der Staat terroristischer Bedrohung effektiver begegnen kann. Das Spektrum reicht von denen, die glauben, der vorhandene Apparat sei ausreichend, müsse aber effektiver eingesetzt werden, bis zu jenen, die deutlich mehr Personal und Überwachungsmöglichkeiten für die Sicherheitsbehörden fordern (siehe auch Gastkommentare auf Seite 2). Darüber mag gestritten werden. Eines muss jedoch allen klar sein: Die Lage ist ernst, sehr ernst.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

MEHR BEFUGNISSE FÜR DIE SICHERHEITSBEHÖRDEN?

Taten müssen folgen

PRO



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Neue Befugnisse und mehr Personal für die Sicherheitsbehörden sind zwei Standardforderungen, wenn schreckliche Gewalttaten die Republik erschüttern. Innenminister Horst Seehofer (CSU) geht derzeit wieder damit hausieren. Nach Halle gilt freilich: Den Worten müssen Taten folgen. Jedem muss endlich klar sein, wie groß die Gefahr durch gewaltbereite Rechtsextreme geworden ist. Und wie klein demgegenüber die Möglichkeiten der Behörden sind, speziell die Kommunikation der Extremisten in sozialen Netzwerken und auf Internetplattformen zu durchleuchten. Der Rechtsterrorismus hat sich digital brutalisiert und konspirativ verbreitert; es gibt Hass und Drohungen, Chatrooms voller Gewaltparolen, es kursieren sogar Todeslisten mit tausenden von Namen. Nur die Sicherheitsbehörden halten kaum Schritt mit den verdeckten Netzwerken oder potentiellen, irren Einzeltätern, die im Internet ihre Radikalisierung erfahren. Zum einen, weil sie bestehende Befugnisse nicht anwenden können mangels Personal und Analysekompetenzen. Zum anderen, weil an wichtigen Stellschrauben immer noch nicht gedreht worden ist. Das fängt damit an, dass auf Facebook, Twitter und Co. munter gehasst werden kann, ohne dass die Betreiber tatsächlich einschreiten müssen und die Hetze automatisch eine strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht. Dabei ist das der Nährboden für Gewalttaten. Und das hört noch lange nicht auf bei einer Verlängerung der Speicherfristen von Daten extremistisch auffällig gewordener Personen. Gewiss, auch mit den umfangreichsten Befugnissen werden die Sicherheitsbehörden die Gefahr von rechts nicht völlig eindämmen können. Aber sie müssen die Möglichkeit dazu haben.

Gefährlicher Abbau

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

In Zeiten des Terrors haben es die Grundrechte schwer. Und wenn der Terror von rechts kommt, wird ihre Verteidigung noch schwieriger. Denn viele in Politik und Gesellschaft, die sich gegen immer neue Befugnisse für die Sicherheitsbehörden aussprechen, stecken in einem Dilemma: Es sind oft dieselben Personen und Parteien, die seit Jahren ein konsequenteres Vorgehen gegen rechtsextreme Netzwerke fordern. Aber sollen sie jetzt plötzlich auf konsequenten Grundrechtsschutz verzichten? Nein. Unabhängig von den Motiven der Terroristen gilt weiter der Satz: Wer die Bürgerrechte zu schützen glaubt, indem er sie untergräbt, hat den Feinden des Rechtsstaats schon einen Dienst erwiesen. Nein, das kann und wird den Angehörigen der Opfer von Halle kein Trost sein. Auch nicht den Juden in Deutschland, denen so brutal wie selten vorgeführt wurde, mit welchem skandalösen Risiko sie in diesem Land leben müssen. Aber auch ihnen könnte es nicht gefallen, wenn mit immer mehr Kommunikationsüberwachung praktisch die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt wird. Der jüngste Skandal in Dänemark, wo Fehler bei der Vorratsdatenspeicherung die Überprüfung von Tausenden Gerichtsurteilen notwendig machen, zeigt: Auch der Abbau von Datenschutz und Bürgerrecht kann für uns alle gefährlich sein. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, so viel Sicherheit zu organisieren, wie es ohne Abbau von Grundrechten nur geht. Sie fangen an bei einem Verfassungsschutz, der endlich sein rechtes Auge schärft, und hören beim Polizeischutz für Synagogen wie die in Halle nicht auf. Der Innenminister und seine politischen Freunde haben damit genug zu tun.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Diaby, wo und wie haben Sie von dem Anschlag in Halle erfahren?

Ich war in Halle in der Straßenbahn unterwegs und wollte in mein Bürgerbüro, als meine Tochter mich anrief und fragte, wo ich sei. Sie sagte, dass ich sofort nach Hause gehen solle, weil es im Paulusviertel eine Schießerei gebe. Und da habe ich dann auch schon die Polizei gesehen. Im Büro angekommen, habe ich dann erfahren, was los ist und war wirklich schockiert.

In und um Halle gibt es eine ausgeprägte rechtsradikale Szene. Das ist seit Jahren bekannt. Waren die Morde absehbar?

Nein, das kann man so nicht sagen. In Halle haben wir vor allem die „Identitäre Bewegung“, die mitten in der Stadt ein Haus bewohnt. Ausgerechnet unmittelbar gegenüber dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum der Universität. Schon das ist eine Provokation. Aber dass so ein Anschlag absehbar war? Nein, bestimmt nicht.

Als ein aus Afrika stammender Halenser gehören Sie in Ihrer Heimatstadt ebenfalls zu einer Minderheit, die im Fokus Rechtsradikaler steht. Sie haben immer gesagt, Sie hätten trotzdem keine Angst, in Halle zu sein. Hat sich das geändert?

Nein, das hat sich nicht geändert. Denn Angst ist ein schlechter Ratgeber. Menschen, die so etwas Schreckliches tun, wollen andere einschüchtern. Gerade auch solche, die sich für die Demokratie und eine solidarische Gesellschaft engagieren. Ich persönlich habe keine Angst. Aber ich spüre bei den Menschen in Halle eine große Verunsicherung. Wahrscheinlich ist das ganz normal. Trotzdem hoffe ich sehr, dass das kein Dauerzustand wird. Dann hätte der Täter ja sein Ziel erreicht.

Erst die NSU-Mordserie, dann wird in Kassel Regierungspräsident Walter Lübcke von einem Neonazi erschossen und jetzt das Attentat in Halle. Experten warnen seit Jahren vor einer rechtsextremen Welle der Gewalt. War die Politik zu sorglos?

Wir haben aus den NSU-Morden nicht die richtigen Konsequenzen gezogen. Ich hätte mir gewünscht, dass besser geklärt wird, wo welche rechtsextremistischen Netzwerke bestehen und wie sie funktionieren. Da ist zu viel im Dunkeln geblieben. Außerdem müssen wir uns endlich intensiver mit der Verrohung unserer Sprache auseinandersetzen. Insbesondere in den „Sozialen Medien“. Aber ich höre auch in unseren Parlamenten, in den Landtagen und im Deutschen Bundestag, Redebeiträge, die von großer Aggressivität geprägt sind. Wer einen solchen Stil pflegt, muss sich nicht wundern, dass die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt.

Jetzt gibt es ja Pläne, die Ermittlungsbehörden personell deutlich aufzustocken und mehr Befugnisse zur Überwachung zuzulassen. Gleichzeitig gibt es Stimmen, die vor einem Überwachungsstaat warnen. Was ist richtig?

Wir müssen immer wieder Sorge dafür tragen, dass die Ermittlungsbehörden mit der Realität Schritt halten können. Wenn sich das Internet so entwickelt, dass beim normalen Bürger der Eindruck entsteht, da ist niemand mehr, der mich vor Beleidigungen und Bedrohungen schützt, muss die Politik handeln. Ich werde regelmäßig über die „Sozialen Medien“ beleidigt und bedroht und erstatte immer Anzeige. Leider meistens ohne Erfolg, weil von den Behörden viele Äußerungen als von der freien Meinungsäußerung gedeckt bewertet werden. Vergleichbar mit dem Fall Renate Künast. Ich halte das für einen Skandal. Dagegen muss etwas unternommen werden. Die Politik ist gefragt, neue Entwick-

»Ich habe keine Angst«

KARAMBA DIABY hat seinen Wahlkreis in Halle. Der Integrationsbeauftragte der SPD-Fraktion berichtet, wie das Attentat seine Heimatstadt verändert hat.



© spdfraktion.de

lungen im Internet genau unter die Lupe zu nehmen.

Offenbar hat sich auch der Täter von Halle im Internet radikalisiert. Ein weiterer Fall, der verdeutlicht, dass es im Internet unkontrollierbare und damit rechtsfreie Räume gibt. Gibt es überhaupt noch eine Chance, gegen solche Auswüchse effektiv vorzugehen?

Das Internet ist ein Freiraum, aber kein rechtsfreier Raum. Die Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit unterliegen Regeln, die

im Internet nicht gelten sollen? Das ist doch nicht zu verstehen. Oder das Darknet. Da läuft vieles völlig außerhalb der Kontrolle des Staates. Mir ist klar, dass eine Kontrolle nicht einfach ist. Aber trotzdem muss doch alles versucht werden, diesem rechtsfreien Raum möglichst weitgehend zu kontrollieren.

Führende Vertreter der AfD haben den Anschlag in Halle deutlich verurteilt. Trotzdem gibt es Vorwürfe, die AfD treffe eine Mitverantwortung, weil ein-

zelne Äußerungen ihrer Funktionsträger im Vorfeld dieser Tat als geistige Brandstiftung gewirkt hätten. Wie sehen Sie das?

Ich habe einige Redebeiträge von AfD-Abgeordnete in Erinnerung, wo ich hundertprozentig sicher bin, dass sie zur Radikalisierung potenzieller Gewalttäter beigetragen haben. Das betrifft übrigens auch so manche hässliche Äußerung über Afrikaner, auch im Deutschen Bundestag. Mich macht das immer wieder fassungslos. Ich würde mir wünschen, dass mehr darüber nachgedacht wird, was diskriminierende Meinungsäußerungen bei gewaltbereiten Menschen auslösen können.

Die Betroffenheit vieler Bürger über die Ereignisse in Halle ist groß. In vielen Städten gab es gut besuchte Solidaritätskundgebungen. Was kann jeder einzelne im Alltag darüber hinaus tun?

Wir müssen uns mehr mit der Frage beschäftigen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wenn wir in einer offenen Gesellschaft in Frieden, ohne Gewalt und unter Wahrung der Menschenrechte leben wollen, müssen wir dafür öffentlich eintreten und streiten. Es reicht nicht, die Politik in die Pflicht zu nehmen. Toleranz und Solidarität muss aus der Gesellschaft erwachsen. Die Politik kann das mit Rahmenbedingungen begleiten und unterstützen. Etwa mit einer verbesserten politischen Bildung. Oder mit mehr Medienkunde in den Schulen, damit die Kinder lernen, verantwortungsvoller mit digitalen Medien umzugehen. Die Realität sieht leider anders aus. Viele Lehrkräfte wollen sich mit Themen wie Rechtsextremismus doch gar nicht mehr im Unterricht auseinandersetzen. Aus Angst, ihre Meinung könnte von Schülern im Internet verbreitet werden. Das darf nicht sein und ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie. Außerdem müssen wir natürlich Initiativen, die sich gegen den Rechtsruck engagieren, weiter unterstützen.

Die rechte Szene in Deutschland zeigt sich inzwischen in einer Form selbstbewusst, die jeden Demokraten gruseln lassen muss. Woher kommt das eigentlich?

Wir haben uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, bestimmte Dinge als normal zu empfinden. Das gilt zum Beispiel für verfassungsfremde Symbole, die etwa völlig offen als Tattoos zur Schau gestellt werden. Es ist leider wahr: Ein rechtes und menschenfeindliches Weltbild ist in dieser Gesellschaft angekommen. Und das können wir nicht weiter hinnehmen.

Herr Diaby, Sie haben Kinder. Wie vermitteln Sie ihren Kindern ein Leben ohne Angst vor rechtsextremem Gewalt?

Das ist nicht einfach. Meinen Kindern habe ich immer wieder erklärt: Ihr wachst in Halle unter Freunden auf, mit denen ihr schon in der Kita und in der Schule wart. Es gibt aber eine kleine Gruppe in dieser Stadt, die uns ablehnen. Und auf die müsst ihr aufpassen. Wie gesagt: Man darf keine Angst haben, darf aber auch nicht naiv durch das Leben gehen. Deshalb ist es nötig, wachsam zu sein.

Das Gespräch führte Jörg Biallas.■

Karamba Diaby (57), Bundestagsmitglied seit 2013, stammt aus dem Senegal. Er kam in den 1980er Jahren in seinen heutigen Wahlkreis Halle.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Frühliberale: Konstantin Kuhle

Nach dem Anschlag in Halle mahnt Konstantin Kuhle zur Besonnenheit. „Wir leben generell in einem sehr sicheren Land“, betont der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion. In der öffentlichen Wahrnehmung und im Fokus der Politik habe über viele Jahre das Thema des islamistischen Terrorismus dominiert. Nun gerate das ebenso wichtige Thema Rechtsterrorismus ins Blickfeld. Deshalb begrüßt Kuhle, dass das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz viele neue Stellen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bekommen. Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die es zu verteidigen gelte, gehöre aber „die Privatsphäre, der Datenschutz, die informationelle Selbstbestimmung immer dazu“. Forderungen nach immer umfassenderer Kommunikationsüberwachung weist Kuhle deshalb zurück. „Derjenige, der die strengsten Sicherheitsmaßnahmen vertritt, ist nicht automatisch derjenige, der mehr Sicherheit garantiert.“ Die allgemeine Vorratsdatenspeicherung sei von den Richtern in Luxemburg und Karlsruhe gestoppt worden, und jetzt „haben wir gar keine Speicherung, auch nicht bei Leuten, die besonders verdächtig sind“. Der Liberale plädiert für anlassbezogene Speicherung, das heißt, genau hinzugucken, wer etwa einer verfassungsfeindlichen Organisation angehört oder Kontakte dorthin hat, und dann „die Leute passgenau zu überwachen, bei denen ein bestimmter Verdacht besteht“. Eine Tat wie in Halle hätte die Vorratsdatenspeicherung ohnehin nicht verhindern können, merkt der FDP-Abgeordnete an. Den sogenannten Staatstrojaner wiederum, also Quellen-Telekommunikati-



© DBT/achim Meide

»Derjenige, der die strengsten Sicherheitsmaßnahmen vertritt, ist nicht automatisch derjenige, der mehr Sicherheit garantiert.«

fassungschutz heute schon im Rahmen ihres allgemeinen Auftrags aktiv sein. „Ich glaube, wir brauchen bei den Sicherheitsbehörden einfach die personellen Kapazitäten, die technischen Kapazitäten und das Verständnis dafür, dass dort im Internet etwas passiert, das wir im Blick haben müssen“, sagt Kuhle. Für fehlgeleitete hält er allerdings eine Debatte über den Inhalt von Online-Spielen. Wofür er jedoch plädiert, ist eine bessere Zusammenar-

beit der Verfassungsschutz-Behörden. Den Vorschlag für eine entsprechende Föderalismus-Reform habe die FDP-Fraktion unter seiner Mitwirkung auf den Tisch gelegt. Stimmen aus anderen Parteien, die der AfD eine Mitverantwortung für rechten Terror zuweisen, stimmt Kuhle ausdrücklich zu. So habe der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Stephan Brandner, eine „Kritik an der Trauer über Halle weiterverbreitet, in der unterstellt wird, Juden könnten sowieso keine Deutschen sein und man sollte sich mal um die deutschen Opfer kümmern und nicht um die potentiellen jüdischen Opfer“. Die FDP sei da „ganz deutlich gefragt, Abgrenzung und Widerstand zu leisten“. Der 30-jährige Konstantin Kuhle, seit 2017 im Bundestag, war Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen, zu denen er schon mit 13 gefunden hatte. Man habe ihn dort trotz seines Alters ernst genommen mit seinen Anliegen, etwa dass Schulen mehr Gestaltungsfreiheit bekommen, erzählt er. Der Niedersache vom Land hat ein Schuljahr in Ecuador und ein Semester in Paris verbracht. Dabei ist er heimatverbunden geblieben und europabegeistert geworden, wie er versichert. Auf die Frage, was er außer Politik am liebsten macht, kommt die überraschende Antwort: „Ich bin leidenschaftlicher Jurist.“ Er habe seine Anwaltszulassung behalten, allerdings „derzeit leider keine Zeit, im Anwaltsberuf groß etwas zu machen“. Eine weitere Leidenschaft ist das Theater. Kein Wunder, in der Schulzeit und später im Verein hat er selbst gespielt. Peter Stützle ■

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
18. Oktober 2019

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detschenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

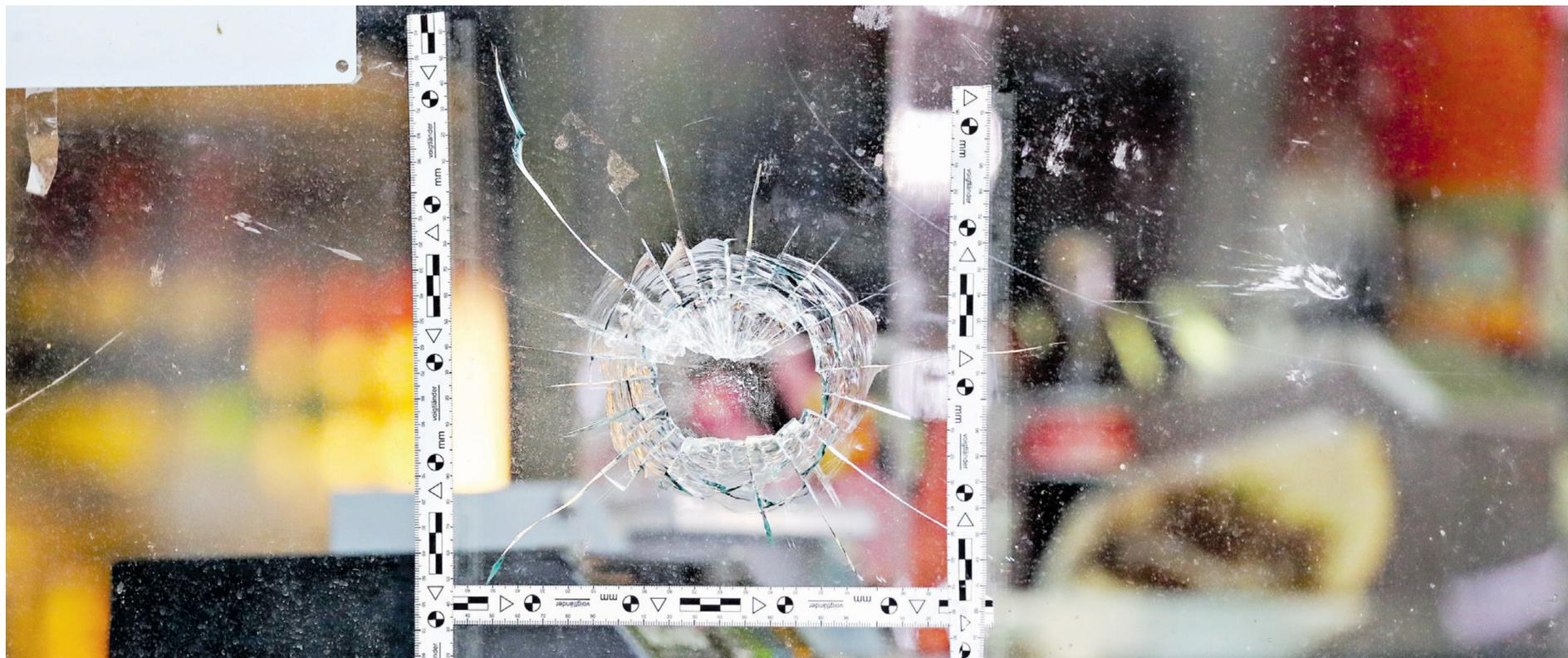
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Stellv. Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzi (pez)
Sören Christian Reimer (scr), CVO
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detschenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Polizeimarkierungen um einen Einschuss in der Scheibe eines Dönerladens in Halle. Der Täter soll ein passionierter Online-Spieler sein, der sich im Internet radikalisierte.

© picture-alliance/dpa /Jan Woitas

Die Unregulierbaren

INTERNET Bei Teilen der Online-Games kann die Fan-Szene ungestört SS-Gilden formieren und gegen Juden hetzen

Hier marschiert die Waffen-SS noch. Eine regelrechte Parade diverser Gruppen ergötzt sich an dem Namen Schutz-Staffel, wie die Truppe im Nationalsozialismus hieß. Würde solcherlei in einem Klassenzimmer passieren, in Leserbriefen gepostet oder bei einer öffentlichen Versammlung verkündet, müsste die Polizei schnell eingreifen. Nicht so in dem Online-Spiel „Clash Royale“. Dort versammeln sich unter der Rubrik „Waffen-SS“ Dutzende sogenannte Clans oder Gilden, um zu spielen und sich gegenseitig in der Bewunderung der Nazi-Spezialeinheit zu bestärken. Oder um Juden zu schmähen. Niemand zieht wirksame Konsequenzen, wenn in dem Online-Spiel das Volk verhetzt wird. Dabei findet das Game nicht etwa in einer klandestinen Nische des Internets statt. Weltweit haben es bereits 100 Millionen Nutzer herunter geladen. Hierzulande spielen schon Zehnjährige „Clash Royale“. Die deutsche „Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle“ stempelte das Spiel frei – mit einer Alterseinstufung ab sechs Jahren.

Live gestreamt Nach dem tödlichen Anschlag in Halle sind Computerspiele in der Diskussion – wieder einmal. Der geständige Täter soll ein passionierter Spieler sein, der sich im Internet radikalisierte. Er streamte sein Verbrechen live ins Netz. Sind Games und die damit korrespondierenden Video- und Schockbild-Plattformen so etwas wie virtuelle Trainingslager für militante Neonazis und einsame Wölfe? Verallgemeinerungen helfen in einer Szene nicht weiter, die nicht gerade eine Minderheit ist: Mit 34 Millionen Spielern haben Games mehr Nutzer, als es in Deutschland Facebook-Accounts gibt (32 Millionen). „Es wäre vollkommen falsch, die ganze Gamerszene zu verdächtigen“, warnt der Wiener Spieleforscher Eugen Pfister, der die Wechselwirkungen zwischen Games und Politik untersucht. „Aber es gibt Plattformen und Foren, auf denen rechte Themen unkontrolliert verbreitet werden – ohne dass es wirklich jemand im Blick hat.“ Vor der Synagoge von Halle war das Attentat grausame Realität. Auf der prominenten Video-Plattform „Twitch“ erschien die Tat hingegen wie ein Killerspiel. Der Attentäter schnallte eine Handkamera auf seinen Kampfhelm, die alle seine Aktionen wie aus der Perspektive eines Ego-Shooters ins Netz übertrug. Die Onlinebetrachter konnten in Echtzeit sehen, wie er die 40-jährige Jana L. hinterrücks erschießt. Und wie er noch einmal zu dem angeschossenen 20-jährigen Kevin S. in die Dönerbude zurückkehrt, um ihn zu richten. „Der lebt doch noch“, hören die Zuschauer den Täter sagen – es waren mehr als 2.000. Eine Dramaturgie wie die Kopie einer Spielszene aus einem der Games, die üblicherweise auf „Twitch“ zu sehen sind. Der Attentäter von Halle hat in einem rechtsextremen Pamphlet einzelne Phasen solcher Taten als „Achievements“ eingeordnet. In Computerspielen, auch in nicht gewalthaltigen Serious Games sind „Achievements“ Ziele, die mit Punkten belohnt werden, auf dass Spieler das nächste Level erreichen. In rechten Communities kursierten nach dem Attentat auf die Moschee im neuseeländischen Christchurch bearbeitete Fassungen des Streams, in denen „Achievements“ oder „Kills“ als Erfolgspunkte in die Erschießungen eingebettet wurden. Das gab es auch jetzt nach dem Anschlag in Halle. Es ist anzunehmen, dass der Täter selbst ins Tötungs-Ranking auf Plattformen wie „Discord“ vorstoßen wollte. Dort rangiert auf Platz eins der norwegische Massenmörder von Utøya, dahinter der von Christchurch. Als der Attentäter auf einer Synagoge in Kalifornien seine Tat auf einer Foto-Plattform ankündigte, lautete die Reaktion im dortigen Forum: „Get the high-score“, knack den Bestwert. Dass Mörder wie in einem Computerspiel möglichst viele Menschen töten wollen, ist nicht neu. Auch die ersten weltweit berühmt gewordenen Amokläufer der Columbine High-School im US-amerikanischen Littleton im Jahr 1999 legten es darauf an, möglichst viele Menschen in den Tod zu reißen. Es gibt eine Reihe von Ähnlichkeiten zwischen den Tätern der Schulschießereien und den rechtsextremen Taten seit dem 77-fachen Mord auf Utøya in Norwegen im Jahr 2011. In einem letzten großen Auftritt krönten die Täter auf perverse Art ihre Versagerkarriere – auch der Mörder von Halle sagt in seinem Videostream: „I am a complete loser.“

Im Fadenkreuz Das Filmen spielt eine große Rolle. Die Mörder von Littleton posierten regelrecht vor den Überwachungskameras der Schule. Aber sie filmten noch nicht selbst und streamten nicht live in eine applaudierende Community; die Technologie war damals noch nicht so weit. Und sie hatten, jenseits des Nihilismus, keine politische Ideologie. Nun aber fusionieren White-Supremacy-Fanatiker und die rechtslastigen Teile der Gamerszene. Sie haben mit korrespondierenden Chats und Plattformen das mediale Ökosystem des rechten Amok 2.0 erschaffen. Die Taten der Columbine-Mörder waren noch eine Art pervertiertes sportives Event. Seit Utøya und dem 1.000-seitigen Manifest des Täters wird über das Morden eine rechtsextreme Ideologie gestülpt. Sie fordert, die vermeintliche Unterdrückung durch Fremde und Linke zu rächen. „Kills“ dienen nicht mehr dem Highscore, sondern dem weißen Volke: Auf Utøya wurde die sozialdemokratische Jugend getötet, in Christchurch waren Muslime die Opfer, bei den Synagogen-Attentaten sind es die Juden, in Orlando gerieten 2016 die Schwulen und die LGBTQ-Leute ins Fadenkreuz, kurz: „die anderen“ werden ausgelöscht, weil sie die Homogenität eines reinrassigen Volkes in einem autoritären Staat stören. Das ist eine faschistische Ideologie. Und sie kursiert nicht etwa im Darknet, in abge-

schotteten Game-Nischen oder auf Trainingsgeländen von Neonazis im Wald. Das Ökosystem von Games samt Chatforen wie „Steam“ und Plattformen wie „Twitch“ oder „4chan“ ist öffentlich. Hier ist ein politischer Raum entstanden, wo der analoge und virtuelle Rechtsextremismus sich mit der letalen Spielkultur eines Teils der Gamerszene verschwärt. „Es gibt Überlappungen zwischen Gaming-Community, weißen Nationalisten, Antifeministen und der Community der Verschwörungstheoretiker“, sagte die Extremismus-Forscherin Julia Ebert der „Süddeutschen Zeitung“. „Das bedeutet aber nicht, dass von Computerspielen die Radikalisierung ausgeht, es ist eher so, dass Rechtsextreme deren Kulturelemente kapern. Sie verwenden dazu einerseits Sprache und Insiderwitze der Szene und andererseits deren Plattformen.“

»Es wäre falsch, die ganze Gamerszene zu verdächtigen.«
Eugen Pfister, Spieleforscher

Vereinfacht gesagt existieren rechtsextreme Phänomene auf zwei Ebenen der Online-Spiele: die Bild- und Symbolwelten in den Games selbst, in der neuerdings Hakenkreuze verwendet werden dürfen; und die Haltung bestimmter Gamercommunities, die von frauenfeindlich bis tiefbraun grundiert sind. Der Brandenburger Cyberkriminalologe Thomas-Gabriel Rüdiger hat auf „Steam“ 52.000 Nutzer mit dem Namensbestandteil Hitler gezählt. Diese Melange

toxischer Männlichkeit lebt sich dann auf Foto-Plattformen wie „4chan“ voll aus, wo jeder Anonymus ist. „4chan“ ist ein Brutalo-Instagram, wo unfassbare Dinge geschehen. Als dort Aufnahmen der blutverschmierten Tatwaffe und der Leiche von der Tötung eines Neunjährigen durch seinen 18-jährigen Nachbarn auftauchten, kommentierte ein Nutzer: „Hey wie geht's Marcel? Erledige bitte ein paar Sandnigger (Anm. d. Red.: Rassistischer Internetslang für nicht-weiße Menschen aus dem Nahen Osten) für das Deutsche Reich!“ Die Games sind kein Hort des Rechtsradikalen. Sie stellen das Spiel als Bindemittel bereit, das alle zusammenbringt. Loser werden in Killerspielen zu Bestimmern. Realitätsflüchtige können in den Parallelwelten der Spiele alle -ismen ausleben, die draußen in der realen Welt geahndet werden. Nicht umsonst heißt ein wichtiges Forum der Bild-Plattformen „/pol/“ oder „politically incorrect“. Aber auch in der weiteren Gameswelt sind die Haltungen, freundlich gesagt, elastisch. In einem Stream des prominenten deutschen Youtubers Gronkh, einem Star der Szene, wird eine weibliche Figur durch einen Speersich zwischen die Beine erledigt – mit dem Kommentar „Komm, ich vergrößere Dich“. Als dies als frauenfeindlich gebrandmarkt wurde, gab es einen Auf-

»Man sollte über virtuelle Polizeistreifen diskutieren, die sichtbar aktiv sind.«
Thomas-Gabriel Rüdiger, Cyberkriminalologe

schrei in der Szene – für Gronkh. Ihm folgen eben 4,8 Millionen Abonnenten. Das Zurückweisen simpler demokratischer Standards der Menschenwürde ist das Kernproblem der Gamer-Community. Sie ist deutlich mächtiger, als Frauenhasser und rechte Trolle auf Twitter oder Facebook. In der US-Szene machten sich zwei bekannte Gamerinnen dafür stark, andere weibliche Charaktere zu erschaffen, die nicht nur wie großbusige Pornodarstellerinnen auftreten dürfen. Die Reaktion: Die Frauen wurden mit Shitstorms überzogen, eine Flut von Vergewaltigungs- und Morddrohungen schwappte über sie herein. Diese Niederlage der Demokratie ging als „Gamer-gate“ in die jüngere Geschichte ein. Meinungsführer in den Gamer-Foren sind nicht selten Sexisten und Rassisten. Jeden Versuch der Regulation weisen sie wütend als Zensur zurück. Sie geben vor, die Freiheit der Demokratie zu verteidigen. Plattformen wie „4chan“ sind in der Tat nicht als Online-Seminare für Nazis gegründet worden. Sie haben – ob einem das gefällt oder nicht – einen explizit anti-etatistischen Anspruch: Meine Perversion gehört mir, die Polizei geht das nichts an. In der deutschen Gamerszene wird die Regulierungsfrage nicht viel anders beantwortet. Kritiker und Mahner werden verächt-

lich gemacht, und die Szene geht dann plötzlich weit über die Gamer und Foren-Aktivisten hinaus. In einschlägigen Teilen der Zeitungsredaktionen und selbst in Abgeordnetenbüros hieß es in den letzten Tagen: „Die 2000er Jahre sind wieder da und wollen ihre Killerspieldebatte zurück.“ Das Argument geht so: Sollten die Online-Spiele Regularien, wirksamen Moderatoren oder Überwachung unterworfen werden, dann ergäbe das chinesische Verhältnis, einen Polizeistaat. Die harte, teils hasserfüllte Front der Ablehner hat so dafür gesorgt, dass Games praktisch frei von Regeln sind. Der Cyberkriminalologe Rüdiger fordert hingegen, das broken-web-Phänomen zu beenden, sprich: das Gefühl der Rechtsfreiheit in Netz und Online-Games nicht weiter zuzulassen. „Man sollte über virtuelle Polizeistreifen diskutieren, die sichtbar im öffentlichen Bereich des Internets – faktisch den Sozialen Medien – aktiv sind. Dann müsste auch bei strafbaren Handlungen aktiv gehandelt werden, wie beispielsweise über Anzeigen.“ So weit ist die Gamer-Republik noch lange nicht. Beispiel Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG): Online-Spiele waren in den parlamentarischen Beratungen im Bundestag im letzten Moment aus dem Geltungsbereich des Gesetzes wieder herausgenommen worden. Das ist der Grund, warum bei „Clash Royale“ niemand unter Berufung auf das NetzDG Waffen-SS-Gruppen melden kann. *Christian Füller*

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

AfD nennt Gesetzentwurf »Blutgeldgesetz«

ENTSCHÄDIGUNG Bundesregierung plant umfangreiche Hilfen für Terror-Opfer. Die Debatte darüber eskaliert

Einen heftigen Schlagabtausch lieferten sich die Abgeordneten vergangenen Freitag während der ersten Beratung des Gesetzentwurfes (19/13824) der Bundesregierung für ein Soziales Entschädigungsrecht. Grund dafür war die Rede des AfD-Abgeordneten Martin Sichert, der das Gesetz als „Blutgeldgesetz“ bezeichnete und dafür nicht nur empörte Zwischenrufe aus dem Plenum, sondern auch eine Rüge von Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) kassierte. Die Rede Sichert habe in hohem Maße die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten, erklärte Roth. Ziel der Bundesregierung ist es, Opfern von Gewalttaten schneller und zielgerichteter zu helfen. Mit dem Gesetz reagiert die Bundesregierung laut eigener Aussage auf die Folgen des Berliner Terroranschlags im Dezember 2016. Das Soziale Entschädigungsrecht, das auf dem 1950 für die Kriegsoffer geschaffenen Bundesversorgungsgesetz basiert, wird damit an aktuelle Entwicklungen angepasst und soll sich insbesondere an den Belangen der Opfer von Gewalt- und Terrorataten ausrichten. Unter anderem sollen Entschädigungszahlungen deutlich erhöht und der Zugang zu Hilfen erleichtert werden. So sollen Einkommensverluste von Geschädigten ausge-

glichen und Einmalzahlungen für durch Gewalttaten im Ausland Geschädigte deutlich erhöht werden. Alle Opfer von Gewalttaten in Deutschland sollen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit gleichbehandelt werden. Neu eingeführt werden die Schnellen Hilfen, also flächendeckende Trauma-Ambulanzen und ein individuelles Fallmanagement. Der Gesetzentwurf definiert ferner den Gewaltbegriff neu. Erstmals sollen auch Opfer von psychischer Gewalt (Stalking und Menschenhandel) eine Entschädigung erhalten können. Auf den Gesetzentwurf ging Martin Sichert (AfD) in seiner umstrittenen Rede gar nicht groß ein. Stattdessen warf er der Bundesregierung vor allem vor, nichts gegen Terrorismus zu unternehmen: „Im Nachhinein die Opfer zu entschädigen, mag manche kurzfristig besänftigen, macht die Taten aber nicht ungeschehen. Wir brauchen kein Blutgeldgesetz, sondern eine Bekämpfung von Ursachen“, sagte er und erklärte das Gesetz zu einer „Bankrotterklärung der Inneren Sicherheit“. Hubertus Heil (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, erwiderte darauf: „Sie sollten sich schämen für diese Rede. Sie missbrauchen diese Debatte für Ihre Agitation.“ Natürlich müssten nach Terroranschlägen die Opfer im Mittelpunkt stehen. Ihren schwierigen Weg zurück ins Leben unterstütze der Gesetzentwurf, so Heil. Peter Aumer (CSU) warf der AfD vor, das Entschädigungsgesetz und das Grundgesetz nicht verstanden zu haben. Natürlich müsse man versuchen, Anschläge zu verhindern, aber wenn das nicht ginge, dann müsse den Opfern bestmöglich geholfen werden. Jens Beck (FDP) kritisierte die Sichert-Rede ebenfalls deutlich: „Sie begreifen gar

nicht, dass das, was Sie hier machen, auch schon Gewalt ist.“ Es sei „erbärmlich“, von „Blutgeld“ und anschließend von der Würde des Menschen zu reden. „Ich hoffe, dass viele Ihre Rede gesehen haben, damit sie sehen, wie Sie die Opfer erhöhen“, erklärte Sven Lehmann (Grüne) an Sichert gerichtet. Tatsächlich enthalte der Gesetzentwurf sehr viele Verbesserungen für die Opfer, betonte er. Matthias Bartke (SPD) betonte: „Das ist die schlimmste Rede, die je ein Mitglied des Sozialausschusses im Bundestag gehalten hat.“ Zwar könne niemand den Opfern ihr altes Leben zurückgeben, aber bei der Bewältigung der Folgen unterstütze sie dieses Gesetz, verteidigte Bartke den Entwurf. Gesine Lötzsch (Die Linke) sagte, nach dem Anschlag von Halle sei es höchste Zeit, ein Entschädigungsrecht zu beschließen. Wenn es aber erst 2024 in Kraft trete, müsse es zumindest rückwirkende Zahlungen ermöglichen, forderte sie. *che*



Sorgte mit seiner Rede für einen Eklat: Martin Sichert (AfD)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Untersuchungsausschuss dauert länger als ursprünglich geplant. Die Abgeordneten wollen genauer wissen, wie eng die externen Berater in das Ministerium eingebunden waren.

© picture-alliance/dpa

Spannung vor der Wahl in Thüringen

WAHLEN Mit großen Erwartungen schaut insbesondere Die Linke auf die kommende Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober. Nach den Wahlschlägen zuletzt in Sachsen und Brandenburg Anfang September mit deutlichen Stimmenverlusten kann Die Linke in Thüringen den Umfragen zufolge diesmal auf ein ordentliches Ergebnis hoffen. Für die Partei steht besonders viel auf dem Spiel, stellt sie in Thüringen doch mit Bodo Ramelow ihren bundesweit einzigen Ministerpräsidenten, der seit 2014 im Amt und bei den Bürgern offenkundig auch beliebt ist.

In Erfurt regiert die Linke zusammen mit SPD und Grünen in einer Koalition, die im Landtag mit 46 von 91 Sitzen lediglich eine hauchdünne Mehrheit stellt. Stärkste Fraktion ist die der CDU mit 34 Mandaten. Fraktionschef Mike Mohring ist auch der aussichtsreichste Herausforderer des amtierenden Regierungschefs. Allerdings deutet sich nach den aktuellen Umfrageergebnissen eine sehr schwierige Regierungsbildung an, zumal Mohring ein Bündnis mit der AfD in Thüringen ausgeschlossen hat.

Im ZDF-Politbarometer von vergangener Woche kommt Die Linke in Thüringen auf eine Zustimmung von 27 Prozent (2014: 28,2 Prozent) und wäre damit vorne. Die CDU liegt knapp dahinter mit 26 Prozent (2014: 33,5 Prozent). Wie schon bei den Wahlen in Sachsen und Brandenburg kann die AfD nach dieser Umfrage mit einem fulminanten Zuwachs an Wählerstimmen rechnen und käme auf 20 Prozent (2014: 10,6 Prozent). Die SPD muss hingegen mit

Das große Ganze im Blick

BERATERAFFÄRE Ehemaliger Abteilungsleiter schildert Arbeitsweise in der Verwaltung

Wahrscheinlich hat das Verteidigungsministerium noch nie einen so schillernden Abteilungsleiter wie Klaus-Hardy Mühleck erlebt. Schnöder Verwaltungskram wie das Abzeichnen von Vorlagen sei in keiner Weise sein Ding, machte er gleich klar, als die Job-Anfrage ihn erreilte, Chef der Cyber- und Informationstechnik (CIT) zu werden. Und über die B-9-Besoldung kann er nur schmunzeln. Oberster IT-Manager war er bei VW und Daimler, zuletzt bei Thyssen. 35 Jahre Industrieerfahrung könne er vorweisen. Er gelte hinter SAP-Gründer Hasso Plattner als zweitbedeutendster deutscher IT-Mann. Das Land habe ihm sein Studium ermöglicht, da habe er seinem Land etwas zurückgeben wollen und für maximal zwei Jahre zugesagt.

Während die IT-Architektur seine Sache war, er aber lieber auf internationalem Parkett unterwegs war, Kontaktpflege und das Ausloten von gemeinsamen Projekten innerhalb der Nato, aber auch etwa mit Israel oder Japan betrieb, da lief in seiner Abteilung auf der schnöden Verwaltungs-

ebene etwas gründlich schief. Externe Berater unterstützten den Aufbau einer gemeinsamen Digital-Plattform für die Bundeswehr. Ihre Verträge waren laut Bundesrechnungshof aber rechtswidrig zustande gekommen. Wer dafür die Verantwortung trägt, soll der Untersuchungsausschuss klären. Würden Firmen gezielt ausgeguckt?

Wie die Fliegen „Normalerweise sind die Berater Fliegen, die kommen von alleine“, entgegnete Mühleck locker bei der Sitzung in der vergangenen Woche. Im Übrigen sei ein Unternehmen tätig gewesen, das er früher in seiner Industriezeit schon einmal herausgeschmissen habe. Freilich gab es außerhalb seiner Abteilung einen Mann, zu dem sei sein Verhältnis „sehr dienstlich“ gewesen: Ulrich Meister, zeitweiliger Geschäftsführer der BWI GmbH, dem bundeseigene IT-Dienstleister für den zivilen Bereich der Bundeswehr.

»Entscheidungen wurden niemals durch Amtsfremde getroffen.«

Michael Heinz Färber, General

Meister war Ende Juni 2018 freigestellt worden – unter anderem, weil er freihändig einen Vertrag an eine Tochter der Firma McKinsey vergeben habe. So jedenfalls schilderte es Mühleck, der am Rauswurf als Mitglied des Aufsichtsrats beteiligt war. Er habe den Eindruck gehabt, dass diese Frei-

stellung bei der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nicht eben auf Wohlwollen gestoßen sei, sagte Mühleck. Meister war zu Amtszeiten der damaligen Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder an seinen Geschäftsführer-Job gekommen. Der enge Kontakt zwischen Suder und Meister habe ihm „nicht so gepasst“, bekannte Mühleck. So habe Meister bei Besprechungen häufiger erklärt, er habe „das schon mit der Katrin abgestimmt“. Wobei Mühleck der Ex-Staatssekretärin bescheinigte, eine „fachlich exzellente Frau“ zu sein.

Keine Beförderung Immerhin war sie es gewesen, die ihn 2016 gefragt habe, ob er nicht die Leitung der Abteilung CIT im Ministerium übernehmen wolle. Er habe Suder vorher nicht gekannt. Wie er dann seinen Job ausfüllte, habe ihrer Vorstellung entsprochen. Die Verwaltungsarbeit nahm ihm sein Stellvertreter, General Michael Heinz Färber, ab. Der war denn auch schon als sein Nachfolger ausgeguckt worden. Die Beförderung sei bereits vom Bundespräsidenten unterschrieben worden, berichtete Färber im Ausschuss. Doch dann habe ihn von der Leyen wissen lassen, dass aus dem Treppchen-höher zunächst nichts werde – zu seinem persönlichen Schutz. Denn die Beförderung, so die Begründung, wäre zusammengefallen mit den Turbulenzen um den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten

Hans-Georg Maaßen, der im November 2018 in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Just zu der Zeit kochte die sogenannte Berateraffäre hoch. Färber versicherte als Zeuge, von der Rechtmäßigkeit der Vergaben durch das Koblenzer Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) überzeugt gewesen zu sein. Nach seiner Ansicht hatte es zunächst in der Startphase auch keine andere Wahl gegeben, als externe Unterstützung zu nutzen. Der Untersuchungsausschuss fragt sich, wie eng die externen Berater in die Struktur des Verteidigungsministeriums eingebunden waren. Von eigenen Büros mit Türschildern war die Rede. Einer von ihnen,

Rüdiger Kloevekorn, bestätigte den Abgeordneten, dass ihm E-Mail-Adressen des Ministeriums zugewiesen waren. Sache des Ministeriums sei das gewesen. Offen blieb, ob Berater an Leistungsbeschreibungen beteiligt waren, die zu einem Auftrag an sie führten. Für sich verneinte Kloevekorn dies. Färber versicherte, Entscheidungen seien niemals durch Amtsfremde getroffen worden. Derweil hatte Mühleck weiter das große Ganze im Blick. Über zwölf Monate habe er der Ministerin mehrere Briefe und Vorschläge zum IT-Ausbau zukommen lassen – ohne Reaktion. Sie sei auch die Antwort schuldig geblieben auf sein Angebot zu einem Treffen. Franz Ludwig Averdunk

STICHWORT

Arbeit des Untersuchungsausschusses

> Auftrag: Der Untersuchungsausschuss soll den Umgang mit externer Beratung und Unterstützung im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums aufklären.

> Beratungen: Der Untersuchungsausschuss hat sich bisher zu 23 Sitzungen getroffen. In zehn öffentlichen Sitzungen wurden insgesamt 26 Zeugen vernommen.

> Zeitrahmen: Wahrscheinlich wird das Gremium die Arbeit in diesem Jahr nicht abschließen. Ex-Ministerin Ursula von der Leyen (CDU/im Bild) soll im Dezember geladen werden.



© picture-alliance/urphoto



© picture-alliance/boodo Schackow/dpa-Zentralbild

Ramelow im Erfurter Landtag

einer neuerlichen Niederlage rechnen und wird in der Umfrage nur bei neun Prozent (2014: 12,4 Prozent) gesehen. Dafür keimt bei der FDP Hoffnung auf, denn die Liberalen könnten diesmal mit fünf Prozent (2014: 2,5 Prozent) knapp den Sprung in den Landtag schaffen. Die Grünen liegen in der Umfrage bei acht Prozent (2014: 5,7 Prozent), würden ihr Ergebnis somit leicht verbessern. Laut dieser Umfrage würde es für eine rot-rot-grüne Mehrheit nicht reichen. In einer ARD-Umfrage scheidet die Linke mit 29 Prozent noch stärker ab, die AfD mit 24 Prozent auch, die CDU kommt hier auf 24 Prozent.

Ministerpräsident Ramelow führt die Liste der beliebtesten Politiker an, gefolgt von Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) und Mohring. Negativ bewertet wird in den Umfragen AfD-Spitzenkandidat Björn Höcke. Wenn die Thüringer den Regierungschef direkt wählen könnten, würden sich 50 Prozent für Ramelow und 31 Prozent für Mohring entscheiden. pk

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 fazit-com@intime-media-services.de
 Telefon 089-8585 3832

Widerstreitende Bauchgefühle

AMRI-AUSSCHUSS Zeugen berichten über den zwielichtigen Freund des Attentäters, Bilel Ben Ammar

Einen weiteren Weg hatte bislang noch kein Zeuge zurückzulegen. Seit Sommer 2018 amtiert Emily Haber als deutsche Botschafterin in Washington. Dort bestieg die frühere Innen-Staatssekretärin in der vergangenen Woche ein Flugzeug, um in Berlin zu vorgerückter Abendstunde dem Amri-Untersuchungsausschuss zu erklären, dass der Staat aus dem Terroranschlag an der Berliner Gedächtniskirche im Dezember 2016 seine Lektion gelernt habe: „Für uns war der ausländerrechtliche Umgang mit dem Fall Amri eine dramatische Warnung, wie dringlich die Durchsetzung der Ausreisepflicht bei Gefährdungen ist.“

Anfang 2017 war es der vertrauteste Kumpel des Attentäters, an dem erstmals ein aus dieser Einsicht abgeleitetes Exempel statuiert wurde. Am 1. Februar eskortierten Polizisten den Tunesier Bilel Ben Ammar in ein Flugzeug in Richtung Heimat, wo er derzeit wegen Terrorunterstützung eine achtjährige Haftstrafe absitzt. Zu verdanken war das nicht zuletzt den Bemühun-

gen der damaligen Staatssekretärin Haber. Diese drängte den ausländerrechtlich für Ben Ammar zuständigen Freistaat Sachsen, gegen den Mann eine Abschiebehafte zu erwirken. Am 25. Januar bearbeitete sie persönlich den tunesischen Botschafter. Zwei Tage später lagen die Passersatzpapiere für Ben Ammar bereit.

Schwer konspirativ Der Mann zählte spätestens seit November 2015 zum Freundeskreis des späteren Attentäters Anis Amri, mit dem er noch am Vorabend des Anschlags zusammensaß. Ein Zeuge, der die beiden beobachtete, hatte den Eindruck, sie hätten sich schwer konspirativ gebärdet und vermutlich das Attentat besprochen. Ben Ammar selbst behauptete, es sei um Fragen des Ausländerrechts gegangen. Anfang Januar 2017 erließ das Amtsgericht Tiergarten Haftbefehl wegen „mittelbarer Falschbeurkundung“ und Sozialleistungsbetrugs, um den Ermittlern Gelegenheit zur Befragung Ben Ammars zu verschaffen. Absehbar war freilich, dass ein Haftbefehl aus dermaßen fadenscheinigem Anlass nicht lange Bestand haben würde. Bisher haben alle mit dem Fall befassten Zeugen aus den Sicherheitsbehörden wie auch jetzt Haber und zwei leitende Beamte ihres damaligen Ministeriums dem Aus-

schuss versichert, es sei trotz eindringlicher Ermittlungen nicht gelungen, Ben Ammar der Mittäterschaft zu überführen, weshalb man nichts Gerichtsfestes gegen ihn in der Hand hatte. Dennoch bleibt der Vorgang umstritten. War die Abschiebung eines wichtigen Zeugen und möglichen Komplizen nicht voreilig? Gab es einen vermeintlichen Grund, den Mann loswerden zu wollen oder aus der Schusslinie zu nehmen? Genoss er als Agent eines Geheimdienstes Protektion? Bestand gar, wie die Linken-Abgeordnete Martina Renner in der Sitzung insinuierte, ein Behördeninteresse, ihn nicht in einem deutschen Gerichtssaal auftreten zu lassen?

Schwierige Abwägung „Es bleibt das Bauchgefühl, dass er beteiligt war, und wir hatten das andere Bauchgefühl, dass er hochgefährlich ist, und das war die Abwägung“, schilderte Habers damaliger persönlicher Referent, Regierungsdirektor Günter Drange, dem Ausschuss das Dilemma der Zuständigen im Umgang mit Ben Ammar. Und der Leiter des mit internationalem Terrorismus befassten Referats OS II/2, Ministerialrat Jens Koch, der Ben Ammars Abschiebung energisch befürwortet hatte, beschrieb sein Alptrauerszenario so: „Der geht beim Haftprüfungstermin zur

Tür raus, wir müssen den observieren, was ein Riesenaufwand ist, und wenn er dann noch eine Tat begeht, weiß ich nicht, wie ich das erklären soll.“

Sowohl Drange als auch Koch zitierten eine Verabredung, die Thomas de Maizière und Heiko Maas, die damaligen Minister des Inneren und der Justiz, am 10. Januar 2017 getroffen hatten. Thema war ein robusterer Umgang mit islamistischen Gefährdungen als Konsequenz aus dem Fall Amri. Vereinbart wurde, solche Zeitgenossen künftig schon wegen milder schwerer Delikte, wenn irgend möglich, in Untersuchungshaft zu nehmen. Darüber hinaus galt, in Fällen, in denen das Strafrecht an seine Grenzen stößt, „konsequent ausländerrechtliche Maßnahmen zu nutzen“, wie Drange es formulierte, also vorrangig abzuschließen, „wenn wir nicht sicherstellen können, dass die Person, über die wir sprechen, in Haft einfahren kann“.

Ben Ammar sei der idealtypische Anwendungsfall gewesen. Nachzuweisen war ihm nichts, als brandgefährlich galt er dennoch. Am 23. Januar bewilligte das Gericht elf weitere Hafttage, mehr nicht. „Wir wollten alles in unserer Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass er in Deutschland wieder auf freien Fuß kommt“, sagte Haber. Das ist gelungen. Winfried Dolderer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Auch Politiker wohnen in Häusern, in denen Paketboten klingeln. Manchmal stündlich, wie in dem Mehrfamilienhaus, in dem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wohnt. Öfter sogar am Samstagabend um 20.30 Uhr – und das nicht nur zur Weihnachtszeit, wie Jürgen Pohl (AfD) berichtete. Wie die Pflegeheime ist auch das Thema Paketboten ein Bereich, zu dem alle etwas Persönliches beitragen können. Bei rund 3,5 Milliarden Sendungen, die durch die Paket- und Kurierdienste im vergangenen Jahr in Deutschland versendet wurden, ist das auch kein Wunder. Im Jahr 2000 summieren sich diese Sendungen auf „nur“ 1,6 Milliarden. Die Branche boomt vor allem wegen des Online-Handels extrem. Das ist bequem für die Konsumenten, es sei denn, das Paket nimmt seltsame Umwege. Es ist auf jeden Fall unbequem für sehr viele Paketzusteller, die, wenn sie bei Subunternehmen angestellt sind, meist keine angenehmen Arbeitsbedingungen genießen können. Dem will die Bundesregierung nun einen Riegel vorschieben. Ihren Entwurf für ein Paketboten-Schutz-Gesetz (19/13958) debattierte der Bundestag in der vergangenen Woche zum ersten Mal. Am heutigen Montag führt der Ausschuss für Arbeit und Soziales dazu eine Expertenanhörung durch. Der Entwurf sieht vor, eine Nachunternehmerhaftung für Sozialabgaben für die KEP-Branche (KEP = Kurier-, Express- und Paketdienste) einzuführen. Vorbild sollen die bestehenden Haftungsregelungen für die Baubranche und die Fleischwirtschaft sein. Die Bundesregierung begründet die Initiative damit, dass es viele Paketdienste gebe, die fast ausschließlich mit Nachunternehmern arbeiten. Hier komme es häufig zu Verstößen gegen das Mindestlohngesetz und gegen sozialversicherungsrechtliche Pflichten mit zum Teil kriminellen Strukturen, heißt es im Entwurf.

Soziale Marktwirtschaft Hubertus Heil verwies in der Debatte auf den Anlass für das Gesetz: Denn im Februar dieses Jahres hatte die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) eine bundesweite Razzia bei Paketdiensten und Subunternehmen durchgeführt. Das Ergebnis war eindeutig: Demnach hatte jede dritte Zustellfirma gegen das Arbeitsrecht verstoßen. Lohndumping und Verstöße gegen das Mindestlohngesetz machten die 3.000 Zollfahrner gleichsam als Massendelikt aus. „Das werden wir nicht länger zulassen“, versprach nun der Minister. Das Prinzip der Generalunternehmerhaftung bezeichnete Heil als „probates Mittel“, um Arbeitnehmerrechte zu sichern und Sozialleistungsbetrug zu verhindern. „Es hat sich bewährt, weil es hilft, dass sich Generalunternehmer überlegen, wen sie sich als Subunternehmer aussuchen, da sie im Zweifel für die Sozialversicherungsbeiträge einstehen müssen, wenn die nicht eintreibbar sind“, erläuterte Heil. Gisela Manderla (CDU) äußerte sich ähnlich zuversichtlich: „Wir reden hier nicht über ein neues Rechtsinstitut, sondern über eine Regelung, die beim Anspruch auf Mindestlohn geltendes Recht ist und die es in Bezug auf Sozialversicherungsbeiträge bereits in zwei Branchen gibt und sich dort wirklich bewährt hat.“ Soziale Marktwirtschaft könne nur funktionieren, wenn alle am Wertschöpfungsprozess Beteiligten auch den ihnen zustehenden Anteil erhalten, so die CDU-Abgeordnete. Die FDP warf der Regierung jedoch vor, mit ihrem Vorstoß eine Branche in Sippenhaft zu nehmen. So kritisierte Carl-Julius Cronenberg für die Liberalen, dass sich der Entwurf nicht auf den kritischen Bereich der Paketzustellung beschränke, sondern alle Unternehmen im Spedition- und Logistikgewerbe treffe. „Der Entwurf ist unklar oder zu weit gefasst“, sagte er.



Massenhaftes Lohndumping gehört in der Branche leider dazu. © picture-alliance/Rolf Vennenbernd/dpa

Für Fairness

ARBEIT Eine Nachunternehmerhaftung soll für bessere Arbeitsbedingungen in der Paketbranche sorgen. So sieht es ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor

„Diese Ausschlüsse öffnen doch Tür und Tor für Missbrauch“, betonte er. Die Linke hatte einen eigenen Antrag (19/14022) vorgelegt, in dem sie eine Lizenzpflicht für die Paketzustellung analog zur Lizenzpflicht in der Briefzustellung forderte. Die Grünen hatten ebenfalls einen Antrag (19/13390) eingebracht – für eine Nachunternehmerhaftung. Beate Müller-Gemmeke (Grüne) konnte deshalb die Intention des Gesetzes nur begrüßen. Sie betonte jedoch, dass dies nur ein erster Schritt sei. So müsse endlich die Entsenderrichtlinie umgesetzt werden, um Tarifverträge allgemeiner verbindlich zu erklären. „Paketdienste müssen wieder eigene, bei ihnen angestellte Zusteller beschäftigen, natürlich tariflich bezahlt“, betonte sie. Claudia Heine

„Überflüssige Schlupflöcher“ Auch die AfD-Fraktion glaubt nicht an eine positive Wirkung der Gesetzes. So erklärte Jürgen Pohl, es sei zwar gut gemeint. „Das Pro-

blem ist aber, wenn ich mich durch eine Präqualifikation oder Unbedenklichkeitsklärung exkulpieren kann, bleibt alles beim Alten“, betonte er. Dem widersprach Bernd Rützel (SPD): „Wir werden die Spreu vom Weizen trennen, denn die seriösen Unternehmer sind diejenigen, die wir stärken, die wir schützen wollen. Deswegen ist das Gesetz das Gegenteil von Sippenhaft.“ Es Sorge dafür, dass der Wettbewerb wieder fairer werde und Sozialbetrug abgeschafft werde. Pascal Meiser (Die Linke) machte „völlig überflüssige erhebliche Schlupflöcher“ in dem Gesetz aus. Dazu zählte er die Haftungsausschlüsse für Subunternehmer, die in der Vergangenheit ordnungsgemäß Sozialversicherungsbeiträge abgeführt haben.

Nächste Runde beim Dauerbrenner

WAHLRECHT AfD-Vorschlag für Verkleinerung des Parlaments stößt auf breite Kritik

„Der Deutsche Bundestag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 598 Abgeordneten.“ So steht es in Paragraph Eins des Bundeswahlgesetzes. Die sich „aus dem Gesetz ergebenden Abweichungen“ haben indes dazu geführt, dass die Zahl der Parlamentarier aktuell 709 beträgt und eine weitere Zunahme bei künftigen Wahlen nicht auszuschließen ist. So nimmt es nicht wunder, dass die Diskussion über eine Verkleinerung des Bundestages zu einem Dauerbrenner wird – bislang ohne Ergebnis. Vorgangene Woche stand das Thema erneut auf der Tagesordnung des Parlamentsplenums, das erstmals über einen AfD-Antrag für eine Wahlrechtsreform (19/14066) debattierte. Darin fordert die AfD-Fraktion von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der bei Erhaltung der derzeitigen Wahlkreise das Prinzip einer personalisierten Verhältniswahl beibehält und sicherstellt, dass die Regelgröße von 598 Abgeordneten „unterschritten oder zumindest eingehalten wird“. Auch soll der Gesetzentwurf laut Vorlage gewährleisten, „dass eine Partei in einem Bundesland höchstens so viele Direktmandate erhält, wie es dem Zweitstimmenanteil der Partei in dem Land entspricht“. Beibehalten werden soll nach dem Willen der Fraktion, „dass für den Fall, dass eine Partei durch den Zweitstimmenanteil mehr Mandate zustehen, als sie Direktmandate errungen hat, diese über den Zugriff auf die Landesliste besetzt werden“. Ferner soll der Gesetzentwurf dem Antrag zufolge das personale Element der Verhältniswahl stärken, „indem dem Wähler mehrere Zweitstimmen gegeben werden und damit die Möglichkeit, einzelne Bewerber zu kennzeichnen, mit der Folge, dass die Reihen-



Die Zahl der Abgeordneten wollen alle Fraktionen verringern.

folge der Bewerber auf der Landesliste verändert wird“. Albrecht Glaser (AfD) sagte in der Debatte, bei diesem Modell solle „das System der Wahl von Direktkandidaten so ausgestaltet werden, dass Überhang- und Ausgleichsmandate nicht mehr entstehen“. Die von seiner Fraktion vorgeschlagene Vorgehensweise werde bereits seit vielen Jahren in süddeutschen Bundesländern bei den Landtagswahlen praktiziert. Einzuräumen sei, dass bei dem vorgeschlagenen Wahlmodus in einigen Wahlkreisen kein Direktmandat entstehe. Diese „Einbuße an direkter Demokratie“ werde dadurch ausgeglichen, „dass das Zweitstimmenverfahren als offene Listenwahl ausgestaltet wird“. Ansgar Heveling (CDU) kritisierte, wenn das personalisierte Verhältniswahlrecht wie von der AfD gefordert beibehalten werden

soll, sei es „nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts schlicht unmöglich, den Bundestag auf 598 Mitglieder im Maximum zu deckeln“. Wenn die AfD suggeriere, das sei möglich, streue sie „der Bevölkerung Sand in die Augen“. Stefan Ruppert (FDP) verwies auf einen Gesetzentwurf von Grünen, Linken und seiner Fraktion zur Verkleinerung des Parlaments. Der Bundestag müsse kleiner werden, um arbeitsfähig zu sein, und das gehe nur mit einer Verringerung der Zahl der Wahlkreise, wenn man „im bestehenden System bleiben“ wolle. Friedrich Straetmanns (Linke) nannte den AfD-Vorschlag, die Direktmandate mit den schlechtesten Ergebnissen verfallen zu lassen, „hanebüchchen“. Dass der gemeinsame Vorschlag seiner Fraktion sowie der FDP und der Grünen die Vergrößerung einiger Wahlkreise zur Folge hätte, sei „immer noch besser, als einige Wahlkreise zu Verlierern zu stempeln, die gar keine Direktmandate mehr erhalten“. Britta Haßelmann (Grüne) forderte die Unionsfraktion auf, ihre Blockade „aufzugeben“. „Wer 29 Prozent der Stimmen erziele, kann auch nur für 29 Prozent in den Deutschen Bundestag einziehen“, fügte sie hinzu und hielt der Union vor, sie wolle nicht wahrhaben, dass sie vom derzeitigen personalisierten Verhältniswahlrecht viel stärker profitiere, „als wenn man einfach einen Deckel auf die Höchstzahl machen würde, nämlich 630“. Mahmut Özdemir (SPD) betonte, seine Fraktion werde „gern die Schritte zu einem zeitgemäßen Wahlrecht gehen“. Sie werde es aber nicht zulassen, dass einzelne Parteien auf den eigenen Vorteil bedacht seien. Auch werde man nicht zulassen, „dass eine Fraktion allein in diesem Haus blockiert, liebe CDU/CSU“, fügte er hinzu. sto

Auf Wiedervorlage

RENTEN Die Linke scheitert mit Anträgen zu Ost-Renten

Die Linke kennt dieses Spiel ja schon, aber sie lässt sich nicht beirren: Erneut debattierte der Bundestag vergangene Woche zwei Anträge der Fraktion zur Anhebung der Ost-Renten und Anerkennung von DDR-Rentenansprüchen. Erneut scheiterten die Anträge an der Ablehnung der übrigen Fraktionen, mit Ausnahme der AfD-Fraktion, die sich bei der Abstimmung enthielt. Deren eigener Antrag (19/14073) für einen Fonds für Härtefälle im Zusammenhang mit der DDR-Rentenüberleitung wurde an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. Die Linke fordert in dem einen Antrag (19/10285) unter anderem, den Rentenwert Ost anzuheben. Außerdem sollen die Löhne im Osten erheblich stärker steigen, weshalb der Mindestlohn auf zwölf Euro angehoben werden soll. Ferner verlangt sie in einem zweiten Antrag (19/7981), alle in der DDR erworbenen Rentenansprüche aus den Sonderversorgungssystemen „gerecht anzuerkennen“ und das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz entsprechend zu ändern. Daniela Kolbe (SPD) sagte, viele der betroffenen Gruppen seien, anders als die Linke, längst bereit, eine Lösung außerhalb des Rentenrechts zu finden. Sie betonte, ihre Fraktion wolle eine Fondslösung für Härtefälle, so wie es der Koalitionsvertrag auch festschreibe. Eine Beibehaltung der Höherwertung der Ost-Einkommen nannte sie „absurd“.

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) warf der Linken vor, mit unspezifischen Forderungen nur Wahlkampf für die Landtagswahl in Thüringen betreiben zu wollen. Sie warb stattdessen für den Antrag ihrer Fraktion für einen Härtefallfonds. Jana Schimke (CDU) verwies darauf, dass die Gesetzliche Rente im Osten im Durchschnitt höher sei als im Westen, die Ost-Rentner jedoch meist keine zusätzlichen Altersversorgungen besäßen. Deshalb müsse die betriebliche und private Vorsorge gestärkt werden, forderte sie. Johannes Vogel (FDP) verteidigte die Angleichung des Rentenwertes auf der einen und die Absenkung der Höherwertung der Einkommen auf der anderen Seite, weil dies einheitliche Verhältnisse schaffe. Die Linke wolle aber nur einseitig den Rentenwert anheben, kritisierte Vogel. Matthias Höhn (Die Linke) warf der SPD vor, auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung keine Lösung für das Problem der Sonderversorgungssysteme vorgelegt zu haben. „Sie haben auch heute wieder nichts zum Härtefallfonds gesagt, von dem im Koalitionsvertrag die Rede ist.“ Markus Kurth (Grüne) verwies auf die „krasse“ Lohnungleichheit nach der Wiedervereinigung, die Grundlage der Höherwertung der Ost-Einkommen gewesen sei. Aber heute gebe es auch im Westen strukturschwache Regionen, so dass sich das Problem nicht mehr auf eine reine Ost-West-Perspektive begrenzen lasse. che

Die Inklusionsfrage

EINGLIEDERUNGSHILFE Systemwechsel wird vorbereitet

Der Bundestag hat den Weg frei gemacht für Änderungen an zwei Sozialgesetzbüchern: Er stimmte in der vergangenen Woche für einen Gesetzentwurf (19/11006) der Bundesregierung zur Änderung des Neunten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX und SGB XII). Für den Entwurf in geänderter Fassung stimmten neben den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD auch die Grünen, AfD, FDP und Linke enthielten sich. Mit dem Gesetz sollen vor allem gesetzliche Unklarheiten beseitigt werden, um den Systemwechsel bei den Unterkunftskosten der besonderen Wohnform (SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) vorzubereiten. Dieser Systemwechsel sieht vor, dass ab dem 1. Januar 2020 Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen personenzentriert ausgerichtet sein sollen und es keine Unterscheidung mehr nach ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen mehr geben soll. Die neu eingefügten Änderungen betreffen unter anderem Übergangsregelungen, damit für Leistungsberechtigte durch die Systemumstellung eine Zahlungslücke zum Jahreswechsel 2019/2020 vermieden wird. Außerdem wurde klargestellt, dass auch Menschen, die ausschließlich Blindenhilfe erhalten, von dem privilegierten Erwerbsfreibetrag

bei der Anrechnung von Einkommen profitieren können. In der Debatte bezeichnete Kerstin Griese (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Reform der Eingliederungshilfe zum 1. Januar 2020 als „wohl bedeutendsten“ Schritt zu mehr Teilhabegerechtigkeit. „Wir werden mit diesem Gesetzentwurf nicht aufhören, tätig zu sein“, kündigte Wilfried Oellers (CDU) unter Hinweis auf das Angehörigen-Entlastungsgesetz an. Angelika Glöckner (SPD) betonte, Ziel müsse es nun sein, mehr Menschen den Übergang von Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Uwe Witt (AfD) warf der Regierung vor, nicht genug zu tun, um Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Jens Beeck (FDP) kritisierte die Benachteiligung der „anderen Leistungsanbieter“ gegenüber den Werkstätten. Angesichts der Dramatik der Umstellung ab Januar seien noch zu viele Fragen offen, sagte Beeck. Sören Pellmann (Die Linke) forderte eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Betriebe, denn nur so würden Anreize geschaffen, mehr Menschen mit Behinderungen einzustellen. Corinna Rüffer (Grüne) kritisierte das Konzept der „anderen Leistungsanbieter“ als Alternative zu den Werkstätten als völlig unausgereift. che

Streit um Verschärfung

WAFFENRECHT Opposition kritisiert Regierungsentwurf

Den Regierungsentwurf eines „Dritten Waffenrechtsänderungsgesetzes“ (19/13839), über den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung debattierte, flankierten dabei zwei Anträge, deren unterschiedliche Zielrichtungen schon in ihren Titeln deutlich wurde: „Tödliche Gefahr durch Schusswaffen eindämmen“, lautete die Überschrift der Grünen-Vorlage (19/14092), „Freiräume für Jäger und Sportschützen – Für eine schonende Umsetzung der EU-Firearmrichtlinie“ die des FDP-Antrags (19/14035). Der Umsetzung dieser Richtlinie aus dem Jahr 2017, die im Lichte der Terroranschläge in Paris und Brüssel entstand, soll auch der Regierungsentwurf dienen, wie der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Stephan Mayer (CSU) in der Debatte ausführte. Der Gesetzentwurf richte sich schwerpunktmäßig gegen Terroristen und Kriminelle und solle die illegale Beschaffung von Waffen deutlich erschweren. Dagegen richte sich die Vorlage nicht gegen „Legalwaffen-Besitzer“, betonte Mayer, insbesondere nicht gegen „unbescholtene Schützen, Jäger, Waffensammler, Waffenhändler“. Für die FDP-Fraktion geht der Regierungsentwurf indes „über die Kernanliegen der Richtlinie hinaus“. Sie fordert in ihrem Antrag von der Bundesregierung die Vorlage eines neuen Entwurfs für ein Umsetzungsgesetz, in dem etwa „die vom Waffenbesitzer zu tragenden Verwaltungsgebühren für waffenrechtliche Überprüfungen“ auf jährlich maximal 100 Euro gedeckelt werden. Zudem soll die Regierung dem FDP-Antrag zufolge unter anderem Waffenfachhändlern und -herstellern ermöglichen, Daten aus dem nationalen Waffenregister abzufragen, um sicherzustellen, dass Kunden die Berechtigung zum Erwerb einer Schuss-

waffe besitzen. Konstantin Kühle (FDP) plädierte dafür, zu verhindern, dass Extremisten in den Besitz von Schusswaffen gelangen. Man dürfe aber nicht diejenigen unter Generalverdacht stellen, die „redlicherweise als rechtschaffene Bürger“ im Besitz legaler Schusswaffen sind. Für Irene Mihalic (Grüne) greift der Regierungsentwurf „massiv zu kurz“. Dabei verfügen etwa „viele Personen aus dem sogenannten Reichsbürgerspektrum ganz legal über eine erhebliche Zahl scharfer Schusswaffen“. Auch aus dem NSU-Kontext wisse man, dass zahlreiche Rechtsextremisten legal Schusswaffen besitzen. Dem Grünen-Antrag zufolge soll die Bundesregierung unter anderem eine gesetzliche Regelung vorschlagen, die den Privatbesitz von Waffen verbietet, „die leicht zu (voll)automatischen Waffen umgebaut werden können“. Martin Hoff (AfD) betonte, obwohl es in Deutschland sehr strenge waffenrechtliche Bestimmungen gebe, gelinge es Terroristen, Anschläge mit illegalen Schusswaffen zu begehen. Dies liege daran, dass sie sich nicht an geltendes Recht halten. Das Problem sei nicht ein zu laxes Waffenrecht, sondern das Extremisten und illegaler Waffenhändler nicht effektiv bekämpft würden. Helge Lindh (SPD) sagte, man werde im Gesetzgebungsverfahren „Fragen erhöhter Sicherheit“ und der Eindämmung illegaler Waffen aufgreifen, ohne einen „Generalverdacht gegenüber Sportschützen auszuüben“. sto

KURZ NOTIERT

AfD-Fraktion will Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Die AfD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (19/14067) vorgelegt, über den der Bundestag am Freitag in erster Lesung debattierte. Er sieht Neuregelungen für Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sowie Resettlement-Flüchtlinge vor. In der Begründung führt die Fraktion aus, dass der Gesetzgeber dieser Personengruppe für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis „deutliche Erleichterungen gegenüber anderen Ausländern“ gewähre. So würden lediglich „hinreichende Sprachkenntnisse“ und nur eine „überwiegende Lebensunterhaltssicherung“ verlangt. Die „Privilegierung der oben genannten Zuwanderergruppe“ solle der Gesetzentwurf abschaffen.

Grünen-Vorstoß zu Aufnahme afghanischer Ortskräfte

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „ein Gruppenverfahren für die großzügige Aufnahme afghanischer Ortskräfte“ einführen, die für deutsche Institutionen arbeiten oder gearbeitet haben. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion (19/9274) überwies der Bundestag vergangene Woche zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse. In der Vorlage fordert die Fraktion die Bundesregierung zudem auf, den Familienangehörigen der visumsberechtigten Ortskräfte ebenfalls ein Visum für die Einreise nach Deutschland auszustellen. sto



Wenn Eltern zu Masernparties einladen, um ihre kleinen Kinder gezielt anzustecken, steigt bei Ärzten regelmäßig der Adrenalinpegel. Unverantwortlich sei das, beklagen Mediziner, andere gehen weiter und sprechen in dem Zusammenhang sogar von vorsätzlicher Körperverletzung. Die Masern gehören zu den Virusinfektionen mit der höchsten Ansteckungsrate und sind weltweit verbreitet. Heute ist eine Masernimpfung eigentlich keine große Sache, es sei denn, Eltern hätten generell Vorbehalte gegen Impfungen und verzichteten lieber auf die Immunisierung via Spritze.

Wer die Masern einmal hatte, ist ein Leben lang immun, meist klingt die Erkrankung ohne weitere Folgen ab. Allerdings kann die Infektion in seltenen Fällen schwere Komplikationen hervorrufen und sogar tödlich verlaufen. Harmlos ist die Kinderkrankheit auf keinen Fall, weshalb Mediziner in der Regel dazu raten, mit zwei Impfdosen im Kleinkindalter eine dauerhafte Immunisierung zu erreichen.

Die Ständige Impfkommission (Stiko) empfiehlt eine erste Masern-Mumps-Röteln-Kombinationsimpfung (MMR) bei Kleinkindern im Alter von 11 bis 14 Monaten und eine zweite Impfung im Alter von 14 bis 23 Monaten. Jugendliche und Erwachsene, die als Kinder nicht geimpft wurden, sollten die Immunisierung nachholen. Kinder unter einem Jahr werden üblicherweise nicht geimpft.

Gefürchtete Komplikationen Die Masernviren verbreiten sich sehr leicht über Tröpfcheninfektion, Patienten fühlen sich schwach und zeigen grippeähnliche Symptome, bevor sich dann die typischen rötlichen Pusteln über der Haut verbreiten. Die Krankheit an sich kann nicht behandelt werden, lediglich die Symptome wie Fieber oder Begleiterkrankungen. Die bei Masern möglichen bakteriellen Komplikationen wie Mittelohr- und Lungenentzündungen sowie im Extremfall eine Gehirnentzündung (Enzephalitis) treten aufgrund des geschwächten Immunsystems auf. Noch Jahre nach einer Masernerkrankung kann es zu einer subakuten sklerosierenden Panenzephalitis (SSPE) kommen, diese gefährlichste Spätkomplikation verläuft immer tödlich.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte sich zum Ziel gesetzt, die Masern bis 2020 global zu eliminieren, ist von diesem Ziel allerdings noch weit entfernt. Zuletzt kam es 2017 in Europa zu einem neuerlichen Anstieg der Erkrankungen, wobei viele Fälle aus Rumänien und Italien gemeldet wurden. In Deutschland schwankt die Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen und ist insgesamt zu hoch, um die WHO-Vorgaben zu erfüllen. Laut WHO-Definition ist eine Durchimpfungsrate von mindestens 95 Prozent nötig, um die Weiterverbreitung der Viren effektiv einzudämmen. Es dürften demnach in Deutschland jährlich nicht mehr als 82 Masernfälle auftreten. Tatsächlich waren es 2018 nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) 543 gemeldete Fälle, 2017 sogar 929 Fälle.

Die Bundesregierung will nun mit einer Impfpflicht für Kinder in Gemeinschafts-



Die Kombinationsimpfung gegen Masern, Mumps und Röteln (MMR) bietet einen umfassenden Schutz. © picture-alliance/Bildagentur-online

Scharfe Wende

GESUNDHEIT Verpflichtende Masern-Impfung geplant

einrichtungen die Wende erzwingen. Der Gesetzentwurf (19/13452) beinhaltet einen verpflichtenden Impfschutz gegen Masern in Kitas, Schulen und in der Kindertagespflege. Vor der Aufnahme in solche Einrichtungen müssen Kinder künftig geimpft sein. Kinder ohne Masernimpfung können vom Besuch einer Kindertagesstätte ausgeschlossen werden. Eltern droht bei einer Impferweigerung ein Bußgeld in Höhe von bis zu 2.500 Euro. Auch Mitarbeiter von Gemeinschaftseinrichtungen sowie medizinisches Personal müssen einen vollständigen Impfschutz nachweisen. Das Gesetz soll 2020 in Kraft treten. In der ersten Beratung über den Gesetzentwurf sowie über einen Antrag der Grünen

(19/9960) und der FDP (19/14061) zur Verbesserung des Impfschutzes am vergangenen Freitag zeigte sich fraktionsübergreifend große Einigkeit in dem Ziel, die Masern entschlossen zu bekämpfen. Gesundheits-Staatssekretär Thomas Gebhart (CDU) mahnte, in diesem Jahr seien schon wieder mehr als 400 Masernfälle gemeldet worden. Die Masern müssten ausgerottet werden. Die gesetzliche Änderung zielt darauf ab, den Gesundheitsschutz zu verbessern und die Prävention zu stärken. Gebhart räumte ein, dass die Impfpflicht das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit berühre. Es gehe jedoch darum, die Gesundheit der Schwächsten zu schützen, Menschen etwa mit schwachem Im-

munsystem oder Babys, die noch nicht geimpft werden könnten. Auch Sabine Dittmar (SPD) plädierte nachdrücklich für die geplanten Impfregelungen. Die meisten Bürger wüssten, dass Impfungen ein Segen seien zum Schutz der eigenen Gesundheit und des Umfeldes. Die Ärztin warnte davor, die Krankheit zu unterschätzen. Masern seien nicht nur hochvirulent, sondern auch hochgefährlich und könnten dramatische Spätfolgen bewirken. Es sei vertretbar, notwendig und verhältnismäßig, einen Impfschutz für Kinder zu verlangen. Dabei handele es sich um einen vergleichsweise leichten Eingriff in die persönliche Freiheit. Kordula Schulz-Asche (Grüne) wertete die Impfun-

gen nicht nur als Selbstschutz, sondern auch als einen Akt gesellschaftlicher Solidarität. Allerdings lasse der Gesetzentwurf keine umfassende Impfstrategie erkennen, hier gebe es ein „Loch“ in der Vorlage. So werde die Gruppe der jungen Erwachsenen, die eine Impfquote von unter 50 Prozent aufwiesen, gar nicht erwähnt. Nötig seien mehr Aufklärung, leicht zugängliche Impfangebote und ein digitaler Impfpass mit Erinnerungsfunktion. Moderne Techniken sollten eingesetzt werden, um den Impfschutz zu verbessern.

Einig im Ziel Der FDP-Abgeordnete Andrew Ullmann setzt auf mehr Eigenverantwortung der Bürger. Die zu niedrige Impfquote sei eher ein Problem des Vergessens und Nichtwissens, argumentierte er. Digitale Systeme zur Erinnerung wären daher sinnvoll. Darüber hinaus stelle sich die Frage, wie mit anderen Infektionskrankheiten umgegangen werden solle und mit nicht geimpften Erwachsenen. Ullmann betonte, wer heute noch Masernparties feiere, begehe aus seiner Sicht Körperverletzung. „Das muss aufhören.“ Impfungen seien effektiv, sicher und könnten Todesfälle verhindern. Wer das leugne, gehöre zu den Verschwörungstheoretikern. Die FDP stehe für ein gutes Impfgesetz bereit. Nach Ansicht von Susanne Ferschl (Linke) sollte niemand Schaden nehmen durch vermeidbare Krankheiten. Sie kritisierte, dass es heute kaum noch staatliche Impfaktionen gebe, der Staat habe sich aus dem Bereich immer weiter zurückgezogen. Auch sie sprach sich für ein digitales Impfbuch aus. In dem Ziel, höhere Impfquoten zu erreichen, seien sich ja alle einig, allerdings könne ein Impfwang auch polarisieren. Zudem bestehe das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Ulrich Oehme (AfD) erklärte, seine Fraktion könne dem Gesetzentwurf nicht zustimmen und sprach von einem wiederholten Angriff auf Freiheitsrechte der Bürger. Die Vorlage verstoße an mehreren Stellen gegen das Grundgesetz. Im Übrigen gebe es in Deutschland vergleichsweise wenige Masernfälle, dafür jedoch sehr viele Tote durch multiresistente Keime. Wichtig sei die freiwillige, informierte und selbstbestimmte Entscheidung der Bürger über die eigene Gesundheit. **Claus Peter Kosfeld**

KURZ NOTIERT

Dauer der Juristenausbildung verlängert

Einstimmig hat der Bundestag vergangene Woche den Entwurf des Bundesrates für ein Gesetz zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes in der vom Rechtsausschuss veränderten Fassung (19/8581, 19/13617) angenommen. Die Studien- und Prüfungszeit für den Studiengang „Rechtswissenschaft mit Abschluss erste Prüfung“ wird auf fünf Jahre erhöht und damit Masterstudiengängen gleichgestellt. Das Gesetz soll den tatsächlichen Anforderungen des Studiengangs Rechnung tragen.

Geplante Verbesserungen im Jugendstrafverfahren

Die Rechte Beschuldigter in Jugendstrafverfahren sollen gestärkt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor (19/13837), den das Plenum in der zurückliegenden Woche in erster Lesung beraten hat. Mit den Verfahrensgarantien für Verdächtige oder beschuldigte Personen soll eine EU-Richtlinie umgesetzt werden. Ein Schwerpunkt der geplanten Neuregelung betrifft das Recht auf Unterstützung durch einen Rechtsbeistand.

Prozesskostenhilfe für Verdächtige

In den Rechtsausschuss überwiesen wurde der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung (19/13829). Damit soll eine EU-Richtlinie über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (PKH-Richtlinie) umgesetzt werden. Ebenfalls überwiesen wurde ein Antrag der FDP-Fraktion (19/14036), der vorsieht, das Recht auf Verteidigung ab der ersten Stunde vorbehaltlos zu gewährleisten.

Wertgrenze soll festgeschrieben werden

Die Bundesregierung will eine sachgerechte und dauerhafte Regelung für die Nichtzulassungsbeschwerden in Zivilsachen erreichen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (19/13828) sowie außerdem jeweils zwei Anträge der FDP-Fraktion (19/14037, 19/14038) und der Grünen-Fraktion (19/14027, 19/14028) überwies das Plenum in der vergangenen Woche nach der Beratung in den Rechtsausschuss. Der Entwurf sieht unter anderem vor, die bislang befristete Wertgrenze für Nichtzulassungsbeschwerden in Höhe von 20.000 Euro dauerhaft in der Zivilprozessordnung festzuschreiben, um die Funktionstüchtigkeit der Zivilsenate des Bundesgerichtshofs (BGH) zu gewährleisten. **mwo**

STICHWORT

Die Infektionskrankheit Masern

> Ausbreitung: Masern sind global verbreitet. Besonders häufig tritt die Virusinfektion in Afrika und Asien auf. Dort verläuft die Krankheit häufig tödlich.

> Impfung: Durch Impfungen ist die Zahl der Erkrankungen in Deutschland stark zurückgegangen. Seit 2005 schwankt jedoch die Zahl der gemeldeten Fälle aufgrund lokaler Ausbrüche erheblich.

> Ziele: Die Zahl der übermittelten Masernfälle liegt in Deutschland auf einem Niveau deutlich über den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation, um diese Krankheit zu eliminieren.

Quelle: Robert-Koch-Institut

Eigenständiges Ministerium abgelehnt

DIGITALISIERUNG Abgeordnete streiten über Kompetenzverteilung und Sicherheit für Nutzer im Netz

Die FDP ist mit ihrem Vorhaben, ein Ministerium für Digitalisierung zu etablieren, erneut gescheitert. Der dazu vorgelegte Antrag (19/9929) fand vergangene Woche in namentlicher Abstimmung keine Mehrheit. Grundlage der vorangegangenen Debatte waren 17 FDP-Anträge, drei Vorlagen der Linken und eine Initiative der Grünen zum Thema Digitalisierung.

Maik Beermann (CDU) machte während der Debatte deutlich, dass seine Fraktion den FDP-Vorschlag „weder für sinnvoll noch für praktikabel“ hält. Vom Thema Digitalisierung sei nicht nur ein einziges Ministerium betroffen, „sondern alle Häuser“. Es sei nicht zielführend, Projekte wie etwa die elektronische Patientenakte aus dem Gesundheitsministerium, „in dem die Fachleute sitzen“, herauszulösen und sie in ein Digitalministerium zu überführen. Wichtig sei es, die vielen digitalpolitischen Maßnahmen der einzelnen Ministerien gut zu koordinieren, sagte Beermann. „Das erfolgt im Kanzleramt und durch unsere Staatsministerin für Digitalisierung.“ Dort werde ein guter Job geleistet, befand der Unionsabgeordnete.

Kompetenzen Joana Cotar (AfD) sieht das anders. „Beenden Sie endlich dieses Kompetenzwirrwarr“, forderte sie in Richtung Bundesregierung und sprach sich für die Schaffung eines Digitalministeriums aus. Es stimme, dass es sich bei der Digitalisierung um ein Querschnittsthema handle,



IT-Sicherheit ist für Nutzer und Experten ein großes Thema. © picture-alliance/dpa Themendienst

das alle Ministerien betreffe. Das sei der Umweltschutz auch und trotzdem gebe es ein Umweltministerium, argumentierte die AfD-Abgeordnete. Deutschland verliere im internationalen Vergleich bei der Wettbewerbsfähigkeit, warnte Cotar. Ein Grund dafür sei der Nachholbedarf bei der Informationstechnologie. Das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Deutschland zur Gigabit-Gesellschaft machen zu wollen, sei ein Lippenbekenntnis geblieben. Als „total aus der Zeit gefallen“ befand Saskia Esken (SPD) die Forderung nach einem Digitalministerium. Das Digitale lebe längst nicht mehr in einer Nische und sei in allen Ministerien und auch allen Bundestagsausschüssen angesiedelt, sagte sie. Wichtiger sei es, den Gedanken der Offen-

heit bei der Digitalisierung in die Köpfe und Herzen der Regierenden, der Behörden und der Parlamentarier zu tragen. Offene Daten, Transparenz und Beteiligung seien wichtige Grundlagen für neues Vertrauen in das Regieren, in das politische und das staatliche Handeln, sagte Esken. Profitieren würden ihrer Ansicht nach alle Seiten davon. Manuel Höferlin (FDP) wies den Vorwurf zurück, seine Fraktion wolle mit dem Digitalministerium Kompetenzen aus den Fachministerien herausreißen. „Wir wollen Digitalkompetenz hinzufügen.“ Völlig klar sei, dass es sich bei der Digitalisierung um ein Querschnittsthema handle. Derzeit funktioniere aber die Koordination nicht. Laut Höferlin haben auch Vertreter von Union und SPD in der Vergangenheit die

Sinnhaftigkeit eines Digitalministeriums nicht in Abrede gestellt. „So abwegig kann unser Vorschlag also gar nicht sein.“ Der digitale Wandel finde in jedem Falle statt. „Die Frage ist, ob wir ihn gestalten oder über uns ergehen lassen wollen.“

Tabea Röfner (Grüne) sieht in einem Digitalministerium „nicht zwingend den alleinigen Heilsbringer“, auch wenn es derzeit an Koordination mangle. „Ich brauche nicht viel Fantasie, um mir ein schlecht geführtes Digitalministerium in einer großen Koalition vorzustellen“, sagte sie. Theoretisch seien mit der Staatsministerin für Digitalisierung und dem Digitalkabinet die Grundlagen für eine gute Koordination geschaffen. „Die faktische Umsetzung ist aber schlecht“, befand die Grünen-Abgeordnete. Die Staatsministerin habe zu wenige Kompetenzen, beklagte sie. Außerdem säßen im Digitalkabinet „zu viele Digitalisierungsbremser“.

Sicherheitslücken Die Linken-Abgeordnete Anke Domscheit-Berg ging in ihrer Rede auf die Verantwortung der Bundesregierung für den digitalen Verbraucherschutz ein. Noch immer nutzten sehr viele Menschen einfach zu erratende Passwörter für ihre privaten E-Mail-Accounts, obwohl dort viele wichtige Informationen ruhten. „Wann untersagt die Bundesregierung den Anbietern, solche Passwörter zu akzeptieren“, fragte sie. Außerdem fehle es an Informationen darüber, bis wann die Hersteller Software-Updates garantierten, mit denen sie neu gefundene Sicherheitslücken schließen wollten. „Daher gehört ein Mindest-Update-Datum zu den notwendigen Standards für die IT-Sicherheit“, sagte die Linken-Abgeordnete. **Götz Hausding**

Kinder besser schützen

RECHT Versuch des Cybergroomings soll strafbar werden

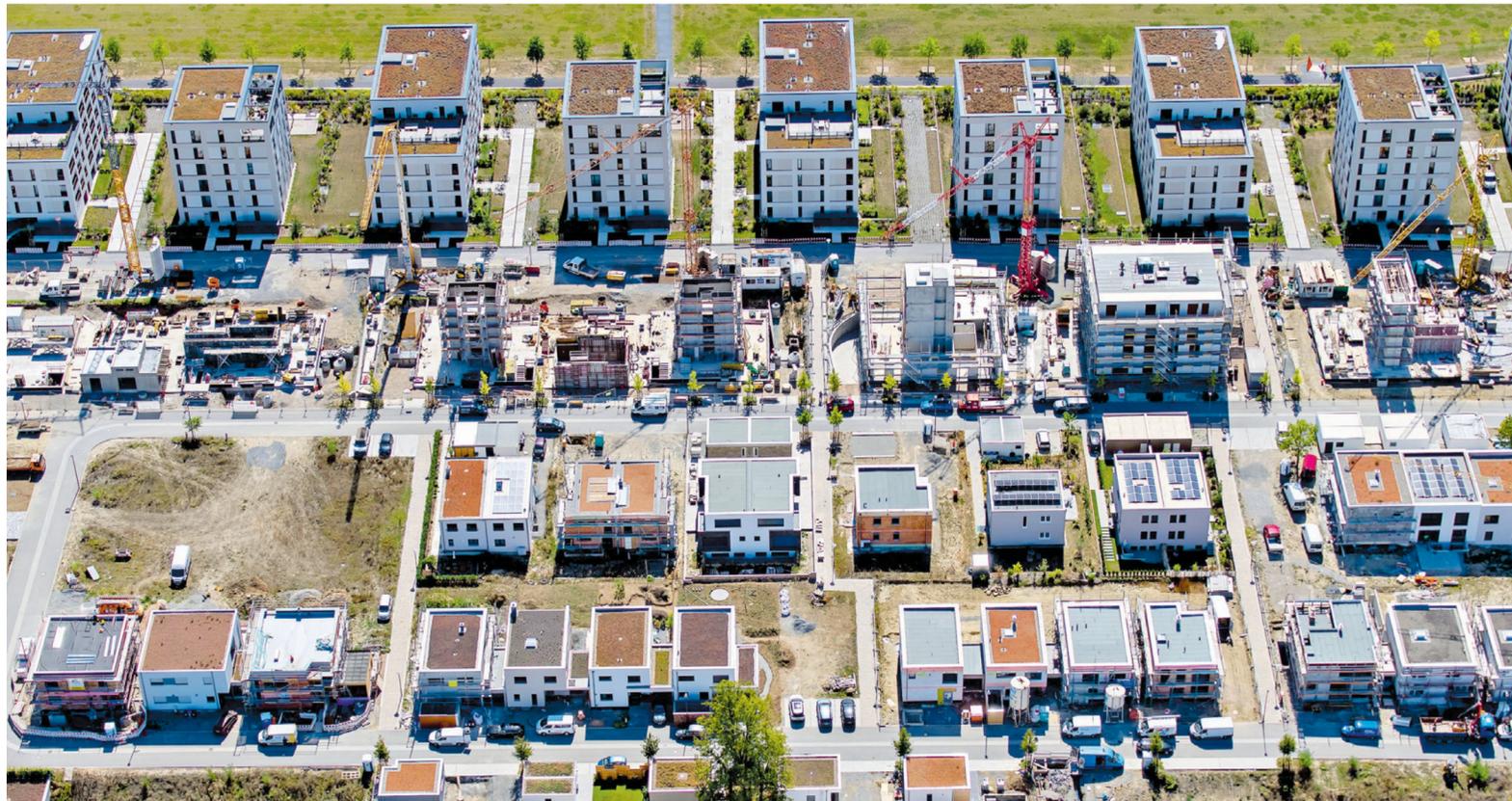
Kinder und Jugendliche sollen im Internet besser vor sexuellem Missbrauch geschützt werden. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzentwurf (19/13836) vorgelegt, wonach bereits der Versuch des sogenannten Cybergroomings strafbar sein soll. Der englische Begriff steht für das Ansprechen von Kindern im Internet mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte. Der Straftatbestand soll dem Entwurf zufolge für Fälle gelten, in denen ein Täter lediglich glaubt, auf ein Kind einzuwirken, tatsächlich aber mit einem Erwachsenen, zum Beispiel einem Ermittler, der sich als Kind ausgibt, kommuniziert. Für eine Strafbarkeit könne es im Sinne einer effektiven Abschreckung möglicher Täter nicht davon abhängen, ob das von ihm über das Internet kontaktierte Opfer seinen Vorstellungen entsprechend tatsächlich ein Kind sei oder nicht, lautet die Begründung.

Streit über Vorverlagerung Justiz-Staatssekretär Christian Lange (SPD) sagte in der ersten Beratung vergangene Woche, mit dem Entwurf würden Strafbarkeitslücken geschlossen, ohne über das Ziel hinauszuschießen. Die Strafbarkeit des Täters dürfe nicht davon abhängen, ob die kontaktierte Person seinen Vorstellungen entsprechend tatsächlich ein Kind ist oder nicht. Während die Redner der Koalitionsfraktionen und der AfD den Entwurf begrüßten, traf er bei den anderen Parteien auf Kritik. Cybergrooming sei ohne Frage ein großes Problem, sagte der FDP-Abgeordnete Stephan Thoma. Es sei moralisch nachvollziehbar, schon den untauglichen Versuch der Vorbereitung strafbar machen zu wollen. Jedoch sei dies dogmatisch extrem weitgehend und kompliziert. Das sollte gut überlegt sein. Für Die Linke sprach sich

Niema Movassat gegen den Entwurf aus. Die Vorlage missachte den Sinn und Zweck des Strafrechts, denn zusätzlich solle beim Cybergrooming der untaugliche Versuch strafbar gemacht werden. Für Dinge, die im Vorfeld einer Rechtsgutverletzung lägen, sei aber das polizeiliche Gefahrenabwehrrecht da. Canan Bayram (Grüne) lehnte eine Vorverlagerung ebenfalls ab. Effektiver Schutz vor Kindesmissbrauch brauche mehr als den wohlfeilen Ruf nach mehr Strafrecht, sagte sie, nämlich mehr Personal und Technik bei der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sowie mehr Prävention.

Die Koalitionsparteien betrachten den Entwurf als Ausdruck des Willens, mehr gegen Kindesmissbrauch und die sexuelle Gewalt gegen Kinder zu tun. Thorsten Frei (CDU) sagte, das Gesetzesvorhaben sei ein wichtiger Schritt, um das Internet für Kinder ein Stück sicherer zu machen. Gleichzeitig müsse man sich Gedanken darüber machen, ob dies schon ausreichend sei, sagte Frei unter Hinweis auf fehlende Ermittlungsmöglichkeiten im Darknet, dem anonymisierten Bereich des Internets. Johannes Fechner (SPD) verteidigte die geplante Ausweitung der Strafbarkeit, denn ein Täter zeige mit dem Versuch der Kontaktaufnahme seine Gefährlichkeit. Für die SPD sei es im Kampf gegen Kindesmissbrauch neben der Verbesserung des Strafrechts wichtig, mehr Personal bei der Justiz und der Polizei zu schaffen. Auch deshalb sei mit den Ländern der Pakt für den Rechtsstaat abgeschlossen worden. Der Entwurf wurde in den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen. Die Vorlage ist auch Thema einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses am 6. November. **Michael Wojtek**





Die Grundsteuer trifft jede Immobilie - ob neu oder alt. Eigentümer können die Steuer jedoch auch in Zukunft auf die Mieter umlegen.

© picture-alliance/ZB/eurorufbild.de

Förderung von E-Dienstwagen

EINKOMMENSTEUER I Wirtschaft und Gewerkschaften begrüßen die von der Bundesregierung geplante bessere Förderung von Elektro-Dienstwagen. Die zeitliche Erweiterung der steuerlichen Begünstigungen für Elektro- und Hybridfahrzeuge bis zum Jahr 2030 (bisher Ende 2021) ermögliche es, die aktuellen Fahrzeugflotten nachhaltig auf entsprechende Fahrzeuge umzustellen, stellten die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in der vergangenen Woche in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (19/13436) fest. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärte, diese Maßnahmen könnten zusammen einen kleinen, aber sehr wichtigen Impuls zum Gelingen der Verkehrswende liefern. Damit diese Maßnahmen aber nicht ins Leere laufen würden, müssten die infrastrukturellen Bedingungen der Verkehrswende geschaffen werden. Die Deutsche Steuergewerkschaft bezeichnete den gesetzgeberischen Willen, aus ökologischen Gründen die Elektromobilität langfristig zu fördern, als grundsätzlich nachvollziehbar und begrüßenswert. Kritisiert wurde, dass die Förderung über den Umweg der Dienstwagenbesteuerung erfolgen solle. Eine Förderung der Elektromobilität könne außerhalb des Steuerrechts genauer geregelt werden, so die Steuergewerkschaft. Die Deutsche Umwelthilfe bezeichnete die vorgesehenen Maßnahmen als unzureichend. hle ||

Stein vom Herzen

GRUNDSTEUER Immobilienbesteuerung bezieht Mietniveau mit ein. Länder dürfen abweichen

Ab dem Jahr 2025 wird die Grundsteuer in Deutschland nach einem völlig neuen System erhoben. Der Bundestag machte am Freitag den Weg für eines der wichtigsten steuerpolitischen Projekte dieses Jahres frei. Und rechtzeitig: Denn ohne Neuordnung hätte die Grundsteuer schon ab dem Jahr 2020 nicht mehr erhoben werden dürfen, so das Bundesverfassungsgericht. Der dafür notwendigen Änderung des Grundgesetzes stimmten neben den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD auch FDP und Grüne zu, so dass mit 495 Ja-Stimmen die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit von 473 Stimmen erreicht wurde. 139 Abgeordnete stimmten mit Nein, zehn enthielten sich.

»Eine Steuer auf die Substanz des Vermögens ist Sozialismus.«
Albrecht Glaser (AfD)

Vermögensbezogene Steuer „Weil die letzte vermögensbezogene Steuer in Deutschland erhalten bleibt, wird den Kommunalpolitikern sicher ein Stein vom Herzen fallen, denn wir erhalten und sichern die kommunalen Einnahmen in einer Größenordnung von 15 Milliarden

Euro“, freute sich Bernhard Daldrup (SPD). Ein Wegfall dieser Steuer hätte die kommunale Selbstverwaltung bedroht. Den Vorwurf, die Steuererhebung werde zu bürokratisch, wies Daldrup zurück. Die „Horrorvarianten von explodierenden Mieten und Umzugszwängen“ seien nichts anderes als „heiße Luft“. Kritisch setzte sich Daldrup mit der auf Wunsch der CSU eingefügten Öffnungsklausel auseinander, die den Ländern das Recht gibt, andere Bewertungsverfahren zu wählen als das im Bundesgesetz. Sie sei „nicht Ausdruck von Föderalismus, sondern Ausdruck von Provinzialismus“. Von einem „Durchbruch nach schwierigen Verhandlungen“ sprach Andreas Jung (CDU). Zugleich wies er die Kritik des Koalitionspartners an der Öffnungsklausel zurück: „Wer Föderalismus als Provinzialismus verspottet, der hat ein grundlegend falsches Verständnis von unserem Staatsaufbau und von Subsidiarität.“ Für Jung ist mit der Öffnungsklausel der Wettbewerb um das beste Modell eröffnet. Die bisherige Bemessungsgrundlage der Grundsteuer, die an die Einheitswerte anknüpfte, war vom Bundesverfassungsge-

richt verworfen worden. In Zukunft soll für die Berechnung der Steuer der Wert eines unbebauten Grundstücks anhand der Bodenrichtwerte ermittelt werden, die regelmäßig von unabhängigen Gutachterausschüssen ermittelt werden. Ist das Grundstück bebaut, werden außerdem Erträge wie Mieten zur Berechnung der Steuer herangezogen. Für Albrecht Glaser (AfD) ist die Grundsteuer als eine Steuer auf die Vermögenssubstanz, auch wenn keine Erträge erzielt würden, „Sozialismus“. Er wies darauf hin, dass für die Grundsteuer 35 Millionen Steuerobjekte regelmäßig bewertet werden müssten. Mehrere tausend Steuerbeamte müssten dafür neu eingestellt werden. Dabei mache diese Steuer nur zwei Prozent des Gesamtsteueraufkommens aus. Laut Glaser wird die Leistungsfähigkeit nicht berücksichtigt: Ein mit 80 Prozent verschuldetes Gebäude löse die gleiche Steuer aus wie ein schuldenfreies. Da die Grundsteuer weiter auf die Mieter umgelegt werde, „werden sich Großstadtmier noch wundern“, so Glaser zu der „Reform-Ruine“. „Kein Land wird gezwungen, das Bundesgesetz anzuwenden“, freute sich Christian Dürr (FDP). Alle Bundesländer bekämen die Möglichkeit, ein unkompliziertes Flächenmodell bei der Grundsteuer einzuführen, und könnten das bürokratische Bewertungsmodell vermeiden. Das Bundesge-

setz sei ein „Bürokratie-Monster“, das zudem die Mieter stark belasten werde. Dürr sprach mit Blick auf den Finanzminister von einem „Olaf-Scholz-Miententurbo“. Wo die Mieten ohnehin hoch seien, würden sie bei Anwendung des Bundesmodells durch „die kalte Progression bei der Grundsteuer weiter steigen“.

Kritik an Umlage auf Mieter Linke und Grüne kritisierten besonders, dass die Grundsteuer auch in Zukunft auf die Mieter umgelegt werden könne. Ein Antrag der Linksfraktion gegen die Umlagefähigkeit (19/8358, 19/14118) wurde ebenso abgelehnt wie ein Gesetzentwurf der Grünen (19/8827, 19/14118). Fabio De Masi (Lin-

ke) begrüßte die neue „Grundsteuer C“ für baureife Grundstücke, die der Spekulation entgegenwirken soll. Er kritisierte aber die Öffnungsklausel für die Länder, die ein Flächenmodell ermögliche: „Dann wird ein Quadratmeter Wohnfläche in einer Villa am Starnberger See kaum mehr Grundsteuer kosten als eine Sozialwohnung in München.“ Das sei „nicht christlich, nicht sozial, das ist einfach nur dreist“. „Endlich können die Kommunen aufatmen“, freute sich Stefan Schmidt (Grüne) über den Erhalt der Grundsteuer. Ein großer Wurf sei die Reform dennoch nicht. Durch die Länderöffnung drohe ein „Flickenteppich aus bis zu 16 verschiedenen Grundsteuern“. Hans-Jürgen Leersch ||

STICHWORT

Drei Gesetze zur Grundsteuer beschlossen

- > **Grundgesetz** Zur Schaffung einer Länderöffnungsklausel und der Absicherung der Bundeskompetenz war eine Grundgesetzänderung erforderlich (19/11084, 19/14167, 19/14136).
- > **Grundsteuer** Die Höhe der Grundsteuer wird ab 2025 auf der Grundlage von Bodenrichtwerten und Mieten erhoben statt nach Einheitswerten (19/11085, 19/14158, 19/14138).
- > **Baureife Grundstücke** Wenn Grundstücke zu Spekulationszwecken zurückgehalten und nicht bebaut werden, droht eine höhere „Grundsteuer C“ (19/11086, 19/14159, 19/14139).

Share Deals bleiben

IMMOBILIEN Experten-Kritik an geplanter Neuregelung

Wissenschaftler und Wirtschaft bezweifeln, dass die zur Vermeidung von Grunderwerbsteuer vorgenommenen sogenannten Share Deals mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes (19/13437) in Zukunft reduziert werden können. Umgehungsgestaltungen würden mit dem Gesetzentwurf keinesfalls effektiv verhindert, erklärten die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in einer öffentlichen Anhörung des Bundestags-Finanzausschusses in der vergangenen Woche. Dem Gesetzentwurf fehle eine zielgenaue Ausrichtung, so dass mit erheblichen „Kollateralschäden“ für sämtliche Branchen zu rechnen sei. Vor „Kollateralschäden“ wurde auch von mehreren anderen Sachverständigen gewarnt. Nach der bisherigen Steuerregelung wird bei einem Erwerb von weniger als 95 Prozent der Anteile einer Immobiliengesellschaft innerhalb von fünf Jahren keine Grunderwerbsteuer fällig. Die Neuregelung sieht vor, dass die Beteiligungsschwelle, ab der ein Grundstückserwerb angenommen wird, auf 90 Prozent abgesenkt wird. Außerdem soll die Frist verlängert werden, innerhalb derer die Anteilskäufe der neuen Eigentümer berücksichtigt werden. Sie soll statt fünf in Zukunft zehn Jahre betragen. Der als Sachverständiger geladene nieder-

sächsische Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) erklärte dazu, wer eine Gestaltung auf 94,9 Prozent hinbekomme, bekomme auch 89,9 Prozent hin. Der Gesetzentwurf erreiche die Ziele nicht, warnte Hilbers, der sich für ein „schlüssiges, effektives und systematisches Gesamtkonzept“ aussprach. Die Spitzenverbände der Wirtschaft kritisierten, dass in Zukunft Unternehmen erfasst würden, die Immobilien für die operativen Geschäfte des Unternehmens benötigen würden, zum Beispiel Produktionshallen und Bürogebäude. Bei diesen würden zukünftig wirtschaftlich sinnvolle Umstrukturierungen unter Beteiligung von grundbesitzenden Gesellschaften behindert. Ebenfalls würden Immobilien als Kapitalanlage, beispielsweise für Altersvorsorgeprodukte, getroffen, obgleich derartige Investitionen ebenfalls nicht aus Steuer-spargründen getätigt würden. **Weitere Absenkung** Kritik kam auch aus der Wissenschaft. Professor Henning Tappe von der Universität Trier brachte eine Absenkung der Grenze auf 75 Prozent ins Spiel. Es werde zwar das Scheunentor geschlossen, „aber die Flügeltür bleibt offen“. Für eine Absenkung auf 75 Prozent plädierte auch Professor Rainer Wernsmann (Universität Passau). hle ||

Goldkäufer im Visier

GELDWÄSCHE Ausweispflicht ab 2.000 Euro geplant

Die Bundesregierung will schärfer gegen Geldwäsche vorgehen und dafür unter anderem die Verschwiegenheitspflichtung der freien Berufe einschränken und den Edelmetallhandel stärker regulieren. Der von der Bundesregierung eingebrachte und am Freitag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesene Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie (19/13827) sieht in diesem Zusammenhang eine Absenkung des Schwellenbetrags vor, ab dem Güterhändler geldwäscherechtlichen Pflichten unterliegen. Die Erkenntnisse der nationalen Risikoanalyse hätten ergeben, dass insbesondere im Bereich des Goldhandels ein starker Bargeldverkehr knapp unterhalb der gegenwärtigen Schwelle für die Identifizierungspflicht von 10.000 Euro stattfindet. Es werde offen-sichtlich damit geworben, wie viel Edelmetall identifizierungsfrei eingekauft werden könne. Daher soll die Schwelle von 10.000 auf 2.000 Euro gesenkt werden, um diesen Umgehungshandel zu unterbinden beziehungsweise signifikant zu beschränken, wie es im Gesetzentwurf heißt. Der Bundesrat verlangt sogar die Absenkung der Schwelle auf 1.000 Euro. Zu den weiteren Maßnahmen gehört die Ausweitung des Kreises der sogenannten geldwäscherechtlich Verpflichteten. Dienst-

leistungsanbieter im Bereich von virtuellen Währungen sollen künftig generell als geldwäscherechtlich Verpflichtete gelten. In der Begründung des Entwurfs heißt es, virtuelle Währungen hätten an Bedeutung gewonnen. Die weltweite Marktkapitalisierung habe im Januar 2018 mit rund 700 Milliarden Euro ihren Höhepunkt erreicht. Mit der gewachsenen Verbreitung seien auch die Risiken gestiegen. Insbesondere die Anonymität virtueller Währungen ermögliche ihren potenziellen Missbrauch für kriminelle und terroristische Zwecke. Zu den geldwäscherechtlich Verpflichteten gehören künftig zudem Mietmakler. Die bisher weitgehend von der Verdachtsmeldepflicht befreiten freien Berufe müssen sich auf Änderungen einstellen. „Die Anpassung hat in den meldepflichtigen Fallkonstellationen eine Einschränkung der berufsrechtlichen Verschwiegenheitspflichten zur Folge“, heißt es in dem Entwurf. Auch die Verdachtsmeldepflicht freier Berufe bei Immobilientransaktionen wird ausgeweitet. hle ||

Anzeige

So arbeitet die Bundesregierung

Mit einem Vorwort von Angela Merkel

Bundeskanzleramt und Bundesregierung
Handbuch für Wissenschaft und Praxis
Von Dr. Volker Busse und Prof. Dr. Hans Hofmann
7., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2019,
471 S., brosch., 58,- €
ISBN 978-3-8487-5863-0
nomos-shop.de/41609

Das überarbeitete und aktualisierte Handbuch schildert umfassend und grundsätzlich Organisation, Aufgaben, Arbeitsweise und Funktion des Bundeskanzleramtes und der Bundesregierung sowie seine Zusammenarbeit mit den Bundesministerien und vermittelt dabei auch anschaulich und praxisnah den Alltag der Regierungsarbeit.

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos
eLibrary www.nomos-elibrary.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Smart, digital, innovativ

INDUSTRIE 4.0 Kann die deutsche Industrie die Digitalisierung nutzen, um sich auf einem neuen Markt an der Weltspitze zu etablieren? Über das Ausloten des „smarten“ Potenzials der Wirtschaft diskutierten die Abgeordneten am Donnerstag im Bundestag. Anlass lieferte die FDP-Fraktion mit einem Antrag (19/14030), in dem sie auf eine Innovationsoffensive dringt, um die Industrie fit für den digitalen Wandel zu machen. Die größte Herausforderung für die Industrie sei, die Chancen des Wandels zu nutzen, heißt es in dem Antrag. „Die Vernetzung eingebetteter Systeme mit wirtschaftlichen Abläufen in Unternehmen ist der Übergang zur vierten industriellen Revolution“, so die FDP. Die sich ergebenden Möglichkeiten könnten der Wirtschaft die notwendigen Produktionszuwächse verleihen. Deutschland mit seinem wirtschaftlichen und Forschungsprofil könne hier Marktführer werden.

Die FDP-Abgeordneten fordern Nachbesserungen bei der Hightech-Strategie der Bundesregierung vor allem mit einer transparenten Erfolgskontrolle sowie bei der steuerlichen Forschungsförderung. Die 120 in Deutschland bestehenden MINT-Regionen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sollen gestärkt, eine Plattform zum beschleunigten Transfer von der Grundlagenforschung zur Künstlichen Intelligenz zu deren technologischen Anwendungen aufgebaut werden.

Gigabit-Infrastrukturen müssten sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunk flächendeckend angeboten werden. Den Abgeordneten schwebt ein Gigabit-Guttschein-System zur Teilfinanzierung der Glasfaseranschlüsse von Unternehmen vor, um die vorhandenen Bundesmittel für den Digitalausbau effizienter einzusetzen. Die Erlöse künftiger Frequenzversteigerungen sollten ausschließlich für den Ausbau der digitalen Infrastruktur genutzt werden, etwa indem die Einnahmen im Rahmen sogenannter Rückwärtsversteigerungen zur Schließung von weißen Flecken eingesetzt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. *pez*



Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen bleiben auch künftig nur die Ausnahme.

© picture-alliance/dpa

KURZ NOTIERT

Direktzahlungs-Gesetz an Ausschuss überwiesen

Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag erstmals den Entwurf der Bundesregierung für ein „Zweites Gesetz zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes“ (19/13960) beraten. Die Vorlage wurde zusammen mit einem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu Weidenerprämien (19/14095) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. Das Direktzahlungen-Durchführungsgesetz regelt laut Bundesregierung eine Umschichtung von 4,5 Prozent der Direktzahlungsmittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für die Jahre 2015 bis 2019 als zusätzliche Förderung für Maßnahmen im Rahmen der Programmplanung für die Entwicklung des ländlichen Raums (zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik – GAP). Der Gesetzentwurf sieht vor, die Umschichtung leicht erhöht auf sechs Prozent als zusätzliche Förderung für das Jahr 2020 fortzuschreiben. *eis*

AfD scheitert erneut mit Kandidaten für Gremien

Die AfD-Fraktion ist zum wiederholten Male mit ihren Kandidaten für diverse finanz- und haushaltspolitische Gremien gescheitert. Keiner der Kandidaten für das Vertrauensgremium, das Gremium gemäß dem Bundesschuldenwesengesetz und das Sondergremium gemäß dem Stabilisierungsmechanismusgesetz erreichte am vergangenen Donnerstag die erforderliche Mehrheit. *scr*

Linke fordert Rekommunalisierung

Die Fraktion Die Linke will „Kommunen fördern und Rekommunalisierung unterstützen“. Einen entsprechenden Antrag (19/10755) überwies der Bundestag am Donnerstag nach erstmaliger Beratung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen. Die Linksfraktion fordert in dem Antrag von der Bundesregierung unter anderem ein Rekommunalisierungsgesetz. *pez*

Ohne Limits

VERKEHR Keine Mehrheit für Tempo 130 auf Autobahnen

Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen von 130 km/h wird es weiterhin nicht geben. Mit breiter Mehrheit votierte der Bundestag am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung gegen eine dahingehende Forderung der Grünen (19/9948). Lediglich die Linksfraktion unterstützte das Vorhaben. Gern hätten das auch die Sozialdemokraten getan.

Das ging aber nicht. Es sei nicht gelungen, den Koalitionspartner zu überzeugen, bedauerte Kirsten Lüthmann, Obfrau der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss. Aus Vertragstreue zur Koalition, „nicht aus inhaltlichen Gründen“, werde man den Antrag ablehnen. Doch auch mit einem anderen Abstimmungsverhalten der SPD hätte sich am mehrheitlichen Nein zu einem Tempolimit nichts geändert. Union, FDP und AfD lehnten das Ansinnen geschlossen ab.

Eine signifikante Senkung des CO₂-Ausstoßes sei mit einem Tempolimit nicht zu erreichen, befand Gero Storjohann (CDU). Da deutsche Autobahnen für hohe Geschwindigkeiten ausgelegt seien, greife auch

das Argument einer höheren Verkehrssicherheit nicht, fügte er hinzu. Oliver Lüksic (FDP) verwies darauf, dass es in Deutschland eine situative Richtgeschwindigkeit gebe, was bedeute, dass an die Situation angepasst zu fahren sei. Wer bei schlechtem Wetter und dichtem Verkehr schneller als 130 km/h fahre, sei im Falle eines Unfalls automatisch in der Mithaftung, sagte Lüksic. Im Übrigen seien die deutschen Autobahnen sicherer als im Rest Europas. Für Dirk Spaniel (AfD) ist die Forderung nach einem generellen Tempolimit „ein weiteres Beispiel des manischen Kampfes der Links-Grünen gegen das Auto“. Von einem „Kulturkampf gegen das Auto“ sprach auch Daniela Kluckert (FDP). In der deutschen Automobilindustrie gebe es 1,8 Millionen Arbeitsplätze – tausend Unternehmen im ganzen Land seien von ihr abhängig. Was wäre wohl los in der Gesellschaft, wenn diese Arbeitsplätze tatsächlich auf dem Spiel stünden, fragte sie.

Cem Özdemir (Grüne) kann hingegen nicht verstehen, wie man gegen ein Tempolimit sein kann. Mit „quasi religiösem Eifer“ kämpfe Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) dagegen an, beklagte er. „Sofort und umsonst“ könne man Klimagase einsparen, wenn man den deutschen Sonderweg beendet. „Die Bevölkerung will es, die Kirchen wollen es und auch die Polizei will ein Tempolimit“, sagte Özdemir. Unterstützung bekam er von Ingrid Remmers (Die Linke). Das Tempolimit sei eine schnelle, einfache, wirkungsvolle und zugleich kostenlose Maßnahme zur Verbraucherminderung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, sagte sie.

Neben dem Tempolimit-Antrag der Grünen standen noch drei weitere Anträge und ein Gesetzentwurf der Fraktion zur Debatte ebenso wie zwei Anträge der FDP und drei Anträge der Linksfraktion.

»Es ist uns nicht gelungen, den Koalitionspartner zu überzeugen.«

Kirsten Lüthmann (SPD)

Letztere forderten einen öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif. „Wir brauchen eine Verkehrswende mit autofreien Innenstädten, mehr Platz für Radfahrer und Fußgänger sowie ÖPNV und Bahn für alle“, sagte Sabine Leidig (Die Linke). Es sei ein Leichtes, das nötige Geld für einen ÖPNV zum Nulltarif aufzubringen, befand die Linke-Abgeordnete. Die „vielen Millionen“ für Diesel und Dienstwagen müssten dem ÖPNV zugeschlagen werden.

Umverteilung Von solchen Plänen hält Wolfgang Wiehle (AfD) gar nichts. Eine Umverteilung zu Ungunsten derjenigen, die auf dem Land leben, gar keinen funktionierenden Nahverkehr hätten und trotzdem mit ihren Steuern dafür bezahlen müssten, sei dies, befand er. Der Begriff der Verkehrswende, so der AfD-Abgeordnete, werde immer mehr zum Schlüsselwort für eine Umverteilung von Milliarden von Euro zum Zwecke, „die Bürger dieses Landes nach der Gedankenwelt der Grünen und Linken umzuverziehen“. Abgelehnt wurde von ihm auch die Linke-Forderung nach einem Baustopp für Stuttgart 21. Damit würde dem Desaster noch die Krone aufgesetzt, sagte Wiehle.

Für Michael Donth (CDU) ist Stuttgart 21 „der richtige Weg hin zu einer schnelleren, punktliebere und deutschlandweit vertakteten innovativen Bahn“. Die Linksfraktion bemängelt zwar den aktuellen Zustand der deutschen Schieneninfrastruktur. Zugleich verweigere sie sich aber Verbesserungen und wolle in Stuttgart an einem Kopfbahnhof festhalten, dessen Leistungsfähigkeit von Bahnexperten schon seit langem in Frage gestellt werde, sagte Donth.

Fehlendes Mut zu einem wirksamen Klimaschutz attestierte Stephan Kühn (Grüne) der Bundesregierung. Im Klimapaket sei zwar nicht alles falsch, „aber es reicht nicht“, sagte er. Arno Klare (SPD) befand hingegen, es sei mitnichten kraftlos, sondern sogar sehr mutig, bis 2030 von 40,3 Gigawatt Leistung aus Kohleverstromung auf 17 Gigawatt abzusenken und bis 2022 weitere zehn Gigawatt an Atomstrom rauszunehmen. Sein Fraktionskollege Martin Burkert (SPD) verwies auf die im Klimapaket enthaltene Mehrwertsteuersenkung für Bahnreisen im Fernverkehr. Das sei ganz im Sinne des Klimaschutzes. *Götz Hausding*

STICHWORT

Untersuchungsausschuss Pkw-Maut

> Einsetzung In dieser Sitzungswoche wollen FDP, Linke und Grüne einen Untersuchungsausschuss beantragen, der sich mit der Vergabe von Aufträgen zur Erhebung der Pkw-Maut befassen soll.

> EuGH-Urteil Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Sommer entschieden, dass die vom Bundestag beschlossene Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) nicht europarechtskonform ist.

> Vorwürfe Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hat Aufträge zur Mauterhebung an zwei private Unternehmen vergeben, bevor das Urteil vorlag. Trotz der erfolgten Kündigung der Verträge drohen aus Sicht von FDP, Linken und Grünen Schadenersatzforderungen. Zudem kritisiert die Opposition den aus ihrer Sicht fehlenden Aufklärungswillen des Ministers.

AfD fordert Stopp der Klimaschutz-Politik

UMWELT Antrag der Fraktion erntet Kritik von allen Seiten

Die AfD ist am vergangenen Donnerstag mit ihrem Antrag (19/14069) zur Aufgabe aller Klimaschutz- und Energiewende-Ziele auf heftige Kritik gestoßen. Die Fraktionen kritisierten ihn als „rückwärtsgewandt“. In dem Antrag fordert die AfD eine „faktenbasierte Klima- und Energiepolitik“. Für die AfD verlangte Karsten Hilse in der Debatte, die Klimaschutz- und Energiepolitik so schnell wie möglich zu revidieren und nationale wie internationale Verpflichtungen zu beenden. Er warf der Bundesregierung vor, sie verbinde sich mit „Ökoterroren jeder Couleur“ oder nehme deren Aktivitäten wohlwollend hin. Er sprach von ersten Schritten hin zu einer „ökosozialistischen Diktatur“, durch die die wirtschaftliche Grundlage Deutschlands gefährdet werde. Der AfD-Antrag zeige eine „Ignoranz von Fakten“, erwiderte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD). Als Industrieland habe Deutschland eine historische Verantwortung beim Thema Emissionen, aber auch im Hinblick auf zukünftige Generationen. „Wir haben die besten Voraussetzungen, wegweisende Techniken zu entwickeln. Die sollten wir nutzen“, sagte sie. Unterstützung bekam sie von Nina Scheer (SPD). Sie warf der AfD vor, ihre Forderungen hätten „steigende Arbeitslosigkeit, die Vernichtung von Lebensgrundlagen, Kriege um Öl und eine Verschärfung der Fluchtursachen“ zur Folge.

„Bei einer Abkehr von der Klima- und Energiepolitik geben Sie jeden Anspruch an Gestaltungswillen ab und ignorieren die aktuelle Debatte“, kritisierte Lukas Köhler (FDP) die AfD. Klimapolitik sinnvoll auszugestalten, bedeute Investitionen in Infrastruktur und Technologien. „Die Klimapoli-

litik gefährdet unsere wirtschaftliche Grundordnung nicht. Es ist falsch, zu glauben, die Rezession komme wegen der Klimapolitik“, betonte Köhler.

Der Linken-Politiker Lorenz Gösta Beutin verwies auf die Auswirkungen des Klimawandels für den globalen Süden: „Das interessiert Sie von der AfD überhaupt nicht, weil Sie auf einer nationalistischen Insel leben“, kritisierte er. Jedes Land müsse seinen Anteil beitragen. Falsch sei, dass der Klimaschutz zur Deindustrialisierung beitrage, stellte Gösta Beutin klar. Ein „verheerender Trend“ sei allerdings, dass Deutschland Arbeitsplätze in der Photovoltaik- und der Windkraftbranche verloren habe.

Klimapaket Kritik an der Energiepolitik der Koalition übte auch Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen). Er sprach von einer „Verweigerungshaltung“, die im Klimapaket sichtbar sei. „Wasserstoff, Elektromobilität und Klimaschutz sind nur machbar mit dem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien“, sagte er. Es sei „erstaunlich, um nicht zu sagen völlig irrt“, dass diese in Deutschland jedoch weiter ausgebaut würden. „Das ist das genaue Gegenteil von Klimaschutz. Ich hätte mir gewünscht, dass das Klimapaket ein Signal für eine andere Richtung setzt“, sagte er.

Anja Weisgerber (CSU) verteidigte das jüngst verabschiedete Klimapaket der Bundesregierung als „konstruktiven Schritt nach vorn“. Das Paket sei mit Maßnahmen in allen Sektoren, einer CO₂-Bepreisung und dem regelmäßigen Monitoring ein „weitgehendes Programm“. Mit Blick auf den Bundesrat warb Weisgerber für einen „parteiübergreifenden Konsens und konstruktive Zusammenarbeit“. *Lisa Brübler*

Mehr Unterstützung für bedürftige Mieter

WOHNGELD Bundestag beschließt höhere Förderung

In einem sind sich die Abgeordneten quer über die Fraktionen einig gewesen: Die Reform des Wohngelds ist überfällig, die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes ein Signal, dass die Politik in Wohnfragen handelt. Doch während die Bundesregierung und die Fraktionen der großen Koalition die Errungenschaften der Novelle lobten, ging sie der Opposition nicht weit genug. Nach einstündiger Debatte am Freitag nahm der Bundestag das Wohngeldstärkungsgesetz (19/10816) in geänderter Fassung mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und AfD an. Die restlichen Fraktionen enthielten sich. Mehrere Oppositionsanträge zu dem Themenkreis wurden abgelehnt, der Mietenerhöhung der Bundesregierung für 2018 (19/11750) zur weiteren Beratung an den Bauausschuss überwiesen.

Das Gesetz soll die Mietsteigerungen seit 2016 berücksichtigen. Außerdem ist vorgesehen, das Wohngeld alle zwei Jahre per Verordnung an die eingetretene Miet- und Einkommensentwicklung anzupassen (Dynamisierung). Eingeführt wird eine zusätzliche Mietstufe für besonders angespannte Wohnungsmärkte sowie eine Sonderlösung für Inseln ohne Festlandanschluss. Eine Klimakomponente fehlt.

Für die Bundesregierung erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Marco Wanderwitz (CDU), mit der Novelle würden 660.000 Haushalte und damit 180.000 Haushalte mehr als bisher die Leistung beanspruchen können. Die verabschiedete Dynamisierung sei ein Fortschritt, da es so einen Mechanismus bislang nicht gegeben habe. Eine Evaluierung werde ergeben, ob der gewählte Zweijahresrhythmus – der auch mit dem bürokratischen Aufwand zu tun habe – ein richtig gewählter Zeitraum sei.

Der Abgeordnete Karsten Möring (CDU) ergänzte, man arbeite an einer Klimakomponente zum Wohngeld. Es werde versucht, in näherer Zukunft zu einem belastbaren Verfahren zu kommen. Für die SPD verwies die Abgeordnete Ulli Nissen auf die Notwendigkeit einer Informationskampagne für das Wohngeld. Viele wüssten gar nicht, dass es die Maßnahme gebe und etwa auch Eigentümer sie beantragen könnten, und zwar in Form eines Lastenzuschusses.

Die Opposition nutzte die Debatte zu einer grundsätzlichen Abrechnung mit der Wohnungs- und Baupolitik der Bundesregierung, bekräftigte jedoch zugleich die Bedeutung einer Wohngeldreform. Der AfD-Abgeordnete Udo Theodor Hemmelmann sagte, die Reform gehe nicht weit genug. Das Wohngeld müsse kräftiger ausfallen, in kürzeren Abständen erhöht und die Mietstufen müssten differenzierter werden.

Für die FDP sagte Daniel Föst, Wohngeld unterstütze zielgenau und schütze vor Verdünnung. Er prophezeite jedoch weiter große Reibungsverluste an den Schnittstellen von Sozialleistungen. Seine Fraktion schlage ein liberales Bürgergeld vor, das Sozialleistungen bündele. Außerdem solle die Beantragung mit einem digitalen Verfahren einfacher gemacht werden.

Caren Lay (Linke) erklärte, die Reform sei zu halbherzig. Sie rechnete vor, dass in 164 Kommunen die Erhöhung des Wohngelds ausbleibe, weil diese Städte bei den Mietstufen herabgestuft werden. Das sei absurd. Lay forderte, dass das Wohngeld sich an den realen Kosten orientieren und auch Heizkosten berücksichtigen müsse. Christian Kühn (Grüne) erklärte, das Wohngeld werde mit der Novelle nicht strukturell gestärkt und löse nicht die Krise bei sozialen Sicherungssystemen. Außerdem reagiere das Gesetz nicht auf Herausforderungen des Klimawandels. Es fehle der Wille, Klimakrise und soziale Gerechtigkeit zusammenzubringen.

Kristina Pezzeri

Weniger Bürokratie

WIRTSCHAFT Gesetzentwurf für Erleichterungen beraten

Die Bundesregierung will Wirtschaft, Bürger und Verwaltung per Gesetz von Bürokratie befreien. Mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie“ (19/13959) werde die Wirtschaft um insgesamt 1,168 Milliarden Euro pro Jahr entlastet, schreibt die Bundesregierung in der Vorlage, die in der vergangenen Woche im Bundestag beraten wurde. Die maßgeblichen Anteile sollen die Einführung einer elektronischen Arbeitsfähigkeitsmeldung, Erleichterungen bei der Vorhaltung von Datenverarbeitungssystemen für steuerliche Zwecke und die Option eines digitalen Meldescheins im Beherbergungsgewerbe beisteuern.

So solle ein elektronisches Meldeverfahren die Einreichung des Krankenscheins ersetzen, heißt es. Vorgesehen sind auch Erleichterungen bei der Archivierung elektronisch gespeicherter Steuerunterlagen. Für Unternehmen soll die Pflicht entfallen, bei einem Wechsel der Steuersoftware zehn Jahre lang die alten Datenverarbeitungsprogramme in Betrieb zu halten. Mit der Einführung eines optionalen digitalen Meldescheins schließlich könnte die Hotellerie um Kosten erleichtert werden. Die Abgeordneten überwiesen den Entwurf zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss. Ebenfalls beraten wird dort ein Antrag der FDP-Fraktion zur Digitalisierung der Verwaltung (19/14031). *pez*





Beim Westbalkan-Gipfel im Juli dieses Jahres herrschte noch Zuversicht: Bundeskanzlerin Angela Merkel (links, CDU) und die Premierminister Nordmazedoniens, Zoran Zaev (Mitte), und Albanien, Edi Rama (rechts).

© picture-alliance/M. Skolimowska/dpa-Zentralbild

Draußen vor der Tür

BALKANSTAATEN Die Europäische Union ringt mit ihrer Erweiterungspolitik – und braucht für sie einen neuen Ansatz

Es wird wohl auch dieses Mal nicht klappen. Nachdem Frankreich Mitte der vergangenen Woche im Europäischen Rat Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien grundsätzlich abgelehnt hat, verschwindet die Perspektive auf einen EU-Beitritt der beiden Länder im Nebel (siehe Beitrag unten). Zwar ist nicht ganz ausgeschlossen, dass sich Frankreich in Bezug auf Nordmazedonien kurzfristig noch anders entscheidet. Aber wahrscheinlich ist das nicht. Denn Präsident Emmanuel Macron hat dank seines europäischen Führungsanspruchs kein Problem damit, Nordmazedonien auch im Alleingang draußen vor der Tür warten zu lassen. Und mit Blick auf Albanien steht er nicht einmal allein da. Auch die Niederlande und Dänemark lehnen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ab. Um sie zu beginnen, ist ein Konsens aller EU-Mitgliedsstaaten notwendig. Seit Juni 2018 ist es der dritte Anlauf, der schief geht. Und allen Beteiligten dürfte klar sein, dass dieses Scheitern unumkehrbar ist. Es kann nicht mehr darum gehen, auf den vierten Anlauf zu warten. Der Erweiterungsprozess der EU muss grundlegend diskutiert werden.

Das bringt vor allem die EU-Kommission in eine unangenehme Situation. Dem abtretenden Erweiterungskommissar Johannes Hahn ist die Angelegenheit aus gutem Grund peinlich. Er war nach Skopje und Tirana gereist, hatte ermahnt und Hoffnungen geweckt. Diese Ablehnung sei kein Ruhmesblatt für die EU, sagte er in Brüssel. Und man erinnert

sich: Vor 16 Jahren hatte die EU den westlichen Balkanländern den Beitritt in Aussicht gestellt. Geschafft haben es seither Slowenien und Kroatien. Mit Montenegro und Serbien sind Verhandlungen im Gange, die allerdings nicht vorwärts kommen. Seit 15 Jahren ist Mazedonien (heute Nordmazedonien) Beitrittskandidat und seit vielen Jahren empfiehlt die Kommission vergeblich den Verhandlungsbeginn. Bisher hatte Griechenland blockiert. Es hielt den Staatsnamen Mazedonien für inakzeptabel, da in Nordgriechenland eine gleichnamige Provinz existiert. 2018 einigten sich Skopje und Athen auf einen Kompromiss: Das Land heißt seither Nordmazedonien. Den Bürgern wurde der Namenswechsel von EU-Emissären und der eigenen Regierung mit der Zusage verkauft, das Land könne anschließend Beitrittsverhandlungen beginnen. Dieses Versprechen wird nun gebrochen. In Albanien war es eine Justizreform, durch die die Einkommensverhältnisse und professionelle Kompetenz aller Richter überprüft wurden, die von Brüssel als letzte Hürde vor Beitrittsverhandlungen dargestellt worden war. Nun werden neue Bedingungen genannt.

Bitterkeit Die Reaktionen aus den betroffenen Ländern sind eine Mischung aus Enttäuschung, Bitterkeit und Wut. Der nordmazedonische Ministerpräsident Zoran Zaev hatte im Sommer ein großes politisches Risiko auf sich genommen, als er sich mit seinem damaligen Athener Amtskollegen Alexis Tsipras auf den Namenskompromiss einigte. Nur weil er mit der Annahme des Prespa-Abkommens mögliche Fortschritte bei

der EU-Integration verbinden konnte, brachte er es durch die Volksabstimmung. Zaev und Tsipras wurden danach von EU-Politikern mit Lob überschüttet und als leuchtende Beispiele für die ganze Region dargestellt. Jetzt warnen viele Kommentatoren davor, dass die gebrochenen Versprechen den Nationalisten in den Ländern des westlichen Balkans Auftrieb geben könnten. Das wäre vor allem für die multiethnischen Staaten wie Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gefährlich. Wenn diese Länder nicht gemeinsam unter dem Dach der EU sind, welche die Grenzen gleichzeitig sicher und durchlässig macht, kommt leicht der „Plan B“ wieder aufs Tapet: der ethnisch definierte Nationalstaat.

Das könnte bedeuten, dass die Vereinigung von Albanien mit Kosovo bald offen diskutiert wird. Der albanische Ministerpräsident Edi Rama hatte in den vergangenen Jahren immer wieder damit provoziert. Wohl nicht zuletzt deshalb, um mit dieser Drohkulisse genau das zu verhindern, was jetzt geschieht: dass der Integrationsprozess seines Landes auf unabsehbare Zeit verschoben wird. Im Kosovo wird derweil mit großer Wahrscheinlichkeit der Linksnationalist Albin Kurti Regierungschef. Seine Partei Vetevendosje hat die Vereinigung im Programm. Man darf gespannt sein, wie die gestoppte EU-Integration auf den inderbalbanischen Diskurs wirkt.

Mit dem faktischen Rückzug der EU entsteht ein strategisches Vakuum.

Ähnliches lässt sich mit Bezug auf die Serben in Bosnien-Herzegowina sagen. Milorad Dodik, der Präsident des serbisch dominierten Landesteils, spricht seit langem über einen Anschluss an Serbien. Dass Belgrad sich bisher darauf nicht einließ, liegt daran, dass es selbst Beitrittsverhandlungen mit der EU führt und sich seine Karten nicht verderben will. Auch das könnte sich ändern, wenn Serbien zu dem Schluss kommt, dass die Verhandlungen ins Nirgendwo führen.

Kritiker des europäischen Nicht-Entscheidens sehen eine weitere Gefahr. Mit dem faktischen Rückzug der EU als dominanter Kraft entsteht auf dem westlichen Balkan ein strategisches Vakuum. Das könnte nun von Mitbewerbern um Einfluss aufgefüllt werden: Von den Chinesen, deren Investitionen und Kredite in der Region bereits jetzt willkommen sind und neue Abhängigkeiten schaffen. Aber auch von Russland und der Türkei, welche die lähmende Uneinigkeit der EU nutzen, um ihre Position zu stärken: Moskau als Schutzmacht der Serben, Ankara als Protektor der Bosniaken und anderer Muslime. Schließlich untergräbt die EU mit ihrer Glaubwürdigkeit auch ihre Macht. Es ist schwer vorstellbar, dass Brüssel als ehrlicher Makler im Konflikt zwischen Belgrad und Pristina einen Ausgleich erzielen kann, wenn es jetzt klare Zusagen im letzten Moment widerrufen muss.

Doch was sind eigentlich die Argumente der Franzosen gegen Beitrittsverhandlungen? Die Europaministerin Amélie de Montchalin brachte es drastisch auf den Punkt. Die Verhandlungen glichen einer „endlosen Seifenoper“ und müssten in ihrer Methodologie grundsätzlich verändert werden. Der Prozess sei nicht effizient und auch nicht zielführend. Mazedonien und Albanien würden eines Tages Teil der EU sein, aber es sei zu früh, den rechtlich verbindlichen Erweiterungsprozess zu beginnen.

Ineffizienz Zumindest mit dem ersten Teil, der Ineffizienz der Verhandlungen, hat die Französin einen Punkt. Wer nach Montenegro oder nach Serbien blickt, die seit 2012 beziehungsweise 2014 verhandeln, sieht zwar Fortschritte in Bezug auf die Wirtschaftspolitik und die Beziehungen mit den Nachbarn. Wenn es aber um Rechtsstaatlichkeit geht und insbesondere um die „checks and balances“ zwischen Regierung, Parlament und Gerichten, dann zeigt der Trend in die Gegenrichtung. Auch mit Blick auf die prekäre Situation der Medienfreiheit entwickeln sich diese Staaten nicht zu liberalen Rechtsstaaten, sondern eifern eher dem ungarischen Beispiel einer illiberalen Demokratie nach. Mit dem gegenwärtigen Beitrittsprozess kommen diese Staaten dem Ziel einer Mitgliedschaft offensichtlich nicht näher. Es gibt also gute Gründe, über neue Modelle zu diskutieren. Sie müssten wohl bei der Wirtschaft ansetzen, um den Lebensstandard in absehbarer Zeit an jenen in der EU anzunähern und die Abwanderung von gut ausgebildeten zu bremsen. Die Region ist de-

mografisch seit Ende der Kriege um ein Viertel geschrumpft. Dusan Reljic von der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik schlägt vor, die Länder schon heute wirtschaftlich in die EU zu integrieren. In mancher Hinsicht sind sie es: 75 Prozent des Handels finden mit der EU statt. Dennoch beträgt das Bruttoinlandprodukt nur ein Drittel des EU-Durchschnitts. Die Region ist eine billige Werkbank der Europäer, in der die Zulieferer für italienische und deutsche Firmen nur geringe Wertschöpfung erzielen. Um die Wertschöpfungsketten zu verlängern, muss die Infrastruktur ausgebaut werden. Verkehrswege und digitale Netzwerke sollten effizienter gemacht und mit Investitionen ins Bildungswesen Humankapital gebildet werden. Dafür, so Reljic, sollen die Länder bereits jetzt in die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU eingebunden werden. Die Aufgabe ist durchaus verkraftbar: Es geht um deutlich weniger als 20 Millionen Menschen. Es gibt also Ideen, wie die Integration des westlichen Balkans vorangebracht werden kann. Es spricht aber auch nichts dagegen, zumindest Mazedonien bereits jetzt ein verbindliches Datum für den Verhandlungsbeginn zu nennen – die sich weitende Glaubwürdigkeitslücke der EU spricht sogar sehr dafür. Die Zeit bis dahin sollte die Kommission nutzen, um eine neue Methodologie auszuarbeiten, mit denen die sechs Länder in überschaubarer Zeit an die EU herangeführt werden können. **Andreas Ernst**

Der Autor ist Südosteuropakorrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“.

Gefangen in einer Warteschleife

EUROPÄISCHE UNION Frankreich blockiert die Eröffnung von Erweiterungsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien. Das beschädigt die Glaubwürdigkeit der gesamten EU

Vor ein paar Jahren bot der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan an, in Albanien die größte Moschee der Welt zu bauen. Albanien's Ministerpräsident Edi Rama wies das Geschenk dankend zurück. Die Begründung: Sein Land orientiere sich in Richtung EU. Rama folgt dem Wunsch seiner Mitbürger. 80 Prozent der rund drei Millionen Albaner hoffen auf einen baldigen Beginn von Erweiterungsverhandlungen mit der EU. Diese Hoffnungen sind jedoch gerade enttäuscht worden. Entgegen ihres Versprechens haben die Staats- und Regierungschefs am vergangenen Donnerstag in Brüssel keinen Beschluss zum Gesprächsbeginn gefasst. Die große Mehrheit der 28-EU-Mitgliedstaaten hatte für eine Aufnahme von Verhandlungen plädiert. Aber Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron will neue Länder erst in der EU aufnehmen, wenn die Union vorher den Beitrittsprozess reformiert hat. Einen Kompromissvorschlag, lediglich Verhandlungen mit Nordmazedonien zu eröffnen, lehnte Macron ebenfalls ab. Da die Entscheidung einstimmig fallen musste, konnte er sein Veto einsetzen.

Das Nein aus Paris hatte sich schon am Dienstag abgezeichnet, als Frankreich im Kreise der Europa-Minister die Blockade anführte. „Das war kein glorreicher Moment für Europa“, bedauerte EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn hinterher. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte zuvor in ihrer Regierungserklärung im Bundestag betont, dass es im „gemeinsamen europäischen Interesse“ sei, die Staaten des westlichen Balkans „in die EU einzubinden“. Damit dies gelinge, „müssen wir zu unserem Versprechen stehen, diesen Ländern auch eine europäische Perspektive zu bieten“. Hahn hat dieses europäische Interesse schon vor Monaten definiert: „Ein genauer Blick auf die Landkarte zeigt, dass mangelndes Engagement unserer Seite ein Machtvakuum hat entstehen lassen, das andere nur zu gerne ausnutzen.“ Gemeint sind neben der Türkei auch China und Russland, die in den vergangenen Jahren ihren Einfluss auf dem Balkan massiv ausgebaut haben. Die künftige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte angekündigt, die Geopolitik stärker im Au-

ge zu behalten. Nach dem Erweiterungsstopp in der Nacht von Donnerstag auf Freitag wird diese Ankündigung nur schwer umzusetzen sein. Zudem beschädigt die EU mit ihrem Aufschub ihre Glaubwürdigkeit. Sowohl Albanien als auch Nordmazedonien haben nach Einschätzung der EU-Kommission ih-

re Hausaufgaben erledigt. So hat Nordmazedoniens Regierung den langen Namensstreit mit Griechenland beigelegt und dabei ein politisches Risiko auf sich genommen. Das Abkommen war im Land zunächst nicht beliebt. Albanien hat sein Justizsystem umfassend reformiert. Richter aller Ebenen bis hin zu Amtsrichtern und

Staatsanwälte mussten sich neu auf ihre Posten bewerben. Mehr als 60 Prozent wurden abgelehnt, weil sie etwa als korrupt eingestuft wurden. Wegen dieses Reformprozesses ist das Verfassungsgericht aktuell nicht arbeitsfähig. „Das den Albanern nun vorzuwerfen, ist hochgradig unfair“, unterstreicht ein EU-Diplomat. In der EU-Kommission herrscht die Sorge, dass sich Länder wie Albanien und Nordmazedonien von der EU abwenden, wenn sie ungerecht behandelt werden. Ohne Erweiterungsprozess schwindet der Einfluss der Europäer auf den Westbalkan. „Versprechen einzuhalten ist die beste Voraussetzung, um Reformen und eine rechtsstaatliche Entwicklung bei unseren Nachbarn im westlichen Balkan überzeugend einfordern zu können“, betont auch Bundeskanzlerin Merkel. Frankreichs Blockade löst in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten Befremden aus, weil Albanien und Nordmazedonien ohnehin nicht sofort in der EU aufgenommen würden, sondern am Anfang eines langen Prozesses stünden. „Frühestens in zehn bis 15 Jahren wären

die Verhandlungen abgeschlossen“, sagt ein EU-Diplomat. Warum lehnt Frankreichs Präsident die EU-Erweiterung dann so vehement ab? Er reagiert damit auf die rechte Opposition in seiner Heimat, die einen Beitritt beider Länder strikt ablehnt. Marine Le Pen behauptet, der Beitritt würde die „ungeordneten Migration“ anheizen; sie meint, die Risiken der organisierten Kriminalität würden in beiden Staaten unterschätzt. Erweiterungskommissar Hahn hält diese Argumente für unberechtigt. Vor allem Albanien, sagt er, leide unter einem Image-Problem. Nach ihrer Entscheidung vom Donnerstag gilt dasselbe allerdings auch für die EU. **Silke Wettach**

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

STICHWORT

EU-Erweiterungspolitik

- > **Bedingungen** Jeder europäische Staat, der die gemeinsamen Werte der EU achtet, kann eine Mitgliedschaft beantragen. Grundlage sind die 1993 festgelegten Kopenhagener Kriterien.
- > **Prozess** Der Europäische Rat muss dem Land einstimmig den Status eines Bewerberlandes gewähren und ebenfalls einstimmig über die Aufnahme von Verhandlungen und die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel entscheiden. Am Ende muss der Beitrittsvertrag von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden.
- > **Bisherige Erweiterungen** Bislang gab es sieben Runden. Zuletzt wurde im Jahr 2013 Kroatien 28. EU-Mitgliedstaat.



© picture-alliance/Baylen Gohlap/dpa/ZB

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Boris Johnson strahlte, als er vergangenen Donnerstagabend ans Rednerpult im Pressesaal des Europäischen Rats trat. Ihm war gelungen, was zwei Tage vorher niemand geglaubt hatte: Auf den letzten Metern vor dem EU-Gipfel hatte es noch zu einem Austrittsabkommen gereicht. Er habe für Großbritannien einen „großartigen Deal“ verhandeln können. Die eigentliche Herausforderung beginne damit aber erst, gestand der Konservative ein.

Am vergangenen Samstag musste er seinen Brexit-Deal noch durch das britische Parlament bringen (das Ergebnis stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest). Drei Mal war seine Vorgängerin Theresa May damit gescheitert. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass meine Kollegen im Parlament das Abkommen sorgfältig studieren und dann ihre Zustimmung geben werden“, betonte Johnson.

Vom Ausgang des „Meaningful Vote“, wie diese Abstimmung im Englischen heißt, ist die künftige politische Entwicklung im Vereinigten Königreich abhängig. Im Vorfeld der Abstimmung waren drei Szenarien denkbar: Die Abgeordneten stimmen für den von Johnson ausgehandelten Deal. Dann tritt tatsächlich ein, wofür der Premier seit seiner Amtsübernahme im Mitte Juli getrommelt hatte. Der EU-Ausstieg findet wie geplant am 31. Oktober statt. Möglicherweise kann es, so hieß es in Brüssel Ende vergangener Woche, noch zu einer kurzen, „technischen“ Verlängerung kommen. Feinheiten des 600 Seiten umfassenden Vertrags müssen noch in rechtssichere Texte verändert und das Dokument in alle 24 Amtssprachen der EU übersetzt werden.

Außerdem muss auch das Europäische Parlament den veränderten Text ratifizieren. Das hatten die Abgeordneten schon im November 2018 getan, als die EU einen Vertrag mit Ex-Premierministerin Theresa May ausgehandelt hatte. Da EU-Chefverhandler Michael Barnier die Europaabgeordneten immer sehr eng in seine Verhandlungen einbezogen hat, ist davon auszugehen, dass die Europaabgeordneten voraussichtlich am 24. Oktober zustimmen würden.

Aber auch in Großbritannien stünde noch parlamentarische Arbeit an. Es müssen mehrere große Gesetzesvorhaben zu Handel und Immigration umgesetzt und die Europäische Beitrittsakte, Basis der 1973 getroffenen Mitgliedschaft, revidiert werden.

Großes Dilemma Doch Johnson musste am vergangenen Samstag mindestens 30 Parlamentarier auf seine Seite ziehen, um den Deal über die Ziellinie zu bringen. Die nordirische DUP, lange Zeit Mehrheitsbeschaffer der seit der letzten Wahl 2017 in Minderheit regierenden Tories, lehnt den neuen Brexit-Vertrag ab. Sie sieht sich durch die Vorkehrungen zum Verbleib Nordirlands in einer Zollpartnerschaft mit der EU abgetrennt von Großbritannien. Langfristig fürchten die Unionisten, dass die Republikaner in Nordirland eine Wiedervereinigung mit der Republik Irland durchsetzen könnten. Zusätzlich hat Johnson der Rauswurf von rebellischen Fraktionskollegen, die Anfang

Die Zitterpartie

BREXIT Der britische Premier will sein Land unbedingt am 31. Oktober aus der EU führen. Selbst wenn das gelingt, sind angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament baldige Neuwahlen unumgänglich



Großbritanniens Premierminister Boris Johnson (links) und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wählten sich vor Beginn des EU-Gipfels in Brüssel bereits auf der Ziellinie.

September im Unterhaus durch Änderungsanträge einen „No Deal“ blockiert hatten, 23 Stimmen zur Mehrheit gekostet. Diese Abgeordneten waren nun in einem großen Dilemma. Viele vertreten Wahlkreise, die sich 2016 klar für den Brexit entschieden haben. Die Spitze der Labour-Partei machte vor dem Votum gnadenlos klar, dass eine Unterstützung von Johnson die Abgeordneten um ihr Mandat bringen würde. „Sie werden bei der nächsten Wahl durch einen anderen, sozialistischen Labour-Kandidaten ersetzt“, drohte Jon Lansman, Mitglied des Präsidiums.

Vermutlich wird sich in dieser Woche entscheiden, ob es ein zweites Referendum oder eine Neuwahl geben wird. Eine Neu-

wahl wäre für Johnson die klar zu bevorzugende Option. Die Tories liegen in allen Umfragen vorn. Zudem könnte der Premier mit ausgezeichneten Referenzen in den Wahlkampf gehen. Er hat den Brexit seit 2016 angeführt und nun auch umgesetzt. Er hat im Gegensatz zur Opposition einen von der EU absegneten Deal, wohingegen mit Labour-Chef Jeremy Corbyn nur Unsicherheit blüht. Der ist zudem extrem unbeliebt. 76 Prozent trauen Corbyn jüngsten Umfragen zufolge nicht zu, den EU-Ausstieg zu meistern.

Große Müdigkeit Aus Sicht der Labour-Partei ist ein zweites Referendum daher die bessere Option. Corbyn müsste sich dann mit den europafreundlichen Liberaldemokrat

kraten und den schottischen Nationalisten zu einer Plattform verbünden, die das Vereinigte Königreich in der EU halten wollen. Sollte diese Allianz ein zweites Referendum gewinnen, wäre das eine ideale Ausgangslage für die nächste Wahl. Fakt ist: Seit bald zwei Jahren ist eine Mehrheit der Briten stetig, aber sehr knapp für einen Verbleib in der EU. Doch bekanntlich sind Umfragen mit Vorsicht zu genießen. Angesichts der großen Brexit-Müdigkeit im Land sagt ebenfalls eine Mehrheit mittlerweile, dass es lieber ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende geben soll. **Stefanie Bolzen**

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Erinnerung an Tiananmen-Massaker

MENSCHENRECHTE Antrag zu Aufarbeitung gescheitert

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat vergangenen Woche einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt (19/10222), mit dem sich diese anlässlich des 30. Jahrestags der Niederschlagung der friedlichen Proteste am Platz des Himmlichen Friedens für die Achtung der Bürger- und Menschenrechte in China einsetzt. In dem Antrag fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf, sich in Gesprächen mit der chinesischen Staatsführung für eine „umfassende und unabhängige Aufarbeitung“ des Geschehens im Jahre 1989 einzusetzen und auf eine Rehabilitierung der Opfer und deren Hinterbliebenen hinzuwirken.

Die Fraktion betonte im Ausschuss, dass es gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Proteste in Hongkong wichtig sei, dass sich der Bundestag deutlich positioniere und dazu beitrage, dass es China nicht gelinge, die Erinnerung an das Geschehen am Tiananmen-Platz auszulöschen.

Die Fraktionen CDU/CSU und SPD signalisierten grundsätzlich Zustimmung zum Anliegen des Antrags. Ein Vertreter der Sozialdemokraten sagte, es sei gerade aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Hongkong geboten, gegenüber China immer wieder die Frage der Menschenrechte zu thematisieren und deutlich zu machen, dass man „genau

hinsehe“. Für einen gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Antrag sei die SPD-Fraktion offen. Dies betonten auch Abgeordnete der Unionsfraktion. Die Forderung der Grünen, die Erinnerung an die Niederschlagung der Proteste am Platz des Himmlichen Friedens wachzuhalten, sei richtig. Allerdings gehe der Antrag nicht weit genug und sei „zu zurückhaltend formuliert“, so ein Vertreter der Union. Die Koalitionsfraktionen planten deshalb, das Thema selbst noch einmal aufzugreifen.

Auch die FDP-Fraktion ließ Unterstützung für das Thema erkennen: Gerade als Deutsche, die selbst mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in ihrer Geschichte erlittenen Niederschlagung von Protesten erlebt hätten, müsse man heute die Protestbewegung in Honkong unterstützen, so ein FDP-Mitglied. Der Antrag jedoch enthalte Formulierungen, die die FDP so nicht mittragen könne.

Ähnlich argumentierte auch die Fraktion Die Linke: Chinas Umgang mit der Erinnerung an die Proteste 1989 sei klar zu verurteilen. In ihrer Beschreibung des Geschehens auf dem Tiananmen seien die Grünen in ihrem Antrag jedoch nicht völlig korrekt gewesen. Aus diesem Grund könne die Linksfraktion die Vorlage nicht unterstützen und enthalte sich. **Sandra Schmid**

Starttermin nicht haltbar

EUROPA Neue Kommission nimmt Arbeit später auf

Die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen kann nicht wie geplant am 1. November ihre Arbeit aufnehmen. Die Spitze des EU-Parlaments kippte vergangene Woche offiziell den bisherigen Zeitplan. Grund ist das Veto des EU-Parlaments gegen drei der 26 Kommissars-Kandidaten. Betroffen sind Frankreich, Rumänien und Ungarn, die neue Anwärter präsentieren müssen. Parlamentspräsident David Sassoli hält als neuen Starttermin frühestens den 1. Dezember für möglich. Bis dahin führt Jean-Claude Juncker weiter die Kommission.

Die designierte Kommissionspräsidentin von der Leyen war bereits im Juli mit knapper Mehrheit vom EU-Parlament bestätigt worden. Die von den EU-Staaten benannten und von ihr vorgeschlagenen Kommissare müssen zunächst Anhörungen der zuständigen Parlamentsausschüsse bestehen. Danach muss das Europäische Parlament die gesamte Kommission billigen.

Interessenkonflikte Die für das Verkehrsressort vorgesehene Rumänin Rovana Plumb und der designierte Erweiterungs-

kommissar aus Ungarn, Laszlo Trocsanyi, waren wegen unklarer Finanzen und möglicher Interessenskonflikte bereits vor der eigentlichen Anhörung im EU-Parlament abgelehnt worden. Die französische Kandidatin Sylvie Goulard, die für das Ressort Industrie und Binnenmarkt vorgesehen war, scheiterte nach zwei Befragungen.

Zum Verhängnis wurden ihr unter anderem laufende Ermittlungen zu einer Scheinbeschäftigungsaffäre. Frankreich kritisierte die Entscheidung scharf. In einer Erklärung des Elysée-Palastes hieß es, die Ablehnung sei ein „politischer Ausrutscher“. Er verdeutliche die „Spannungen zwischen den politischen Familien“ im Europaparlament und den „Willen zur Vergeltung“ gegenüber Ländern wie Frankreich. Ein Berater von Präsident Emmanuel Macron stellte klar, eine solide Mehrheit im EU-Parlament sei „Vorbereitung“ für die Nominierung eines neuen französischen Kandidaten.

Neu Redaktionschluss hatten die Staaten noch keine neuen Bewerber vorgeschlagen. Unter anderem wird das Verfahren durch den Regierungswechsel in Rumänien verzögert. **Johanna Metz**

»Die Ablehnung von Sylvie Goulard ist ein politischer Ausrutscher.«

Erklärung des Elysée-Palastes

Keine Waffen an die Türkei

AUSWÄRTIGES Kritik an Militäroffensive gegen Kurden-Milizen in Nordsyrien

Die Bundesregierung steht wegen ihrer Türkei-Politik in der Kritik: zu lasch, zu inkonsequent verhalte sie sich gegenüber dem aggressiven Kurs und Stil des türkischen Präsidenten Erdogan – so lässt sich der Tenor der Opposition im Bundestag zusammenfassen. In einer aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Haltung der Bundesregierung zum Einmarsch der Türkei in Syrien“ kritisierten allerdings auch Vertreter der Koalition die Politik des türkischen Präsidenten scharf und bezeichneten dessen militärische Intervention gegen kurdische Milizen in Nordsyrien, die Mitte Oktober kurz nach dem Abzug von US-Truppen auf Befehl von US-Präsident Donald Trump erfolgte, als völkerrechtswidrig. In der Regierungserklärung (siehe Beitrag rechts) kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) später zudem an, einen bis dato mit einigen Ausnahmen beschlossenen Rüstungsexport-Genehmigungsstopp der Bundesregierung zu verschärfen, als sie sagte, „unter den jetzigen Bedingungen“ gar keine Waffen an die Türkei zu liefern. Am vergangenen Donnerstag wurde dann bekannt, dass sich die USA und die Türkei auf eine Waffenruhe in einer 20-Meilen-Zone an der türkisch-syrischen Grenze verständigt haben, aus der sich die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) zurückziehen sollen.

Seitdem Dagdelen (Die Linke) kritisierte in der Debatte im Bundestag, dass die Bundesregierung ein entschlossenes Waffenembargo der EU gegenüber Ankara verhindern hätte. In Berlin vergießt sie Krokodilstränen, während sie in Brüssel Erdogan in Schutz nehme. „Das ist nichts weiter als reine Schaufensterpolitik“. Seit dem Jahrtausendwechsel habe Deutschland Kriegswaffen im Wert von 1,74 Milliarden Euro an die Türkei geliefert, davon allein im ver-

gangenen Jahr in Höhe von 243 Millionen Euro. „Das ist alles andere als restriktiv, das ist Beihilfe zum Unfrieden in der Region“, sagte Dagdelen. Johann Wadepuhl (CDU) verurteilte die Intervention der Türkei, für die es keine völkerrechtliche Rechtfertigung gebe. Er wandte sich gegen Pläne, in der Türkei lebende syrische Flüchtlinge nach Nordsyrien umzusiedeln. „Zwangswise Umsiedlungen, veranlasst durch die Türkei, wird Europa, wird Deutschland niemals billigen.“ Die Türkei solle in der Nato bleiben. Ankara müsse jedoch eines deutlich gemacht werden: „Man kann nicht auf der einen Seite Europa als den wichtigsten Handelspartner haben und Nato-Mitglied sein und auf der anderen Seite die Interessen und Werte der westlichen Welt mit Füßen treten.“ Rüdiger Lucassen (AfD) sagte, dass der „türkische Feldzug“ in Nordsyrien „klare Verhältnisse“ schaffe. Er lege die deutsche „außenpolitische Verzerrung“ wie auch die Er-

pressbarkeit durch das EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei offen. Die Bundesregierung spreche mit Blick auf die Nato von einem Wertebündnis. „Falsch! Die Nato ist ein strategisches Militärbündnis, das Deutschlands Sicherheit garantiert, und es ist im Begriff, zu zerfallen.“ Wenn Erdogan den Bündnisfall nach Artikel 5 einfordere, könne dies das Fundament der Nato sprengen. Nils Annen (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, sprach von „berechtigten Sicherheitsinteressen“ der Türkei. „Doch diese rechtfertigen nicht den gegenwärtigen Militäreinsatz.“ Dieser löse auch keines der Probleme der Region, sondern erschwere den fragilen UN-Friedensprozess für Syrien. Zudem richte er sich gegen jene kurdischen Kräfte, die den „Islamischen Staat“ (IS) maßgeblich zurückgedrängt hätten. Mit einem Waffenexportstopp gebe es nun ein „klares Zeichen“ für Ankara, sagte Annen. Und: „Wir behalten uns weitere Maßnahmen vor.“ Bijan Djir-Sarai (FDP) bezeichnete es als „außerordentlich bitter und beschämend“, die Kurden in Nordsyrien allein zu lassen. Nicht zuletzt aus innenpolitischen Erwägungen stürze Erdogan „die gesamte Region ins Chaos und ermöglicht ein Wiederstehen des IS“. Dass es allerdings überhaupt zu dieser Entwicklung kommen konnte, liege auch im Versagen der EU begründet. Bundesregierung und die EU müssten aufwachen und „endlich vor der eigenen europäischen Haustür politisch handlungsfähig werden.“ Agnieszka Brugger (Grüne) sagte, dass es Erdogan nicht um Sicherheit gehe, sondern um Zwangsumsiedlungen und ethnische Vertreibungen. „In einer Region, die ohnehin schon in Flammen steht, ist das der nächste Brandbeschleuniger.“ Wie ihr Vordränger warb sie dafür, Hermesbürgschaften für Exporte in die Türkei einzufrieren und Waffenexporte komplett einzustellen. **Ahe**



Türkische Angriffe auf die nordsyrische Stadt Ras al-Ain

Rabatte für Berlin

REGIERUNGSKLARUNG Weniger Geld für EU-Haushalt?

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will ab 2021 die deutschen Beitragszahlungen an die EU auf ein Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzen. Bei den Verhandlungen der Europäischen Union über die Haushaltsplanung bis 2027 wolle sie einen entsprechenden „Rabatt“ durchsetzen, um einen Anstieg der Zahlungen infolge des Brexits abzufedern, kündigte sie am vergangenen Donnerstag

im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat an. Zugleich will sie weiterhin eine EU-Förderung für strukturschwache Gebiete etwa im Osten Deutschlands. In ihrer Rede bekräftigte sie zudem ihre Forderung, die Vergabe von EU-Mitteln künftig an den Stand der Rechtsstaatlichkeit im jeweiligen Mitgliedsland knüpfen zu wollen: „Wer bei der Ausgabe europäischer Mittel Grundsätze und Prinzipien des Rechtsstaats missachtet, der soll in Zukunft nicht mehr erwarten dürfen, weiterhin von Europa uneingeschränkt finanziell profitieren zu können“, betonte Merkel.

Insgesamt sei eine neue Ausrichtung des EU-Haushaltes nötig, stellte sie klar. Vor allem die Bereiche Migration, Klima, Innovation sowie die Außen- und Verteidigungspolitik müssten gestärkt werden.

Massiver Anstieg Der zu beschließende Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 der EU wird diesen Montag auch Thema einer dreistündigen öffentlichen Anhörung des Europaausschusses des Bundestages sein. Die EU-Kommission hatte im vergangenen Frühjahr einen Vorschlag

dafür vorgelegt. Danach sollen wegen des Haushaltslochs durch den Austritt des Nettozahlers Großbritannien und neuer EU-Aufgaben die Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten von derzeit rund ein Prozent auf 1,114 Prozent der Wirtschaftsleistung angehoben werden. Einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zufolge droht Deutschland dadurch ein sprunghafter Anstieg der Nettobeiträge zum EU-Haushalt. Bis 2027 werde der Beitrag auf 30 Milliarden Euro steigen, wenn sich die Europäische Kommission mit ihrem Vorschlag durchsetze, berichtete die Zeitung unter Berufung auf Berechnungen des Bundesfinanzministeriums. Zuletzt lag der deutsche Nettobeitrag bei 13,5 Milliarden Euro.

Dass Merkel mitten in den Verhandlungen Rabatte fordert, stieß bei der Opposition auf wenig Gegenliebe. FDP-Fraktionschef Christian Lindner sah darin einen Verstoß gegen den Koalitionsvertrag, in dem Union und SPD vereinbart haben, mehr in den EU-Haushalt einzuzahlen. Der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Anton Hofreiter, warf Merkel vor, zu verhindern, „dass die EU das Geld bekommt, das sie braucht“.

Beziehungen zu China Merkel kündigte außerdem an, den Umgang mit China zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli 2020 machen zu wollen. „Heute haben wir keine einheitliche Chinapolitik, und das ist nicht gut für die Europäische Union. Entscheidend ist, dass Europa mit einer Stimme spricht“, sagte sie. **Jo**

»Wir müssen über eine faire Lastenteilung in der EU reden.«

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin

KURZ NOTIERT

Ansiedlung internationaler Einrichtungen

Der Bundestag hat den Entwurf des Bundesrates für ein „Gaststaatsgesetz“ (19/1719) in der vom Auswärtigen Ausschuss geänderten Fassung (19/14100) angenommen. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten vergangene Woche für den Gesetzentwurf, die AfD-Fraktion enthielt sich. Mit dem Gesetz soll ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Ansiedlung internationaler Einrichtungen in Deutschland geschaffen werden. Das Gesetz soll bei Ansiedlungsentscheidungen Transparenz und Vorhersehbarkeit der rechtlichen Rahmenbedingungen mit Blick auf Status, Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen herstellen.

FDP fordert deutschen Beitritt zu den »Digital 9«-Staaten

Die FDP-Fraktion dringt auf einen Beitritt Deutschlands zu den „Digital 9“-Staaten. Die Gruppe der D9 sei ein weltweiter Zusammenschluss von Staaten, die das Ziel verfolgen, bei der Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien weltweit Vorreiter zu sein, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (19/14043). Dabei solle der Nutzen der Digitalisierung für die Bevölkerung im Fokus stehen. Die derzeitigen Mitglieder sind Kanada, Estland, Israel, Mexiko, Neuseeland, Portugal, Südkorea, Großbritannien und Uruguay. **Ahe**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



FDP will Regeln für Lerndaten

BILDUNG Die FDP-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Bundesländern die Entwicklung klarer Standards für den Einsatz von „Learning Analytics“ an Schulen zu fördern. Den entsprechenden Antrag (19/14033) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag. Unter „Learning Analytics“ wird das Sammeln, Analysieren und Auswerten von Daten über Lernende verstanden. Dies soll Einblicke geben, wie Schüler lernen, wie sie individuell gefördert werden können und wie Schulen aufgebaut sein sollten. Eltern und Schüler müssten die Souveränität über ihre Daten behalten, argumentieren die Liberalen. Auch wenn individuelle Lerndaten für die bestmögliche Bildung notwendig seien, dürfe der Zugang zu Bildung nicht von der Preisgabe persönlicher Daten abhängen.

In einem weiteren Antrag (19/14034), der in die Ausschüsse überwiesen wurde, fordern die Liberalen eine deutsche Übersetzung des finnischen „Elements of AI“-Kurses. Dieser Kurs für Künstliche Intelligenz soll für Zielgruppen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen differenziert und seine Finanzierung durch den Bund sichergestellt werden.

Abgelehnt wurde vom Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ein Antrag der FDP-Fraktion (19/4845), in dem die Liberalen die Bundesregierung auffordern, gemeinsam mit nationalen Unternehmen eine Software zu entwickeln, die die Datensicherheit in Form einer auch gegen Angriffe mit Quantencomputern sicheren Verschlüsselung gewährleistet. **aw**



Die Kopie der Titelseite einer Ausgabe der Reichsverfassung von 1919 und ausgewählte Verfassungsartikel, die im Haus der Weimarer Republik präsentiert werden: Das Haus mit einer umfangreichen Ausstellung wurde Ende Juli als zentraler Erinnerungsort an die erste deutsche Demokratie eröffnet. **picture-alliance/dpa**

AfD scheitert bei Wahlen

GREMIEN Erneut ist die AfD-Fraktion mit ihren Wahlvorschlägen für die Kuratorien der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ (19/13018, 19/13019) gescheitert. Zum dritten Mal in Folge verpasste Nicole Höchst (AfD) die erforderliche Mehrheit für die Wahl in das Kuratorium der Stiftung des Holocaust-Mahnmals und Uwe Witt (AfD) für das Kuratorium der Hirschfeld-Stiftung. Im vergangenen Jahr hatten Höchst und Witt bereits dreimal für die Kuratorien der jeweils anderen Stiftung kandidiert, hatten jedoch ebenfalls nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erhalten.

Das Kuratorium der Stiftung des Holocaust-Mahnmals beschließt über alle grundsätzlichen Fragen der Stiftung, bestellt den Direktor und den Beirat. Alle Bundestagsfraktionen entsenden mindestens einen Vertreter in das Gremium. Das Kuratorium der Hirschfeld-Stiftung überwacht die Arbeit des Vorstandes und fasst wesentliche Beschlüsse. Alle Fraktionen entsenden mindestens ein Mitglied in das Gremium. **aw**

Erfolg und Scheitern

KULTUR Parlament würdigt die Weimarer Reichsverfassung und fordert Konzept zur Erinnerungskultur

Weimar – für die einen ist die thüringische Stadt der Ort des Schaffens von Goethe und Schiller, für die anderen Symbol für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und den damit verbundenen Aufstieg des Nationalsozialismus. Wie keine andere Stadt steht sie für die Antipoden der deutschen Geschichte. Vor 100 Jahren wurde am 11. August in Weimar die Reichsverfassung unterzeichnet. In den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Nazi-Terrors erfreute sich die erste demokratische Verfassung keines guten Rufs bei den Deutschen. Die Weimarer Republik sei maßgeblich an den Konstruktionsfehlern der Verfassung von 1919 gescheitert, lautete die gängige Darstellung. Heute hingegen hat sich eine differenzierte Betrachtungsweise durchgesetzt.

Dieser differenziertere Blick offenbarte sich auch am vergangenen Donnerstag in der Debatte des Bundestages anlässlich des 100-jährigen Jubiläums. „Mit der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung ging, unter den widrigen Folgen des Ersten

Weltkriegs, der Übergang vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie einher. Dies war die Geburtsstunde der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“, heißt es im gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (19/11089), den der Bundestag ohne Gegenstimmen verabschiedete. Lediglich die AfD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme. Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Bundestag ein Förderkonzept für die Orte der Freiheit und der Demokratie in Deutschland vorzulegen, für das der Bund zehn Millionen Euro zur Verfügung stellen soll. Zudem soll anknüpfend an eine Bestimmung der Weimarer Verfassung zukünftig jedem Schüler zum Schulabschluss ein Grundgesetz in gedruckter Form ausgehändigt werden. Gemäß des Antrags kündigte Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) an, ihr Haus erarbeite derzeit bereits Vorschläge für das Förderkonzept.

Volker Kauder (CDU) zeigte sich in der Debatte „dankbar“, dass von vielen Rednern festgestellt worden sei, „dass die Weimarer Republik trotz der Weimarer Verfassung – und nicht wegen der Weimarer Verfassung – gescheitert ist“. Aus gutem Grund hätten die Väter und Mütter der Grundgesetzes „Gutes, sehr Gutes“ aus der Verfassung von 1919 übernommen und „Problematisches“ nicht. Neben vielen grundsätzlich ähnlichen Sichtweisen offenbarte die Debatte aber auch unterschiedliche Bewertungen. Nach Ansicht der kulturpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Simone Barrientos, greift die Formel, Weimar sei vor allem am Mangel an überzeugten Demokraten gescheitert, zu kurz. Zum Scheitern habe auch die Spaltung der Arbeiterbewegung beigetragen, an der die KPD „einen großen Anteil“ gehabt habe, aber eben auch die SPD. Vor allem aber hätten „die verhängnisvollen Bündnisse von bürgerlichen und monarchistischen Eliten mit militanten

Freikorps und schließlich mit den Nazis“ zum Scheitern der Weimarer Republik geführt, befand Barrientos. Sie monierte zugleich, dass im Koalitionsantrag „mit keinem Wort“ die Novemberrevolution von 1918 erwähnt sei. Dabei habe doch erst sie die Abdankung des Kaisers und die Weimarer Verfassung möglich gemacht. Auch aus den Reihen der Grünen wurde Kritik am Antrag laut. Die vorgenommene Gleichsetzung der Angriffe von radikalen Linken und extremen Rechten auf die Republik von Weimar sei „nicht nur historischer Unfug“, dies verhandle zugleich „die gegen Menschenleben gerichtete Gewalt militanter Nazis damals und heute“, urteilte deren kulturpolitischer Sprecher Erhard Grundl. Unterstützung für den Antrag kam hingegen aus den Reihen der Liberalen. Stefan Ruppert (FDP). Der Antrag „postuliert eine positive Erinnerungskultur“. Weimar lebe in „unserer Verfassungsordnung fort“. Als

Beispiel nannte Ruppert das Religionsverfassungsrecht, das es jedem ermögliche, seinen Glauben oder seinen Nichtglauben zu leben. „Das war schon 1919 viel moderner als ein strikter Laizismus.“ Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, übte scharfe Kritik am Antrag. Das Erinnern an Weimar werde mit der infamen Behauptung verknüpft, heute gebe es wie damals eine Bedrohung der Demokratie, und „die bösen Rechtspopulisten, namentlich die AfD, seien in der Rolle der damaligen Extremisten“. Die AfD sei gegründet worden, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit „wiederherzustellen“. Die SPD-Kulturpolitikerin Katrin Budde machte wie andere Redner auch jedoch keinen Hehl daraus, wie sie die AfD beurteilt. „In diesen Zeiten antidemokratischer, nationalistischer, extremistischer Bestrebungen“ müsse „jeden Tag an jedem Ort“ für die Demokratie gekämpft werden. **Alexander Weinlein**

KURZ NOTIERT

Wahl zum Kuratorium der DHM-Stiftung

Die Abgeordneten Ansgar Heveling (CDU), Stephan Mayer (CSU), Helge Lindh (SPD) und Hartmut Ebbing (FDP) sind als Mitglieder in das Kuratorium der Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ (DHM) gewählt worden. Der Bundestag billigte am vergangenen Donnerstag die entsprechenden Wahlvorschläge (19/14040, 19/14042). Der von der AfD-Fraktion vorgeschlagene Abgeordnete Steffen Kotré (19/14041) verpasste die erforderliche Mehrheit. Das Kuratorium setzt sich je zu einem Drittel aus Abgeordneten des Bundestages, Vertretern der Bundesregierung und der Länder zusammen. Das Kuratorium beruft den Präsidenten des DHM und die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats, beschließt und kontrolliert den Haushaltsplan und entscheidet über grundsätzliche Fragen. **aw**

FDP fordert Förderung von Computerspielen

Die FDP-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Entwicklung von Spielen für Computer, Konsolen, Tablets und Handys zu fördern. In dem entsprechenden Antrag (19/14059) setzt sie sich unter anderem dafür ein, dass die bestehende Förderung von Filmproduktionen geöffnet und dafür 110 Millionen Euro im Bundeshaushalt jährlich zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollen der Deutsche Computerspielpreis zu einer internationalen Spitzenauszeichnung ausgebaut und die zwingende Beteiligung der Gameswirtschaft an der Finanzierung der Preisgelder aufgehoben werden. **aw**

»Weimar lebt in unserer Verfassungsordnung fort.«

Stefan Ruppert (FDP)

»Die Weimarer Verfassung hatte ihre schönsten Momente auf dem Papier.«

Erhard Grundl (Grüne)

Existenziell, aber reformbedürftig

MEDIEN Bundestag debattiert über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk – zuständig sind allerdings die Länder

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich weiterentwickeln und auf die veränderte Mediennutzung der Menschen eingehen. Darin sind sich die Fraktionen einig. Darüber, wie das geschehen soll, gibt es allerdings Dissens. Das zeigte sich in der Debatte am vergangenen Donnerstag über zwei Anträge von Bündnis 90/Die Grünen (19/8475) und der FDP (19/14032), die in die Ausschüsse überwiesen wurden. Tabea Rößner (Grüne) betonte, der öffentlich-rechtliche Rundfunk dürfe nicht „von den Launen des Finanzministers“ abhängig sein; Demokratie und unabhängige Me-

dien würden einander bedingen. Die Öffentlich-Rechtlichen würden „mehr gebraucht denn je“, weil sie unabhängig und staatsfern Informationen liefern würden. Wer ihre Abschaffung fordere, habe es „auf die Demokratie abgesehen“, befand Rößner. In ihrem Antrag fordern die Grünen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse einen zeitgemäßen Online-Auftrag erhalten, der die Entwicklung eigenständiger, der Netzlogik entsprechender Online-Formate beinhaltet und ihm die Nutzung aller Verbreitungswege, auch der nichtlinearen, für seine Inhalte ermöglicht. Die Bundesre-

gierung solle sich gemeinsam mit den Ländern dafür einsetzen, eine gesellschaftliche Debatte auf allen Ebenen über den Wert unabhängiger und der Wahrheit verpflichteter, öffentlich-rechtlicher Medien für die Gesellschaft zu initiieren. Für die Unionsfraktion bekannte sich Gitta Connemann (CDU) zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Er sei in Zeiten, in denen die Meinungs- und Informationsfreiheit „in Gefahr“ sei, „existentiell“. Dennoch biete er auch viel Angriffsfläche, beispielsweise bei der Frage, ob ARD und ZDF ihrem gebührenfinanzierten Auftrag gut nachkommen. Es gebe Defizite bei der Programmgestaltung. Grundsätzlich dürfe aber die „Politik nicht Programmplaner“ sein, befand Connemann.

Grundsatzfrage Martin Erwin Renner (AfD) kritisierte beide Anträge. Die Grünen wollten „ideologische Absurditäten“, die niemand sehen wolle, für die Bürger aber zahlen müssten. Die FDP verurteilte die Gründe der derzeitigen Medienkrise: Die sei entstanden, weil ein „politisch-medialer Komplex“ die Bürger in ihrer Meinungsfreiheit einschränke. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse reformiert werden, sein Auftrag „grundsätzlich in Frage gestellt“ werden. Geschehen solle dies durch ein Gremium, dem Mitglieder des Parlaments angehören.

Der SPD-Abgeordnete Martin Rabanus bemängelte, die Grünen würden in „maßregelder Form“ die Länderkompetenzen einschränken wollen – die aber seien in Deutschland verantwortlich für die Medienpolitik. Grundsätzlich seien die Öffentlich-Rechtlichen von zentraler Bedeutung, wenn es darum ginge, „Fake News“ und Desinformation entgegenzuwirken. Die Liberalen wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „fit für die Zukunft“ machen. Lineares Fernsehen werde heute überwiegend von Menschen genutzt, die älter als 60 sind. Die Sender sollten sich künftig auf ihre „Kernaufgaben konzentrieren“. Diese sieht die FDP in der Information, Bildung und Kultur. Man müsse fragen, ob wirklich zwei nationale Sender nötig seien und ob nicht Anstalten fusionieren könnten. Doris Achelwilm (Linke) forderte, man müsse die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter im Auge haben. Die föderale Senderlandschaft müsse „mindestens unterhalten und unterstützt“ werden. Die von der FDP geforderten Sparmaßnahmen gingen „am Bedarf vorbei“. **Susanne Kailitz**



Die öffentlich-rechtlichen Sender ARD, ZDF und Deutschlandfunk sind vorwiegend gebührenfinanziert. **picture-alliance/Geisler-Fotopress**

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper. Mehr Information. Mehr Themen. Mehr Hintergrund. Mehr Köpfe. Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper www.das-parlament.de fazit-com@intime-media-services.de Telefon 089-8585 3832



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Mitunter wiederholt sich Geschichte eben doch – und dies im Abstand von nur wenigen Jahren. Ende Februar 2012 löste der sogenannte Schwabinger Kunstfund in Politik, Gesellschaft und Fachwelt eine heftige Diskussion über den angemessenen Umgang mit Kunstwerken aus, die zwischen 1933 und 1945 ihren meist jüdischen Besitzern von den Nationalsozialisten geraubt oder abgepresst worden waren, und heute in staatlichen und auch privaten Sammlungen zu finden sind. Neu war die Diskussion nicht, schließlich hatte sich Deutschland bereits mit der Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung von 1998 dazu verpflichtet, die während der NS-Zeit beschlagnahmten Werke als Raubkunst zu identifizieren, deren ursprünglichen Eigentümer oder Erben ausfindig zu machen und eine „gerechte und faire Lösung“ zu finden, sprich die Werke zu restituieren oder eine andere Regelung in beiderseitigem Einverständnis zu finden. Trotzdem schlug der Fall der Sammlung Gurlitt öffentlich hohe Wellen.

Die Politik reagierte: Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) verlieh dem Thema Priorität auf ihrer Agenda, der Bundestag bewilligte Gelder für Provenienzforschung, die Museen in staatlicher Hand wurden eindringlich gemahnt, ihre Bestände auf NS-Raubkunst zu durchforsten. Ein mitunter mühseliges und akribisches Geschäft, aber eine „moralische Verantwortung“ Deutschlands.

Nur wenige Jahre später erlebt Deutschland eine Wiederholung dieser Diskussion. Doch diesmal holt die Deutschen ein Kapitel ihrer Geschichte ein, das sie als längst erledigt glaubten – die Kolonialzeit. Konkret geht es um Kulturgüter aller Art, aber auch menschliche Knochen, die im Zeitalter des Kolonialismus ihren Weg in die Museen und Sammlungen Deutschlands fanden. Und dies in vielen Fällen auf eine Art, die berechtigte Zweifel an ihrem rechtmäßigen oder zumindest moralisch vertretbaren Erwerb zulassen. So wie etwa jene Benin-Bronzen, die von britischen Soldaten während eines Kriegszuges 1897 geraubt worden waren und schließlich an Sammler aus aller Welt verkauft wurden.

Ausgelöst worden war die Diskussion über den Umgang mit dem Erbe der Kolonialzeit zum einen mit der Errichtung des Humboldt-Forums einschließlich der rekonstruierten Fassaden des Berliner Schlosses. Dort soll die Sammlung des Ethnologischen Museums ausgestellt werden, die lange Zeit eher ein Schattendasein in Dahlem gefristet hatte. Für weiteren Zündstoff in der hoch emotionalisierten und moralisch aufgeladenen Debatte sorgte die Ankündigung von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Afrikas kulturelle Erbe dürfe nicht länger nur in Europas Museen zu besichtigen sein.

Es verwundert nicht, dass der Kulturjournalist Moritz Holfelder in seiner lesenswerten „Streitschrift zur kolonialen Debatte“ ein internationales Abkommen über den Umgang mit kolonialer Raubkunst nach den Grundsätzen des Washingtoner Erklärung auf den Weg zu bringen. Es ist eine von sieben Vorschlägen, die der Autor für den prinzipiellen Umgang mit dem kolonialen Erbe unterbreitet. Dafür bedürfe es auch mehr als nur die Erforschung der Provenienz und die Rückgabe von Kulturgütern. Dazu gehöre ebenso eine breitere Wissensvermittlung über die Herkunftsgeschichten der Kulturgüter, eine Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte insgesamt, den Umbau von Ethnologischen Museen zu „Orten für historische Reflexion“, das Ende einer europäischen Deutungshoheit über die Vergangen-



Benin-Bronzekopf aus der Sammlung des Ethnologischen Museums Berlin.

© picture-alliance/akg-images

Im Erbstreit

KULTUR Deutschland diskutiert über den Umgang mit Kulturgütern aus der Kolonialzeit – und das Humboldt-Forum

heit und ein neues Bewusstsein für das kulturelle Welterbe abseits der Begrifflichkeiten von Besitz und Eigentum. Ebenso zur Lektüre zu empfehlen ist Glenn Pennys „tragische Geschichte der deutschen Ethnologie“. Der amerikanische Spezialist für die Beziehungen zwischen Deutschland und den nicht-europäischen Kulturen schwingt sich zu einer Art Ehrenrettung für die in der Diskussion um das koloniale Erbe viel gescholtenen Völkerkundler/Ethnologen wie Adolf Bastian und Felix von Luschan auf, deren ausgeprägter Sammlerwut das Ethnologische Museum Berlin seine beeindruckende Sammlung mit rund 500.000 Objekten verdankt. Trotz Verstickung in den Kolonialismus

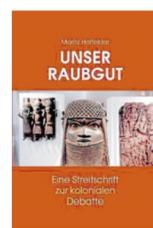
seien sie eben keine Rassisten gewesen wie viele ihrer Zeitgenossen. Pennys differenzierter Blick auf die Denk- und Sichtweisen des 19. und 20. Jahrhunderts ist wohl-

end in einer mitunter hysterischen Diskussion. Am Ende kommt aber auch er zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen wie Holfelder. *Alexander Weinlein*



H. Glenn Penny:
Im Schatten Humboldts.
Eine tragische Geschichte der deutschen Ethnologie.

C.H. Beck Verlag, München 2019; 288 S., 26,95 €



Moritz Holfelder:
Unser Raubgut.
Eine Streitschrift zur kolonialen Debatte.

Ch. Links Verlag, Berlin 2019; 224 S., 18 €

Nicht geboren, sondern gemacht

GESELLSCHAFT Dieter Thomä plädiert für Heldentum zur Rettung der Demokratie

In der Literatur und im Film sind sie nicht wegzudenken: Helden. Seit der amerikanischen Mythenforscher Joseph Campbell 1949 sein Buch „Der Heros in tausend Gestalten“ veröffentlichte, kennen Drehbuchschreiber und Buchautoren die so genannte Heldenreise; zwölf Phasen, die eine Heldenfigur durchläuft und die das Gerüst fast jedes Blockbusters sind. Und überhaupt lieben Menschen die Geschichten von anderen, die in einer Gefahrensituation aufstehen, wo andere sitzenbleiben, sich in den Dienst einer größeren Sache stellen und dafür selbstlos bis zum Sieg kämpfen. Doch braucht es Heldenfiguren auch da, wo es um große Ganze und das alltägliche Kleinklein geht – in der Politik? Ja, sagt der Philosoph Dieter Thomä: „Jede Demokratie braucht Helden.“ Dieser These widmet Thomä, der an der Universität St. Gallen lehrt, sein neuestes Buch. Es ist in gewisser Weise die Fortsetzung seines 2016 erschienenen Bands „Puer Robustus. Eine Philosophie des Störenfrieds“. Darin hatte Thomä sich den Querdenkern und Widerborstigen

gewidmet, die sich an den gesellschaftlichen Regeln reiben und sie aufbrechen, die bestehende Ordnung in Frage stellen und so das System verändern. Nun spürt Thomä den Helden der Demokratie nach. Die würden heute dringend gebraucht: Weil die Demokratie „im Äußeren wie im Inneren“ in „die Defensive geraten“ sei, die derzeitige Krise eine ökologische, ökonomische und politische, ergo allumfassende sei. Helden können helfen, diese Krise zu überwinden – und zwar nicht, indem sie die Demokratie abwickeln, sondern indem sie sie stärken.“ Auf mehr als 230 Seiten erstrecken sich Thomäs Abhandlungen darüber, was Helden ausmacht (sie agieren anders als normale Menschen, riskieren Gefahr für sich selbst und sorgen über ihr Handeln dazu, dass andere zu ihnen aufschauen) und was sie nicht sind (selbsternannt und egoistisch). Die Probleme des modernen Heldentums klingen dabei durchaus an: dass Menschen dazu neigen, andere erst zu überhöhen und dann enttäuscht davon zu sein, dass sie die in sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen können.

Dilemma Doch das eigentliche Dilemma seiner Heldensuche benennt Thomä selbst schon in der Einleitung: „Manchmal werden Helden live und in Farbe gefeiert

Aber immer geschieht dies nachträglich, nach ihrer Großtat. Die zu ihnen passende Zeitform ist das Futur zwei: Sie werden Helden gewesen sein.“ Helden seien „früher dran als andere, machen den ersten Zug im Spiel, tun etwas, was nicht erwartet, eingefordert oder angeordnet werden kann“, ihre Umwelt schenke ihnen aber erst später Bewunderung und Anerkennung. „Helden werden nicht geboren, sie werden gemacht – und zwar rückwirkend.“ Im Wissen um diesen Mechanismus erscheint die Aufforderung, es brauche mehr Helden, um das demokratische System zu retten, absurd – denn allein aus dem Wunsch heraus entsteht kein Heldentum. Die Demokratie werden andere, normale Menschen retten müssen – denn das Leben ist kein Film. *Susanne Kailitz*



Dieter Thomä:
Warum Demokratien Helden brauchen.
Plädoyer für einen zeitgemäßen Heroismus.
Ullstein Verlag, Berlin 2019; 285 S., 24,50 €

Taumelnd zum »Techno-Autoritarismus«

ALGORITHMEN Adrian Lobe warnt vor den Fallstricken des »Datapozän«

Sie bestimmen, was wir bei Google finden, welcher chinesische Bürger besonders kreditwürdig ist oder welches Kommunikations- und Reiseverhalten einen Terrorismusverdacht rechtfertigt – Algorithmen wird gerade im Kontext der Künstlichen Intelligenz in den vergangenen Jahren eine fast schon mystische Machtfülle zugeschrieben. Und nach der Lektüre von Adrian Lobes neuem Buch ist man versucht, dem zuzustimmen und um die Zukunft der demokratischen verfassten Gesellschaften zu bangen. Denn genau davor warnt der Journalist und Politikwissenschaftler. Er nimmt sich dazu einen argumentativen Vorschlaghammer aus der poststrukturalistischen Werkzeugkiste des Michel Foucaults, um gegen den „Techno-Autoritarismus“ und das „Datengefängnis“ anzuschreiben. Foucault steht mit seinem Buch „Überwachen und Strafen“ dabei nicht nur beim Namen Paten, sondern liefert auch die Stichworte Disziplinargesellschaft, Gouvernementalität und Biopolitik, die Lobe mit Blick auf das von ihm ausgerufenen Erdzeitalter des „Datapozän“ aktualisiert. Unter dem Schlagwort Gouvernementalität hatte Foucault die Etablierung einer modernen Staatlichkeit und ihrer biopolitischen Herrschaftstechniken im 19. Jahrhundert herausgearbeitet. Statistiken zu Geburtenraten, Sterblichkeit und Bevölkerungsent-

Zweifelhafte Ikone

USA Ein Blick auf das koloniale Erbe einer Weltmacht

„Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist die Geschichte eines Imperiums“ – mit diesem Satz beendet der amerikanische Historiker Daniel Immerwahr sein monumentales Werk. Seit dem Unabhängigkeits- und dem Bürgerkrieg führten die Amerikaner Kriege vor allem außerhalb ihrer Landesgrenzen. Allein in den letzten Jahrzehnten folgten auf die Kriege in Korea, Vietnam, dem Irak oder Afghanistan ein „ständiger Strom kleinerer Eingriffe“. Die US-Streitkräfte wurden in 211 Fällen in 67 Länder entsandt. Weltweit unterhalten die USA rund 800 Militärstützpunkte. Auch wenn sich Immerwahr sehr ausführlich mit der aktuellen globalen US-Militärpräsenz und Interventionen beschäftigt, handelt es sich nicht um sein eigentliches Forschungsthema. Vielmehr interessiert er sich vor allem für ein vergessenes und auch verschwiegenes Kapitel der „Greater United States“: Detailliert beschreibt er die Geschichte der USA als Kolonialmacht. Sie begann mit der Vertreibung und Ermordung der amerikanischen Ureinwohner und der Eroberung nahezu eines Drittels des mexikanischen Staatsgebietes in den 1840er Jahren. Im Zuge des spanisch-amerikanischen Krieges besetzten die USA neue Kolonialgebiete im Atlantik, im Pazifik, darunter Hawaii, und im Indischen Ozean. Kritisch hinterfragt Immerwahr die Besatzungspolitik der US-Regierung in den „Territorien“; dabei legt er schonungslos die Unterdrückungspolitik der „weißen“ Rassisten gegenüber ihren farbigen Untertanen offen. Die USA waren keine Kolonialmacht, die ihr gewaltsames Vorgehen hinter demokratischen Vorbehalten glaubten verstecken zu müssen.

Ein Teil der Kolonien gaben die USA später freiwillig auf, andere organisierten Aufstände und befreiten sich selbst. „Den Rückzug“ aus den Kolonien führt der Autor auch auf den damaligen Zeitgeist zurück: Zur Ikone der Freien Welt, zu der sich die USA während des Kalten Krieges stilisierten, wollte das Image einer klassischen Kolonialmacht nicht mehr passen. Stattdessen ersetzte Washington die „Kolonisierung durch die Globalisierung“. Mit Beginn des Kalten Krieges wurde die Welt mittels Militärbasen vernetzt: An ihren Standorten verbreiteten die Amerikaner ihre Standards und ihre Sprache. Sie setzten sich für die freie Marktwirtschaft und den globalen Handel ein, führten moderne Technologien und neue synthetische Materialien ein. Auch der Weltkonzern Sony entstand im Umfeld eines US-Stützpunktes. Natürlich darf Donald Trump in diesem empfehlenswerten Buch nicht fehlen: Der Autor ist davon überzeugt, dass ohne diesen Zweifel an Obamas „Amerikanersein“ („natural born citizen“) zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes Trump „höchstwahrscheinlich nicht gewählt worden“ wäre. *manu*



Daniel Immerwahr:
Das heimliche Imperium.
Die USA als moderne Kolonialmacht.

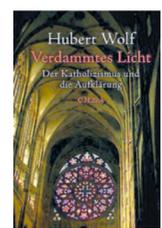
S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2019; 713 S., 26 €

Und sie bewegt sich doch

RELIGION Das Ringen von Katholizismus und Aufklärung

Der Satz findet sich in jedem besseren Gesellschaftsbuch – auch wenn er nie laut ausgesprochen wurde. Mit den Worten „Und sie bewegt sich doch“ soll der italienische Universalgelehrte Galileo Galilei 1633 seine durch die Inquisition erzwungene Abkehr vom heliozentrischen Weltbild trotz widerrufen haben. Bis heute steht dieses nachträglich erfundene Zitat als Chiffre für die vermeintliche Unvereinbarkeit zwischen Glauben und Naturwissenschaft, Kirche und Forschung. Doch wie es mit der These wirklich bestellt, nach der sich allen voran die katholische Kirche stets als Widersacher wissenschaftlicher Erkenntnis und fortschrittlichen Denkens so beklagenswert hervorgeraten hat? In seinem neuen Buch „Verdammtes Licht“ untersucht der bekannte und mehrfach ausgezeichnete Kirchenhistoriker Hubert Wolf von der Universität Münster das spannungsgeladene Verhältnis zwischen Katholizismus und Aufklärung. Wer Wolfs Bücher, etwa über das Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus („Papst und Teufel“) oder über das skandalöse Innenleben eines Frauenklosters („Die Nonnen von Sant' Ambrogio“) kennt, weiß, wie kritisch Wolf, der 1985 selbst die Priesterweihe erhalten hat, mit der „heiligen Mutter Kirche“ ins Gericht gehen kann. Aber er tut dies stets an Fakten und Quellen, denen er seit 1992 in den Archiven der Inquisition und der päpstlichen Indexkongregation, die erst sieben Jahre später offiziell von Papst Johannes Paul II. offiziell geöffnet

und der Wissenschaft zugänglich gemacht wurden. Vom Mittelalter bis heute unterzieht Wolf die katholische Kirche an ausgewählten Beispielen der Prüfung, wie sie es mit der Wissenschaft, den Ideen der Aufklärung, Demokratie, Menschenrechten, Diktatoren und absolutistischen Herrschern gehalten hat und zieht einen höchst lesenswerten Vergleich mit dem Islam. Wolf fördert dabei mitunter erstaunliches zutage, was der These vom unaufgeklärten Katholizismus widerspricht. So setzte die Kirche beispielsweise den Antisklavereieroman „Onkel Toms Hütte“ von Harriet Beecher-Stowes nicht auf den berüchtigten Index der verbotenen Bücher – obwohl von einer protestantischen Frau geschrieben. Im Gegenteil: Die Lehre der Kirche von der Einheit des Menschengeschlechtes verlangte geradezu einen katholischen Einsatz für die Sklavenbefreiung, befand die Zensurbehörde in Rom. *aw*



Hubert Wolf:
Verdammtes Licht.
Der Katholizismus und die Aufklärung.

C.H. Beck Verlag, München 2019; 314 S., 29,95 €



KURZ REZENSiert



Arno Luik:
Schaden in der Oberleitung. Das geplante Desaster der Deutschen Bahn.
Westend Verlag, Frankfurt/M. 2019; 295 S., 20 €

Zugausfälle, Verspätungen, verpasste Anschlüsse, Signalstörungen, falsche Wagenreihung, fehlender Speisewagen, defekte Toiletten: Jeder Fahrgast kennt die kleinen und großen Pannen im Alltag der Deutschen Bahn. Eine „echte Zumutung“, findet Arno Luik, langjähriger Autor beim „Stern“ und einer der profiliertesten Bahn-Kritiker hierzulande. Sein Buch „Schaden in der Oberleitung“ beschreibt ein Unternehmen, das „außer Kontrolle geraten“ sei. Von einem „geplanten Desaster“ spricht Luik. Er schildert zentrale Probleme, allen voran den Bahnhof Stuttgart 21, der mit über acht Milliarden Euro inzwischen mehr als doppelt so viel kostet wie bei der Abstimmung über das Projekt angekündigt. Der tiefergelegte Knotenpunkt werde den Bahnverkehr eher hemmen als verbessern. Er diene vorrangig den Interessen von Investoren, die frei werdende oberirdische Flächen lukrativ bebauen wollen. Ebenso deutlich wendet sich der Autor gegen die internationale Ausrichtung des Staatskonzerns, der das Kerngeschäft in Deutschland vernachlässige. Er kritisiert unfähige Verkehrsminister, skrupellose Lobbyisten und Manager, die handeln, „als wollten sie die Menschen zu Autofahrern erziehen“. Vieles davon stimmt, dennoch bleibt nach der Lektüre ein schales Gefühl zurück. In seinem Furor gegen alles, was die Verantwortlichen falsch machen, vermeidet der Autor jeden Selbstzweifel. Und verwickelt sich in Widersprüche: So moniert er, dass zu wenig Waren auf der Schiene transportiert werden, schimpft zugleich aber über den „Lärmterror“ im Mittelrheintal durch fahrende Güterzüge. Luik argumentiert materialreich und hat zahlreiche Experten an seiner Seite. Er ärgert sich zu Recht über die Fehlentscheidungen in einem Bereich, der für die Klimapolitik von zentraler Bedeutung ist. Doch mehr Differenzierung und Alternativen hätten das Buch glaubwürdiger gemacht. **Thomas Gesterkamp** ||



Claudia Weber:
Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz 1939-1941.
C.H. Beck Verlag, München 2019; 276 S., 26,95 €

Die Osteuropa-Historikerin Claudia Weber zeichnet die Ereignisse rund um den „Hitler-Stalin-Pakt“ nach: Der von den Außenministern Joachim von Ribbentrop und Wjatschslaw Molotow eilig ausgehandelte Vertrag wurde am 23. August 1939 in Moskau unterzeichnet. Er markiert die Kehrtwende der sowjetischen Sicherheitspolitik in Europa, nachdem die Appeasement-Politik des Westens gegenüber den territorialen Forderungen Hitlers das Misstrauen Stalins geweckt hatte. „Mit dem Abkommen von München waren Moskaus Hoffnungen auf ein gegen Hitler gerichtetes europäisches Sicherheitsbündnis mit der Sowjetunion zerbrochen.“ Überzeugend analysiert Weber, welche Motive Stalin veranlassten, den Pakt zu schließen, der heute noch von Präsident Putin als Sieg sowjetischer Diplomatie gefeiert wird. „Wir haben in drei Wochen geschafft, was Engländer und Franzosen in vielen Monaten nicht erreichen haben“, notierte der deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich Graf von der Schulenburg. In Geheimen Zusatzprotokollen hatten Deutschland und die Sowjetunion ihre Interessensphären in Osteuropa abgesteckt. Die „territorial-politische Umgestaltung“ der baltischen Staaten, Finnlands, Polens und Rumäniens begann mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen am 1. September. Anschließend griff die Rote Armee am 17. September Polen an. In der sowjetischen Geschichtsschreibung wurde dies als Befreiung der slawischen Völker bewertet. Dieser These folgt auch die offizielle russische Historiographie: Moskau habe so den deutschen Angriff auf die Sowjetunion hinausgezögert. Daher weigert sich Russland bis heute, eine Mitschuld an der Genese des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen, wie von Polen und den baltischen Staaten gefordert. Allerdings vermeidet sie die Autorin dieses sehr empfehlenswerten Buches, sich zu diesen spannenden Fragen zu äußern. **manu** ||



Militär offensive: Aufmarsch türkischer Truppen an der Grenze zwischen der türkischen Stadt Akcakale und der syrischen Stadt Tall Abyad am 11. Oktober.

© picture-alliance/dpa

Die Logik des Chaos

NAHER OSTEN Einmal mehr analysiert Gilles Kepel überzeugend die Krisen in der Region

Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten entscheiden nicht nur über die Zukunft der Region, sondern auch über das weitere Schicksal des politischen Islams. Welche politischen und wirtschaftlichen Systeme werden die islamischen Staaten nach dem Ende der Konflikte installieren? Welche Rolle kann oder sollte Europa dabei spielen? An Antworten zu diesen Fragen versucht sich einmal mehr der renommierte französische Orientalist und Soziologe Gilles Kepel. Als Autor zahlreicher Bücher über den politischen Islam analysierte er die Entstehung des islamistischen Terrors und setzte ihn in Beziehung zur historischen und politischen Entwicklung im Nahen Osten. Zu seinen Standardwerken gehören das „Schwarzbuch des Dschihad“ und „Al-Qaida: Texte des Terrors“. Bemerkenswert ist, dass Kepel seine Forschung nicht auf den Orient begrenzt, sondern stets auch die islamischen Gemeinden in Frankreich und in Europa im Blick hat. Dank seiner grundlegenden Arbeiten sagte der Orientalist eine weitere Dschihad-Welle voraus, die mit der Gründung

der Terrorbewegung „Islamischer Staat“ (IS) auch Europa erreichte. Nachzulesen sind diese Entwicklungen in seinem Buch „Terror in Frankreich. Der neue Dschihad in Europa“. Wegen seiner öffentlichkeitswirksamen Auftritte in den Medien, in denen er den IS scharf kritisierte, erhielt Kepel Morddrohungen und wurde unter Polizeischutz gestellt. Diese Zeit nutzte er für ein weiteres faszinierendes Buch: „Chaos“ ist nicht nur eine verständlich geschriebene Zusammenfassung der Hintergründe der aktuellen Krisen in der arabischen Welt und im Iran, sondern es liefert eine Erklärung für die wechselnden Bündnisse in der Region. Zahlreiche farbige Grafiken und Karten ergänzen den Text. Laut Kepel ist die Islamische Revolution von 1979 unter Führung von Chomeini die wichtigste Ursache für die Entstehung des heutigen Konflikts zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Dieses Ereignis verdrängte den israelisch-palästinensischen

beziehungsweise den islamisch-jüdischen Konflikt von Platz 1. Stattdessen begann ein amerikanisch-iranischer Konflikt, ausgetragen zwischen dem sunnitischen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran. Die saudischen Wahhabiten strebten die Führung in der islamischen Welt an und finanzierten seit 1979 den sunnitischen Widerstand gegen die sowjetische Aggression in Afghanistan. Die daraus hervorgegangene Terrorsekte Al-Qaida attackierte am 11. September 2001 die USA und provozierte den „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan und im Irak. Die Intervention der USA im Irak endete in einem „Gemetzel der Glaubensrichtungen“ und führte letztlich zur Entstehung des IS. Dieser wiederum trug seine Ideologie und seinen Terror bis nach Europa. Die im Jahr 2011 begonnenen Aufstände des Arabischen Frühlings scheiterten nach einer kurzen Phase der „demokratischen Euphorie“, wie der Autor nüchtern feststellt. Abgesehen von Tunesien, dessen

schwere Wirtschaftskrise die errungene Freiheit noch immer bedroht, fielen Länder wie Ägypten entweder in den Autoritarismus zurück oder sie begannen blutige Bürgerkriege wie in Syrien, im Jemen oder in Libyen. Folge dieser Tragödien waren Millionen Flüchtlinge, die sich auf den Weg nach Europa aufmachten. Rechtsextreme Parteien profitierten von dieser Entwicklung. Bei der Destabilisierung Europas spielte jedoch nicht nur die Angst vor einer angeblichen „Islamisierung Europas“ eine Rolle, sondern auch die feindselige Politik von US-Präsident Donald Trump gegenüber der Europäischen Union und die Kündigung des Atomvertrags mit dem Iran. Gilles Kepel betont mehrmals, wie gefährlich „diese Logik des Chaos“ für den Nahen Osten ist, insbesondere würden „Umbrüche auf eine bislang nicht da gewesene Weise begünstigt“.

der gemeinsamen Ölpreisbildung, denn in beiden Ländern wird der soziale Frieden allein durch hohe Öl- und Gas-Preise bewahrt. Dieses neue Bündnis sei der Grund dafür, dass Saudi-Arabien den militanten Gruppen in Syrien die Finanzierung entzogen habe. Seitdem komme Russland ein besonderes Gewicht in der Region zu als Mediator im Konflikt zwischen der Türkei, den Kurden und Syrien sowie Saudi-Arabien und dem Iran. Kepels Fazit ist eindeutig: Europa darf sich nicht auf eine Beobachterrolle beschränken, sondern muss sich aktiv für eine „gelungene Wiedereingliederung“ der Region in die Weltordnung einsetzen. **Aschot Manutscharjan** ||

In der Annäherung zwischen Riad und Moskau sieht Kepel eine neue Allianz.

Gilles Kepel:
CHAOS
DIE KRISEN IN NORDAFRIKA UND IM NAHEN OSTEN VERSTEHEN
Antje Kunstmann, München 2019; 494 S., 28 €

Neustart für den Westen

DEMOKRATIE Rettung durch einen robusten Liberalismus?

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 30 Jahren schien alles ganz klar: Europa und die ganze Welt werden aufbrechen in ein neues Zeitalter, in die Ära der Demokratie und des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Doch der Determinismus vom Sieg des Liberalismus ist gescheitert. Nationalistische Regierungsformen erleben überall eine Renaissance, die Grundidee einer von Werten und Normen geleiteten Kooperation der Nationen hat von Ankara über Moskau bis hin nach Warschau und Washington immer weniger Anhänger. Ist der Westen also am Ende? Thomas Kleine-Brockhoff, ehemals US-Korrespondent der „Zeit“ und Chef des Planungstabs von Ex-Bundespräsident Joachim Gauck und heute Leiter des Berliner Büros des German Marshall Fund, hält von derlei „Selbstviktimitisierung“ wenig. Er

kontert den um sich greifenden „Immer-schlimmerismus“ lieber mit seiner Streitschrift „Die Welt braucht den Westen. Neustart für eine liberale Ordnung“. Seine These: Die alte Idee des politischen Westens ist nicht tot. Sie muss neu belebt werden, und zwar durch einen „robusten Liberalismus“. Der verzichtet auf Bekehrungseifer und Maximalismus, auf Doppelzüngigkeiten und Normübertretungen und kommt bescheidener daher. Als Universalismus, „der weniger verspricht und mehr hält“. Voraussetzungen sind Selbstkritik und Selbstbeschränkung, Regeltreue und Abwehrlust, aber auch ein neuer Sinn für Realitäten, der die Kooperation mit Andersdenkenden und Andersregierten einschließt. Und weil Kleine-Brockhoff überzeugt ist, dass die Außenpolitik von Donald Trump dessen Präsidentschaft nicht überdauern wird, rät er den Europäern, Brücken nicht einzureißen, die in der Post-Trump-Ära noch gebraucht werden. In der Theorie ist der Glaube des Autors an die Selbstheilungskräfte der liberalen Demokratien schlüssig und überzeugend. Doch ein System kuriert sich nicht von selbst, die Handelnden sind immer Menschen, Regierende und Regierte. Ob sie der neonationalistischen Verführung tatsächlich widerstehen und Handlungsmuster revidieren können, muss sich in der Praxis erst erweisen. **Johanna Metz** ||

Thomas Kleine-Brockhoff:
DIE WELT BRAUCHT DEN WESTEN
NEUSTART FÜR EINE LIBERALE ORDNUNG
Edition Körber, Hamburg 2019; 208 S., 18 €

Wenn die Eltern schweigen

DDR-ERFAHRUNGEN Die »Nachwendekinder« auf Spurensuche in ihren Familien

Mit ihrer Kleinen Anfrage über Ostdeutsche in Führungspositionen trat die Landtagsabgeordnete Simone Oldenburg (Die Linke) aus Mecklenburg-Vorpommern im Januar 2019 eine Debatte über die Frage los: Wer ist Ostdeutscher? Ihre etwas eigenwillige Definition davon lieferte sie in der Anfrage an die Landesregierung gleich mit. Demnach sei Ostdeutscher, wer vor dem 31. Dezember 1975 in der DDR geboren wurde und bis 1989 dort gelebt habe. Angela Merkel, die zwar in Hamburg geboren, aber als Säugling in die DDR gekommen ist, wäre demnach nicht ostdeutsch. Der Journalist Johannes Nichelmann, geboren 1989 im Osten Berlins, führt diese Debatte in seinem Buch fort. „Nachwendekinder“ haben die DDR zwar nicht mehr selbst erlebt, weil sie kurz vor oder nach deren Ende geboren wurden. Aber offenbar steckt diese DDR in ihnen tiefer drin, als man auf den ersten Blick vermuten würde. „Die DDR und ich – wir sind miteinander verbunden, wobei ich nicht genau verstehe, wie und warum“, schreibt er zu Beginn seiner Recherche. Entstanden ist eine interessante Spurensuche von Angehörigen dieser Generation, die sich aufmacht, diese Frage zu beantworten. Doch am Anfang steht das Schweigen der Eltern über deren Erlebnisse in der DDR.

Offenbar wurde in den beschriebenen Familien kaum oder nur anekdotenhaft über diese Zeit gesprochen, sodass die Kinder die DDR bisher nur in Extremen – Campingurlaub mit Trabi (Familie) auf der einen und Stasi-Knaat (Schulunterricht) auf der anderen Seite – kennenlernten. Entweder sei das Bild schwarz oder weiß, das Dazwischen fehle, so Nichelmann. Er redet mit seinen Altersgenossen über ihr Verhältnis zur verschwundenen Heimat ihrer Familien und eine daraus entstehende ostdeutsche Identität. Über ihr Gefühl, vor allem gegenüber Westdeutschen ständig etwas verteidigen zu müssen, was sie gar nicht kennen, aber endlich besser verstehen wollen. „Das Leben meiner Eltern in der DDR ist für mich ein blinder Fleck“, sagt Franziska, eines der Nachwendekinder. Er befragt Wissenschaftler nach den noch 30 Jahre später spürbaren Folgen des Bruchs von 1989. „Das ist für mich das Zeichen, dass das keine Bagatelle ist und auch ernst genommen werden muss“, sagt zum Beispiel die Soziologin Hanna Haag. Und er führt die Familien, auch seine eigene, an Wohnzimmerischen zusammen, stößt hinter verstaubten Familien-Anekdoten auf enttäuschte Ideale, verschwiegene Tragödien, große Hoffnungen und schmerzliche Verluste. Heraus kommt ein offener, oft auch schmerzhafter Dialog zwischen den Generationen und eine vom

Autor mit Spannungsbögen gekonnt ausgestattete Erzählung, lesenswert für alle, die jenseits der Klischees nach Zwischentönen fragen. Allerdings, und das ist der Nachteil des Buches, porträtiert es vor allem Familien, deren Mitglieder beruflich oft in Führungspositionen arbeiteten. Bei denen sei das Schweigen vor allem verbreitet gewesen, schreibt Nichelmann. Aus dieser Blase eines mehr oder weniger akademischen Milieus schafft es das Buch leider nicht wirklich heraus. **Claudia Heine** ||

Johannes Nichelmann:
NACHWENDEKINDER
Die DDR, unsere Kinder und das große Schweigen.
Ullstein Verlag, Berlin 2019; 266 S., 20 €



AUFGEKEHRT

Abschied Seit' an Seit'

Die SPD hat sich mal wieder Aufbruchstimmung verordnet. Wenn neue Bundesvorsitzende zu wählen sind, ist die Partei stets voll bei der Sache und dreht mit Vorfreude das große Schwungrad. Da werden in Regionalkonferenzen die Kandidaten gleich im Dutzend aufeinander losgelassen in der Hoffnung, dass die Sahne am Ende oben schwimmt. Auch Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und Martin Schulz galten mal als Sahnehäubchen der SPD, bis die Basis plötzlich befand, das schmecke ihnen nicht mehr.

Ganz ohne Fahnenappell und Gesangseinlage trotten Gabriel und Nahles nun in seltener Eintracht raus aus dem Bundestag. Am 1. November ist Schluss. Zwei Ex-SPD-Vorsitzende weniger im Parlament, 100-Prozent-Schulz bleibt noch. Die SPD muss nicht traurig sein, denn erstens sind da die erstaunlichen 430.000 Mitglieder, gefühlt alle ambitionierte Co-Vorsitzende. Zum anderen sind die Roten nicht die einzigen, die beim Berliner Krisendienst ständig in der Leitung hängen und auf finale Ratschläge hoffen. Auch die CDU hat frische Erfahrungen mit der Neuwahl von Vorsitzenden und muss mit einer Frau klarkommen, die das Fettnäpfchen-Hopping gerade olympiatauglich macht. Ohne AKK an der Spitze würden die Schwarzen eine Erleichterungsrallye hinlegen. AKK am Boden und CSU-Chef Markus Söder in der K-Frage vorne?

Im Kampf gegen das politische Frühleben hilft ein Blick zur FDP. Hat nicht Christian Lindner den Kompaktentwurf wiederbelebt und den Kollegen eine gut-bezahlte Dreitageweche mit Spreeblick verschafft? Sein Trick: Neues Parteilogo in Magenta. Farbe first, Inhalt second. So geht Politik. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 30 JAHREN...

Honeckers Erbe

24.10.1989: Egon Krenz gewählt. Mitte Oktober, so berichteten mehrere Medien, feierten in Berlin 350 Menschen den 70. Gründungstag der DDR. Mit dabei: Egon Krenz. Für den heute 82-Jährigen steht nun ein weiterer Jahrestag an. Am 24. Oktober 1989 wurde der damalige SED-Generalsekretär von der Volkskammer zum Staatsratsvorsitzenden und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates gewählt.



Egon Krenz ließ sich nach seiner Wahl vor dem Berliner Palast der Republik feiern.

Nach dem Sturz Erich Honeckers einige Tage zuvor waren damit wieder die höchsten Ämter der DDR in einer Hand. Eine Premiere gab es dennoch: Waren Wahlen in der Volkskammer früher stets einstimmig ausgefallen, votierten bei der Wahl Krenz' zum Staatsratsvorsitzenden 26 der 500 Abgeordneten gegen ihn, weitere 26 enthielten sich. Auch bei der Wahl zum Chef des Nationalen Verteidigungsrates gab es Gegenstimmen. Die Volkskammersitzung fand ohne Aussprache statt, lediglich Krenz hielt eine 40-minütige Antrittsrede, in der er Reformen andeutete. Im Anschluss nahm er ein „Bad in der Menge“: 100 Bürgern vor dem Palast der Republik versprach er, er trauere sich die große Aufgabe zu. Großes Vertrauen schienen die Menschen aber nicht mehr ins Regime zu haben: Noch am selben Abend demonstrierten in Ost-Berlin 12.000 gegen Krenz. Bonn reagierte mit einem Glückwunschtelegramm auf die Wahl. Kanzler Helmut Kohl (CDU) sprach sich darin für den „Ausbau von Dialog und Zusammenarbeit“ zwischen den beiden Staaten aus. Dazu kam es nicht mehr: Nach dem Mauerfall im November traten Anfang Dezember Krenz und die DDR-Führung zurück. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: DIE PARLAMENTARISCHE»NO HATE«-ALLIANZ



No Hate – Non à la Haine – gegen Hassrede

Deutscher Bundestag



NO HATE PARLIAMENTARY ALLIANCE



Berlin, 14. Oktober 2019

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, 2.v.l.) eröffnete die Konferenz zu Strategien gegen Hassrede im Reichstagsgebäude gemeinsam mit Andreas Nick (CDU, 2.v.l.) und Gabriela Heinrich (SPD, rechts). Moderiert wurde die Veranstaltung von Konstantina Vassiliou-Enz (Neue deutsche Medienmacher, links).

»Der Hass im Netz verändert die reale Welt«

Dass Politiker ein dickes Fell brauchen, ist nichts Neues. Doch die Frage, wo Kritik aufhört und Beleidigung anfängt, hat durch die Hassrede im Internet eine neue Dimension bekommen. Erst kürzlich entschied das Landgericht Berlin, dass die Grünen-Politikerin Renate Künast Beleidigungen im Internet hinnehmen müsse, da die Äußerungen keine Beleidigungen, sondern „zulässige Meinungsäußerungen“ seien.

Immer mehr Politiker auf kommunaler Ebene und in den Parlamenten seien Zielscheiben für Beleidigungen, Diffamierungen, Anfeindungen und Drohungen geworden, betonte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) vergangene Woche im Berliner Reichstagsgebäude. Er eröffnete die Konferenz „Strategien gegen Hatespeech“, Veranstaltung wurde diese von der Parlamentarischen »No Hate«-Allianz des Ausschusses für Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Darin treten Abgeordnete aktiv gegen Rassismus, Hass und Intoleranz ein. „Hass ist kein neues Phänomen, aber wir sehen uns mit einem neuen Resonanz-

raum konfrontiert“, sagte Bundestagspräsident Schäuble. Die Dringlichkeit des Themas sei in den letzten Tagen schrecklich unterstrichen worden. „Der Hass im Netz verändert die reale Welt“, mahnte er. Zur Zielscheibe könne dabei jeder werden. „Sprache ist keine Waffe. Wenn uns an der Demokratie gelegen ist, muss der politische Wettstreit vor Gewalt geschützt werden“, plädierte Schäuble. Bei der Regelung des digitalen Miteinanders sei der Gesetzgeber genauso wie die Rechtsprechung und die Gesellschaft insgesamt gefordert.

Hasskommentare im Internet beschäftigen auch den Europarat in zunehmendem Maß, sagte Andreas Nick (CDU), Leiter der deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Dabei zählten die Reichweite und Schnelligkeit des Internets zu den größten Herausforderungen beim Ausgestalten von Regeln für die Kommunikation. Gabriela Heinrich (SPD) betonte, dass jeder, indem er achtsam mit Sprache umgehe, zu einem respektvollen Miteinander beitragen könne. Bis Anfang Oktober war Heinrich General-

berichterstatteurin für die Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz des Europarates.

Mit der Macht, die jedes gesagte oder geschriebene Wort im Kopf des Einzelnen entfaltet, indem gelernte Kontexte oder Interpretationsrahmen abgerufen werden, beschäftigt sich die Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling. Sie erläuterte den Teilnehmern das Konzept des „politischen Framing“ und den Einfluss von Sprache auf Entscheidungen und Handeln: „Das Anerkennen, dass man aus unterschiedlichen Wertempfindungen heraus Sachverhalte verschieden interpretiert, ist der Kerngedanke der Demokratie“, sagte Wehling. Es mache einen Unterschied, ob man von „Steuerlast“ oder „Steuerverantwortung“ spreche oder die Begriffe „Klimawandel“ oder „Klimakrise“ verwende. „Je genauer die Sprache, desto mehr Chance auf gutes demokratisches Miteinander“, sagte Wehling. Ein zentrales Problem dabei sei jedoch, dass negative Fakten mehr Aufmerksamkeit generierten und eine herabwürdigende, aggressive Sprache eine aktivierende Wirkung auf das Verhalten habe. *Lisa Brübler*

PERSONALIA

>Anke Fuchs †
Bundestagsabgeordnete 1980-2002, SPD

Am 14. Oktober starb Anke Fuchs im Alter von 82 Jahren. Die Juristin aus Hamburg, Tochter des dortigen Ersten Bürgermeisters von 1961 bis 1965, Paul Nevermann, trat 1956 der SPD bei. Von 1979 bis 2001 gehörte sie dem Parteivorstand und von 1986 bis 1991 dem Parteipräsidium an. Als Bundesgeschäftsführerin ihrer Partei amtierte Fuchs von 1987 bis 1991. Von 1977 bis 1980 war sie Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und danach bis April 1982 dort Parlamentarische Staatssekretärin. Bundeskanzler Helmut Schmidt, der von ihr sagte, dass sie das Format zur Kanzlerschaft besitze, berief sie anschließend zur Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. Im Oktober 1982 schied sie mit dem Ende der sozial-liberalen Koalition aus dem Amt. Von 1998 bis 2002 war sie Vizepräsidentin des Bundestags. An der Spitze der Friedrich-Ebert-Stiftung stand Fuchs von 2003 bis 2010.

>Else Ackermann †
Bundestagsabgeordnete 1990, 1991-1994, CDU

Am 14. September starb Else Ackermann im Alter von 85 Jahren. Die Fachärztin für Pharmakologie aus Neuenhagen bei Berlin schloss sich 1985 in der DDR der CDU an. 1990 zog Ackermann in die erste frei gewählte Volkskammer ein. Im Oktober 1991 rückte sie für Lothar de Maizière in den Deutschen Bundestag nach. Ackermann wirkte im Gesundheits- sowie im Bildungsausschuss mit.

>Lydia Westrich
Bundestagsabgeordnete 1990-2009, SPD

Lydia Westrich wird am 21. Oktober 70 Jahre alt. Die Finanzbeamtin aus Herschberg/Kreis Südwestpfalz schloss sich 1974 der SPD an, war seit 1979 Ortsvereinsvorsitzende und engagierte sich zugleich langjährig kommunalpolitisch. Von 1989 bis 1994 gehörte sie dem Kreistag in Pirmasens an. Im Bundestag wirkte Westrich im Finanz- sowie im Petitionsausschuss mit. Seit 2002 war sie zudem Mitglied des Ältestenrats.

>Gabriele Iwersen
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 25. Oktober vollendet Gabriele Iwersen ihr 80. Lebensjahr. Die Diplomingenieurin und Architektin aus Wilhelmshaven trat 1971 der SPD bei, war von 1976 bis 1991 dort Stadtverordnete und von 1986 bis 1991 Bürgermeisterin. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Friesland – Wilhelmshaven arbeitete im Bundestag stets im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

>Martin Göttsching
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU

Martin Göttsching wird am 28. Oktober 75 Jahre alt. Der protestantische Pfarrer aus Bad Frankenhausen/Kyffhäuserkreis schloss sich 1977 in der DDR der CDU an. Er war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und dort Vorsitzender des Petitionsausschusses. Im Bundestag wirkte Göttsching im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Post und Telekommunikation mit.

>Kurt Ueberschär
Bundestagsabgeordneter 1981-1983, SPD

Kurt Ueberschär begeht am 31. Oktober seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Jurist und Anwalt aus Weidenburg in Bayern trat 1968 der SPD bei und war von 1984 bis 1990 Mitglied des Kreistags in Weidenburg-Gunzenhausen. Im Bundestag wirkte Ueberschär, der für den Abgeordneten Konrad Porzner nachrückte, im Rechtsausschuss mit. Heute ist Ueberschär Mitglied der FDP. *bmh*

Das Arbeitsparlament live erleben

ANHÖRUNGEN Mehrjähriger Finanzrahmen und Masernschutzgesetz sind Themen

Auch in dieser Woche stehen im Bundestag wieder zahlreiche öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen und Anträgen auf dem Programm. Der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027 der Europäischen Union wird den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union am Montag ab 13 Uhr beschäftigen. Bereits um 11 Uhr wird der Petitionsausschuss unter anderem zu den Themen Risikoprüfung von Pestiziden und Besteuerung von Periodenprodukten beraten. Am selben Tag wird sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales ab 13.30 Uhr mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/13395) für ein Pflegegeldverbesserungsgesetz und einem Antrag der Fraktion Die Linke (19/14023) befassen.

Ebenfalls am Montag diskutiert der Gesundheits-Ausschuss ab 13 Uhr mit Sachverständigen über die Ausbildung zum Anästhesietechnischen und Operationstechnischen Assistenten. Anlass ist ein Gesetzent-

wurf der Bundesregierung (19/13825). Am Mittwoch befasst sich der Ausschuss ab 14.30 Uhr mit dem Entwurf eines Masernschutzgesetzes (19/13452) und weiteren Anträgen. Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz debattiert am Montag um 16.30 Uhr öffentlich über Jugendstrafverfahren. Grundlage dafür ist ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren (19/13837). Online werden diese und weitere Anhörungen teils live übertragen oder sind als Aufzeichnungen abrufbar unter: www.bundestag.de/mediathek Die Anmelde- und Informationsmodalitäten für einen persönlichen Besuch sind auf den Ausschusswebseiten verfügbar. *lbr*

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 23. – 25.10.2019

Paketboten-Schutz-Gesetz (Do)
Ost-Quote in Bundesbehörden (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die Debatten im Livestream

LESERPOST

Zur Zeitung allgemein:

Weiter so! Ihr Blatt ist interessant gestaltet, durchweg gut lesbar, in sinnvoller Form aktuell und liefert häufig wertvolle Basisinformationen, etwa in der Ausgabe zum Entwurf des Bundeshaushalts 2020. Die Darstellung solcher Faktengrundlagen ist ja in vielen Zeitungen Neugestaltungsbereitungen zum Opfer gefallen und in den Digitalangeboten ebenfalls eher ungewöhnlich. Wenn es zutrifft, dass bei Ihnen die Abonnentenzahl steigt, was in der Printlandschaft einzigartig wäre, würde ich sagen: Verdientermaßen und aus gutem Grund! Besonders positiv habe ich auch die Themenausgabe zu China erlebt. Viel ruhige, sachliche Information, zum Teil deutlich über das oberflächliche mediale Alltagsgerede hinaus und treffsicher, zum Teil sicher Verblüffung und Widerspruch auslösende, aber solide unterlegte Bewertungen – hier haben Sie geradezu mustergültig Material für eigenes Weiterdenken und eigene Werturteile bereitgestellt. Vielleicht hätte ich mir zur Staatsordnung sogar noch etwas mehr vorstellen können, etwa zum Verhältnis Zentrale/Regionen oder zur realen Rolle der Blockparteien. *Reinhard Kaiser, Berlin*

Zur Ausgabe 38-39 vom 16. September 2019, „Premier gegen Parlament“ auf Seite 13: Die UK-Briten wollen den Ausstieg aus der EU und sie werden den Ausstieg aus der EU bekommen. Boris Johnson, der „ungewählte“ Premierminister, bereitet das Insel-Chaos vor, und ich bin überzeugt, er wird sein Insel-Chaos auch durchsetzen! *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 28. Oktober. *lbr*

SEITENBLICKE



Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Alltags-Antisemitismus ist beschämend für unser Land



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist eröffnet. In der vergangenen Woche wurden in Halle zwei Menschen ermordet, zwei weitere schwer verletzt, als sie den Weg eines Mannes kreuzten, der entschlossen war zu töten.

Aus purem Hass. Wir trauern um die Toten. Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen, bei dem verletzten Ehepaar, dem wir schnelle Genesung wünschen, und bei all denen, die damit umgehen müssen, Zielscheibe oder Zeugen des Verbrechens geworden zu sein.

Der Anschlag hat das bedrohliche Ausmaß rechtsextremer Gewaltbereitschaft offenbart. Erneut! Die zufällig in die Schusslinie Geratenen sind Opfer eines terroristischen Aktes geworden. Es war eine Tat, die dem klaren Ziel folgte möglichst viele Juden zu töten. Nur glückliche Umstände haben weitere Opfer verhindert: Gläubige, die sich am höchsten jüdischen Feiertag in der Synagoge versammelt haben. Mitten in unserem Land.

Dass noch in Twitter-Reaktionen auf diese von Judenhass ge-

triebene Tat weiter mit Ab- und Ausgrenzung von Menschen gespielt wird, ist unerträglich. So wie der Versuch, durch deren Retweet die Grenzen des Anstands weiter auszutesten. Wer das tut, stellt sich außerhalb des Grundkonsenses, auf dem unsere demokratische Ordnung beruht. Und das gilt erst Recht für Mitglieder dieses Hauses.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land empfindet den Anschlag von Halle so, wie es unser Bundespräsident bezeichnet hat: als Schande. Viele haben in Mahnwachen ihre Anteilnahme bekundet – und ihre Solidarität, damit Juden in Deutschland ihren Glauben offen leben können.

Dass dies nicht überall die Realität ist, hat nicht erst Halle gezeigt. Es besorgt Juden weltweit, das hat mein israelischer Amtskol-

lege Yuli-Yoel Edelstein in seinem Kondolenz-Schreiben an den Deutschen Bundestag betont. Mir hat in den vergangenen Tagen eine Studentin, die für ein offenes, junges und selbstbewusstes Judentum eintreten möchte, ihre Lebenswirklichkeit in Deutschland geschildert. Ihre für die meisten Mitmenschen unsichtbare Furcht, wenn sie ihren Glauben öffentlich sichtbar macht. Wir wissen: Es ist die Wirklichkeit vieler jüdischer Mitbürger – so wie der Hinweis der Studentin, viele von ihnen würden Anfeindungen und Übergriffe nicht mehr anzeigen, weil sie angesichts des Alltags-Antisemitismus einfach abstumpfen. Das ist beschämend für unser Land. Und es ist ein Auftrag, der über die Aufarbeitung des Anschlags von Halle hinausweist.

Wir stehen in der Pflicht, die Versäumnisse im Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus aufzuarbeiten. Schnell und umfassend zu prüfen, wie die bestehenden Rechtsgrundlagen konsequenter angewandt werden können – und welche zusätzlichen Mittel und Maßnahmen notwendig sind, um effektiv gegen grenz-

überschreitende rechtsextreme Netzwerke vorgehen zu können. Um die Wege der Radikalisierung zu durchbrechen, auch – aber keineswegs allein! – im Internet. Und um wirksamer Ausgrenzung, Hass und Hetze als geistigem Nährboden von Gewalttaten entgegenwirken zu können. Die vereinbarte Debatte heute Vormittag bietet Gelegenheit dazu. Wir sollten sie führen im Bewusstsein unserer besonderen Verantwortung dafür, der notwendigen gesellschaftlichen Debatte Orientierung zu geben.

Ich darf Sie bitten, werte Kolleginnen und Kollegen, sich zu erheben zu Ehren der Opfer – und als Zeichen unserer Verbundenheit mit allen Menschen jüdischen Glaubens. Als Ausdruck unseres Willens, unseren Beitrag dafür zu leisten, dass jeder in diesem Land, egal welcher Religion, welcher Herkunft oder welchen Geschlechts, die grundlegende Sicherheit erfährt, frei und selbstbestimmt zu leben. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Entscheidend, dass Europa mit einer Stimme spricht



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Seit nunmehr zweieinhalb Jahren verhandeln wir intensiv über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Es hat in den letzten Tagen Bewegung gegeben, deutliche Bewegung. Die britische

Seite hat Verhandlungsbereitschaft gezeigt und diese durch sehr konkrete Vorschläge unterlegt. Wir sind also auf einem besseren Weg als zuvor, aber – das muss ich heute Morgen hier ganz klar sagen – wir sind noch nicht am Ziel. Wir müssen und werden deshalb unverändert alles tun, um die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Ich möchte Michel Barnier, dem Verhandlungsführer, und seinem Team ganz herzlich danken, die wirklich Tag und Nacht dabei sind.

Deshalb ist es gut, dass die amtierende finnische Ratspräsidentschaft die Debatte nach vorne bringt und dem Europäischen Rat eine Beratungsgrundlage hierzu vorlegt. Es wird auf diesem Europäischen Rat – ich sage: leider – noch keine Einigung darüber ge-

ben. Aber es wird Gespräche geben, in denen ich mich für einen zukunftsorientierten Haushalt einsetzen werde, der Europas Handlungsfähigkeit in dreierlei Hinsicht sichert:

Erstens. Für uns ist eine Modernisierung des mehrjährigen Finanzrahmens entscheidend. Unsere Ziele müssen durch entsprechende Festschreibungen im Haushalt unterstützt werden. Dies gilt für den Klimaschutz, die Migration und ein forschungsstarkes und innovatives Europa sowie eine stärkere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Verlässlichkeit etablierter Politikbereiche wird dabei natürlich nicht infrage gestellt. So muss zum Beispiel berücksichtigt werden, dass viele Regionen in den neuen Bundesländern weiterhin

strukturelle Nachteile haben. Insgesamt geht es darum, das richtige Gleichgewicht für einen Haushalt zu finden, der gerade auch Europas neuen Herausforderungen gerecht werden kann.

Zweitens. Ausgangspunkt der Verhandlungen können nicht Wünsche sein, sondern es müssen realistische Grundlagen sein. Als Nettozahler führen wir die Verhandlungen zum Volumen auf der Grundlage eines Budgetansatzes in Höhe von 1 Prozent der Wirtschaftsleistung der 27 EU-Mitgliedstaaten. Allein das bedeutet schon einen deutlichen Anstieg der Beiträge, gerade auch für Deutschland.

Drittens. Deutschland wird aufgrund dieses Anstiegs und auch aufgrund des bevorstehenden EU-Austritts des Vereinigten Königreichs beim mehrjährigen Finanzrahmen übermäßig stark belastet. Deshalb müssen wir auch über eine faire Lastenteilung auf der Finanzierungsseite und einen Rabatt für Deutschland sprechen.

Außerdem hat die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Verknüpfung der Rechtsstaat-

lichkeit mit den EU-Finzen für uns höchste Priorität; denn die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die damit verbundenen Freiheiten und Errungenschaften haben auch mit einer entsprechenden Verantwortung beim Einsatz von EU-Mitteln einherzugehen. Wer bei der Ausgabe europäischer Mittel Grundsätze und Prinzipien des Rechtsstaats missachtet, der soll in Zukunft nicht mehr erwarten dürfen, weiterhin von Europa uneingeschränkt finanziell profitieren zu können.

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Damit stärken wir die gute Regierungsführung in ganz Europa und schützen die Interessen von Millionen von Steuerzahlern.

Eine zügige Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens ist Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Sie ist damit auch Voraussetzung dafür, dass die neue Kommission der Europäischen Union, die bald ihre Arbeit aufnehmen wird – leider etwas verspätet –, ihre Prioritäten auch wirklich umsetzen kann.

Wir stehen derzeit zwischen dem Ausscheiden der alten Kommission und dem Antritt der neuen Kommission. Ich möchte dem scheidenden Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker sowie dem noch amtierenden Präsidenten der Europäischen Union, Donald Tusk, für ihren unermüdlichen und leidenschaftlichen Einsatz für Europa danken.

Beide haben Großes und Bleibendes für Europa und seine Bürgerinnen und Bürger geleistet. Mit der im Juni verabschiedeten Strategischen Agenda haben beide entscheidend mitgeholfen, das Programm für die kommenden fünf Jahre zu umreißen.

Der neue institutionelle Zyklus mit einer neuen Kommission ist nun Anlass, uns über den weiteren Weg, über Ziele und Prioritäten zu verständigen, um Europa weiter voranzubringen. Darüber werden wir schon auf dem heutigen Europäischen Rat mit der neuen Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, sprechen. In ihren politischen Leitlinien hat sie die Schwerpunkte ihrer zukünftigen Arbeit umrissen.

Ich begrüße sehr, dass die gewählte Kommissionspräsidentin von Beginn an deutlich gemacht hat, dass sie die neue Kommission als eine geopolitische Kommission versteht.

Schon heute setzt Brüssel Maßstäbe weltweit, wenn zum Beispiel die Wettbewerbsbehörde Entscheidungen gegen mächtige Konzerne wie Google oder Facebook trifft. Solche Maßstäbe wollen wir auch in anderen Bereichen setzen, etwa beim Klimaschutz oder bei der Digitalisierung, bei Herausforderungen, in denen wir nur gemeinsam als Europa ein Zeichen setzen können, das dann auch weltweit gesehen wird und Gewicht entfaltet. Europa muss eigene Akzente setzen und digital souverän werden. Wir brauchen Alleinstellungsmerkmale, die unsere Art, zu leben, auch in der Digitalisierung widerspiegeln. Bei einer erfolgreichen Digitalisierung made in Europe muss und wird

daher der Mensch im Mittelpunkt stehen. Das war schon der Leitgedanke bei der Datenschutz-Grundverordnung, und das wird auch der Leitgedanke sein, wenn es um ethische Maßstäbe für die künstliche Intelligenz und den Umgang mit Daten im 5G-Netzbereich geht.

Das trifft genauso auf den Bereich des Klimaschutzes zu. Für diese Menschheitsherausforderung hat die neue Kommission unter anderem ein europäisches Klimagesetz und einen sogenannten European Green Deal angekündigt, mit dem Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden soll.

Europa zeigt damit, dass es sich zum Pariser Klimaabkommen und dem dort vereinbarten 1,5-Grad-Ziel sowie zur Klimaneutralität bekennt. Bei der Umsetzung dieser Ziele sind wir uns in Europa jedoch noch nicht mit allen Mitgliedstaaten einig. Wir haben natürlich die Besonderheiten jedes einzelnen Mitgliedstaates zu bedenken; denn es macht einen Unterschied, ob ein Land wie zum Beispiel Polen 80 Prozent seiner Energie aus Kohle gewinnt oder ob ein Land wie zum Beispiel Schweden schon heute über 50 Prozent des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen trägt. Aus diesem Grund muss Europa die Staaten bei ihrem Übergang zur Klimaneutralität bis 2050 unterstützen, um mittelfristig weiterhin Vorreiter für Klimapolitik in der Welt zu sein.

Meine Damen und Herren, eine sich ausdrücklich als geopolitisch verstehende Europäische Kommission wird darauf setzen, Europas Rolle in der Welt zu stärken. Dazu müssen wir geschlossener für unsere Überzeugungen und Interessen eintreten. Vor dem Hintergrund einer sich rasant verändernden globalen Lage kann sich Europa ein Auseinanderfallen in wichtigen außenpolitischen Fragen nicht weiter leisten.

Deutschland tritt seit jeher für genau dieses, nach außen starke Europa ein. Aus diesem Grund werden wir zum Beispiel im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr alle Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu einem EU-China-Gipfel nach Leipzig einladen. Wir machen die Beziehung der Europäischen Union mit China zu einem Schwerpunkt unserer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020; denn heute haben wir keine einheitliche Chinalpolitik der Europäischen Union, und das ist nicht gut für die Europäische Union.

Es ist entscheidend, dass Europa

mit einer Stimme spricht. Sonst können wir keine konkreten Ergebnisse für unsere zukünftige Zusammenarbeit erzielen, etwa wenn es um den Klimaschutz oder um Investitionen geht. Dazu will Deutschland in seiner Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 einen Beitrag leisten. Die Zeiten sind unruhig und die Erwartungen an Deutschland hoch. Dessen bin ich mir bewusst. Gleichwohl freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Europa wie auch mit dem jüngst neu gewählten Euro-

päischen Parlament und mit der neuen Kommission.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen bei allen Herausforderungen niemals vergessen, was wir ganz grundsätzlich an Europa haben: diese einzigartige Friedens- und Wertegemeinschaft. Und ein Blick an die Grenzen Europas zeigt, was wir an Europa haben.

Dieser Tage erinnern wir bei uns an den Fall der Berliner Mauer vor 30 Jahren. Wir erinnern uns an den Mut der Abertausenden DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die

1989 für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit auf die Straße gegangen sind. Und dieser Mut erinnert uns wiederum daran, wie sehr es sich lohnt, auch in Zukunft für Überzeugungen, Werte und Ziele einzutreten, gerade auch für ein vereintes Europas.

Dieser Mut erinnert uns daran, dass Veränderungen zum Guten möglich sind. Sich dafür einzusetzen, gerade auch in Europa, ist unsere Pflicht. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Die NATO muss die Mitgliedschaft der Türkei mindestens einfrieren



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Neben den üblichen, sozusagen chronischen Problemen hat die Europäische Union derzeit zwei akute Probleme. Zwei wichtige Länder, beide an der Peripherie gelegen, setzen sich auf freilich grundverschiedene Art und Weise von der EU ab: im Nordwesten die Briten, im Südosten die Türkei. Zu beiden müssen wir unser politisches Verhältnis neu ausrichten. Das war auch das Hauptthema Ihrer Rede.

Beginnen wir mit Großbritannien. Meine Damen und Herren, es gibt ein Leben nach dem Brexit. Es gibt auch eine Politik nach dem Brexit.

Wir sollten also heute schon dafür sorgen, dass unsere Beziehungen zu den Briten keinen dauerhaften Schaden nehmen. Sie bleiben ein politischer Partner, ein wirtschaftlicher Partner, ein militärischer Partner und selbstverständlich eine führende europäische Kulturnation.

Das politische Gewicht der EU sinkt ohnehin durch das Ausscheiden der Briten. Eine Atommacht, eine Flottenmacht, überdies die zweitgrößte Wirtschaftsmacht verlässt den Klub. Sorgen wir dafür, dass beide Seiten sich gewogen bleiben!

Auch wenn es in diesem Hause,

in den Medien, in den Zirkeln der Globalisten vielen nicht passt: Der Brexit ist der Wunsch der Mehrheit der Briten.

Es war eine knappe Mehrheit, ja; doch diese Konstellation ist heute normal, und historische bedeutende Entscheidungen sind gelegentlich auch durch knappe Mehrheiten herbeigeführt worden. Wie ernst die älteste Demokratie in Europa den Mehrheitswillen nimmt, sehen wir täglich. Ja, die Briten streiten erbittert über den Brexit, vor allem über den Modus des Ausstiegs. Das scheint in unserem konsenssüchtigen Land vielleicht ungewöhnlich; aber das ist lebendige Demokratie.

Vielleicht scheidet Boris Johnson an diesem Streit, aber das wäre ebenfalls lebendige Demokratie. Auch wenn einige EU-fromme Idealisten noch von einem Ausstieg aus dem Ausstieg träumen: Großbritannien wird wieder ein souveräner Nationalstaat. Das ist nach Ansicht der Progressisten ein Rückschritt, ja, ein Rückfall, in, wie es heißt, längst überwundene Zeiten. Schließlich gehöre die Zukunft übernationalen, postnationalen Strukturen. Das sehen wir anders. Wir halten die Nationalstaaten nicht für überholt. Wir glauben, dass dieser Planet ein Pluriversum bleibt, und nun werden wir vor der Haustür einen direkten Vergleich haben, welche Seite mit ihrem politischen System besser fährt. Was will man also mehr?

Es ist richtig, dass sich Boris Johnson in der Nordirland-Frage entscheiden muss. Entweder in Nordirland wird für eine bestimmte Zeit, also bis es neue Handelsverträge gibt, faktisch weiterhin EU-Recht gelten, dann kann die Grenze offenbleiben, oder das EU-Recht gilt dort wie im übrigen Teil Großbritanniens

nicht mehr, dann muss es Grenzkontrollen geben. Beides zugleich geht nicht. Allerdings darf die Dauer dieses Übergangszeitraums nicht einseitig von der EU festgelegt werden, sondern muss von beiden Partnern in freundschaftlichem Einvernehmen gemeinsam bestimmt werden.

Frau Bundeskanzlerin, ich kann nur wiederholen, was ich hier schon gesagt habe: Tun Sie bitte alles Ihnen Mögliche, um den Briten ihren Abschied nicht zu erschweren – für das Leben nach dem Brexit!

Manche Eurokraten betrachten den britischen Abgang freilich als eine narzisstische Kränkung. Das mag damit zu tun haben, dass sie selber an der Attraktivität der Union zu zweifeln beginnen. EU bedeutet heute Bürokratie, Zentralismus, Zwist, Geldentwertung, Alimentierung von Pleitestaaten, angekündigte Strafaktionen gegen die Osteuropäer, weil sie die Folgen der deutschen Masseneinwanderungspolitik nicht mittragen wollen. Der zweitwichtigste Zahler steigt deshalb aus. Norwegen und die Schweiz zeigen keinerlei Interesse, dem Klub beizutreten, und es geht ihnen gut dabei. Island hat sein Aufnahmearbeiten zurückgezogen.

Problematisch wird es, wenn sich solche Kränkungsgefühle mit Überlegenheitsdünkel vereinen und in offene Geringschätzung münden. Es ist ein bedrückendes Phänomen, dass verschiedene Ansichten in der Außenpolitik neuerdings dazu führen, die Gegenseite als unzurechnungsfähig zu behandeln. Begonnen hat es mit Donald Trump. Derzeit ist Boris Johnson an der Reihe. Wo bitte soll das hinführen, wenn die Medien nicht ganz ohne Beteiligung der Politik die Regierungschefs von immerhin verbündeten und mächtigen

Staaten als Clowns darstellen?

Wo das im Falle Trump hin­führt, sehen wir gerade in Syrien.

Der Abzug der US-Truppen ist ein „Dann macht doch euren Kram alleine“-Signal an die Adresse der Europäer. Während die Deutschen es mit den militärischen Bündnisverpflichtungen nicht gar so genau nehmen, gerade auf der linken Seite des Hauses, redet die deutsche Öffentlichkeit seit zwei Jahren über den mächtigsten Mann der Welt wie über einen ungezogenen Schuljungen.

Das ist Hybris, und dieser folgt bekanntlich die Nemesis.

Das ändert nichts daran, dass auch wir den Abzug der US-Truppen für falsch halten, für einen Verrat an den Kurden. Am Bosphorus sitzt ein Präsident, der von einem neo-osmanischen Reich träumt, der von der Expansion des Islam träumt, der seit Langem

schon über die türkische Minder­heit Druck auf die deutsche Politik auszuüben versucht. Die Türkei ist größer als die Türkei, sagte Erdogan in einer Rede, und weiter: Wir können „nicht Gefangene auf 780 000 Quadratkilometern sein“.

Zugleich animiert er seine Landsleute bekanntlich, fleißig Kinder zu zeugen und das türkische Volk zu vergrößern.

Unsere physischen Grenzen sind anders als die Grenzen unserer Herzen, sagte Erdo-

gan in derselben Rede und zählte auf: unsere Brüder in Mosul, Kirkuk, Hassaka, Aleppo, Homs, Misrata, Skopje, auf der Krim und im Kaukasus. Berlin oder Duisburg nannte er einstweilen nicht.

Derzeit führt Erdogan einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Kurdengebiete in Ostsyrien. Der türkische Präsident spekuliert auf eine Vergrößerung des türkischen Territoriums und droht uns damit, 3,5 Millionen syrische

Flüchtlinge nach Europa durchzulassen, wenn wir das zu kritisieren wagen. Unter diesen Flüchtlingen würden sich viele IS-Terroristen befinden, die derzeit in großer Zahl aus den kurdischen Gefängnissen fliehen.

Womit können wir im Gegenzug drohen? Wir haben eine kaputtgesparte Bundeswehr und sperrangelweit offene Grenzen. Der kurdisch-türkische Konflikt ist längst auf unseren Straßen ange-

kommen. Was macht die Bundesregierung? Sie hat Erdogan dafür Geld gegeben, dass er erledigt, was wir angeblich nicht können: die Grenzen schließen. Wir haben uns von Erdogan abhängig und damit erpressbar gemacht.

Mit dem Segen der Multikulturalisten leben Millionen Nichtdeutsche mit verfestigtem Aufenthaltsstatus in unserem Land, unter denen sich auch Hunderttausende Erdogan-Anhänger befinden. Wir können nicht wie der türkische Präsident mit Flüchtlingsströmen drohen, etwa damit, alle Türken ohne deutschen Pass zurückzuschicken; denn wir sind ein Rechtsstaat. Wir können allerdings endlich damit anfangen, aus der Situation zu lernen und unsere Grenzen zu schützen.

Zweierlei können wir lernen: zunächst einmal, dass es töricht ist und eines Tages auch gefährlich

werden kann, unentwegt Menschen einwandern zu lassen, die unsere Rechts- und Werteordnung eben nicht zu schätzen wissen, und dabei zu hoffen, dass sich das Problem schon irgendwie von selbst lösen wird, und zweitens, dass wir immer sagen: Wir müssen unsere Grenzen endlich wieder selber schützen.

Was unsere Bündnisse betrifft: Die Bundesregierung sollte darauf drängen, dass diese Türkei unter dieser Regierung kein vollwertiges NATO-Mitglied mehr sein kann.

Die NATO muss die Mitgliedschaft der Türkei mindestens einfrieren. Diese Türkei darf kein EU-Mitglied werden. Die EU muss den Beitrittsstatus aufheben, Frau Bundeskanzlerin. Ich hoffe, dass Sie sich für diese Politik einsetzen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Denen entgentreten, die nationalen Alleingang fordern



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Die Mehrheit von uns steht noch immer unter dem Eindruck der Morde von Halle und der Absicht des Täters, die jüdische Gemeinde anzugreifen, ja, man muss es sagen, es war seine Absicht, die jüdische Gemeinde auszulöschen. Es hätte nicht schlimmer kommen können nach den Morden des NSU, nach dem Mord an Regierungspräsident Lübcke, nach Angriffen, nach Morden an mutigen Demokratinnen und Demokraten, nach Einschüchterungsversuchen und nach vielen Anschlägen. Und ja, vieles bleibt noch aufzuklären. Vielleicht hat der Täter auch alleine gehandelt; aber er wird getragen von einem System der Hetze, des Chauvinismus und des Rechtsextremismus, und die AfD ist Teil dieses Systems.

Meine Damen und Herren, als ich 2002 in dieses Parlament gewählt wurde, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass in diesem

Parlament jemals wieder Abgeordnete sitzen, die widerliche Kommentare über die Opfer von Anschlägen verbreiten. Diese Abgeordneten sitzen mitten in den Reihen der AfD.

Ich muss Ihnen sagen, Kollege Gauland: Sie behaupten, Sie würden jüdisches Leben in Deutschland willkommen heißen.

Solange Sie denken und aussprechen, dass der Nationalsozialismus ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte war, werden Menschen jüdischen Glaubens sich hier nicht heimisch fühlen. Sie treiben diese Hetze an.

Was hier vor fast 100 Jahren gesagt werden musste, muss auch heute gesagt werden: „Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!“, meine Damen und Herren.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben zu Recht gesagt, dass der Europäische Rat – es ist so – erneut in einem wichtigen Moment zusammenkommt. Übergeordnete Frage dieses Rates ist aber etwas Neues. Es geht um die Selbstvergewisserung und Selbstachtung europäischer Politik. In der Tat: Es gibt genügend Themen, die Sie angesprochen haben, und ich bin froh, dass wir in dieser Debatte mit unterschiedlichen Rednerinnen und Rednern darauf reagieren können.

Ich will an den Anfang stellen: Ja, Sie haben recht, das ist eine erneute Wende im syrischen Krieg, und möglicherweise stehen sich in den nächsten Tagen syrische und

türkische Truppen unmittelbar gegenüber. Wir haben die Situation noch in guter Erinnerung, als die Türkei damals ein russisches Flugzeug abgeschossen hat. Das ist also eine große Gefahr. Für mich ist eine besonders große Enttäuschung, dass nicht nur in Europa – das haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder versucht zu verhindern –, sondern auch in Syrien wieder Grenzen verschoben werden. Und es war Andrea Nahles, die vor zwei Jahren hier für meine Fraktion gesagt hat: Der Angriffskrieg auf Afrin war völkerrechtswidrig.

– Ich stelle heute fest: Auch dies ist wieder ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, und Erdogan macht sich als Präsident der Türkei persönlich strafbar, meine Damen und Herren.

Die Einlassungen des türkischen Präsidenten sind unwürdig; sie sind eine Grenzüberschreitung in der internationalen Sprache und in der internationalen Politik. Meine Bitte an Sie, Frau Bundeskanzlerin, ist, dies im nächsten Gespräch richtigzustellen. Ich bin überzeugt, dass Sie das tun werden.

Wir brauchen konkrete Feststellungen und Verabredungen der Staats- und Regierungschefs zu diesem Konflikt. Sie haben die Rüstungsexporte angesprochen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir eine Verpflichtung der EU-Staaten brauchen, nicht nur jetzt keine neuen Rüstungen zu genehmigen, sondern auch einen generellen Rüstungsexportstopp zu unternehmen.

Wir müssen prüfen, was in der Zollunion möglich ist. Ich bin auch der Überzeugung: Wir müssen prüfen, was an Bürgschaften möglich ist, wenn europäische Unternehmen in der Türkei in nächster Zeit Investitionen vornehmen. Zur Wahrheit gehört aber: Auch in den kurdischen Gebieten in Syrien sind Menschen vertrieben worden. Das ist etwas, was wir an dieser Stelle sagen müssen. Es geht nicht nur um die Invasion der türkischen Armee, sondern es geht auch darum, was dort in den letzten Jahren passiert war.

Es gibt nur eine politische Lösung. Wir werden keine militärische Lösung für dieses Problem herbeiführen.

Vielmehr kann politische Autonomie nur politisch erreicht werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass es die Vorsitzende der CHP in Istanbul gewesen ist, die mutig, weil sie verfolgt wird, von Erdogan ganz persönlich, gesagt hat:

Es gibt keinen Sieger des Krieges. Der Weg zu einer dauerhaften Lösung besteht darin, die Verfassungskonzepte zu erörtern, die es Syrien ermöglichen, als Staat zu existieren, Dialogkanäle einzurichten und zu schützen.

Das ist auch unsere Auffassung, und wir werden solche Politikerinnen und Politiker wie sie nicht nur in unserem Herzen tragen,

sondern wir werden sie auch politisch in ihren Forderungen unterstützen, meine Damen und Herren.

Ich will Sie, Frau Bundeskanzlerin, darin unterstützen: Die Aufnahme der Gespräche mit Albanien und Nordmazedonien – der Deutsche Bundestag hat es in einem gemeinsamen Antrag festgestellt – ist der richtige Weg. Mittlerweile hat der Habitus des französischen Staatspräsidenten einen Kratzer. Er tritt oft als Europäer auf – was er ist, was ich ihm nicht abspreche –, aber ich muss von dieser Stelle sagen: Er zahlt mit kleiner Münze zurück, wenn er allein aus innenpolitischen Interessen diese Beitrittsgespräche verhindern will. Das ist die Botschaft meiner Fraktion an den französischen Präsidenten.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, insbesondere auch beim Meinungsaustausch mit der neuen Kommissionspräsidentin. Auch wir wünschen uns eine Einigung über eine Kommission, die hoffentlich am 1. Dezember dieses Jahres ihre Arbeit antreten wird. Aber ich glaube, vielleicht ist es gut, in diesem Gespräch hinter verschlossenen Türen mit der Kommissionspräsidentin mehr Fingerspitzengefühl mit dem Europäischen Parlament anzumahnen; denn das Europäische Parlament bestimmt mittlerweile europäische Politik mit, und nicht einfach gewählte oder entsandte Kommissare oder Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten. Wir wollen, dass das Europäische Parlament gestärkt wird. Das ist immer auch die Verpflichtung vonseiten der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegenüber europäischen Interessen ge-

Fortsetzung auf nächster Seite

**Am Bosphorus
sitzt ein
Präsident, der
von einem
neo-osmanischen
Reich träumt.**

**Die Einlassungen
des türkischen
Präsidenten sind
unwürdig; sie
sind eine Grenz-
überschreitung.**

wesen. Sie haben den Klimaschutz angesprochen. Ja, die Klimaschutzstrategie steht im Dezember auf der Tagesordnung. Aber für meine Fraktion will ich sagen: Es geht genauso um den Sozialschutz, um die Förderung fairer Arbeit und fairer Wettbewerbsbedingungen. Alles das muss auch auf der Tagesordnung der zweitägigen Gespräche stehen, meine Damen und Herren.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben geopolitische Fragen angesprochen. Wir feiern den Fall der Mauer. Das ist gerade für uns in

Deutschland ein Ereignis; aber es ist nicht das einzige Ereignis. Vielmehr erleben wir seit dem Ende des Kalten Krieges, wie sich eine Welt neu gestaltet, die offensichtlich eben nicht richtig beschrieben ist, wenn amerikanische Politikwissenschaftler sagen: Jetzt treffen Zivilisationen aufeinander. – Ich glaube, zutreffender ist das, was europäische Forscher wie der deutsche Soziologe Dieter Senghaas gesagt haben, nämlich dass es einen Konflikt im Inneren der Gesellschaften gibt. Das zeigt sich nach meinem Dafürhalten gerade

auch beim Brexit; denn es geht um die unterschiedlichen Geschichten, die dieses Land hat, Loyalitäten, die sich zeigen, die Frage von Souveränität und die Frage, wie wir es schaffen, mit diesen Veränderungen umzugehen. Es ist offensichtlich ein kultureller Kampf, der auf der Insel stattfindet und der internationale Weiterungen hat. Insofern bin ich dankbar. Wir können diese inneren Kämpfe nicht beeinflussen. Wir können nur mit Vernunft, mit Ruhe alles versuchen, dass es am Ende der Verhandlungen eine Lösung

gibt. Dazu wünsche ich Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, viel Erfolg. Die SPD-Bundestagsfraktion wird Sie in dieser Absicht unterstützen.

Ich will mit einer gewissen Zuversicht enden. Es ist in den letzten Wochen wieder versucht worden, Deutschland das Stereotyp anzuhängen, aus der Geschichte zu wenig gelernt zu haben, und uns die Geschichte wie einen Spiegel vorzuhalten. Viele europäische Nachbarn sind diesem Stereotyp nicht gefolgt. Das hat etwas mit kluger Politik zu tun, das hat et-

was mit der Entspannungspolitik zu tun, das hat mit dem Europäer Helmut Kohl zu tun, das hat etwas mit dieser Bundesregierung zu tun, die sich nicht provozieren lässt. Deswegen sage ich: Wir müssen denen entgegenreten, die dem Furor des nationalen Alleingangs und der Ausgrenzung von Menschen erliegen. Das bleibt die Antwort, auch in dieser Zeit.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Christian Lindner, FDP:

Völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Syrien



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Mein Vorredner, der Kollege Dr. Mützenich, hat seinen Beitrag völlig zu Recht mit den Ereignissen in Halle begonnen. Nach einem solchen Ereignis kann der Deutsche Bundestag nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen. Der Herr Präsident des Bundestages hat dazu angemessene Worte gefunden. Der Angriff von Halle war nicht nur ein Angriff auf eine Gruppe in unserer Gesellschaft. Wenn sich heute einige in unserer Mitte nicht mehr sicher fühlen können, dann wird sich morgen niemand mehr in Deutschland sicher fühlen.

Deshalb waren das richtige Worte. Sie haben – ich teile das – völlig korrekt, auch eine gewisse Verrohung unserer politischen Debatte in einen Zusammenhang mit diesem Ereignis gebracht. Das hat zur Empörung eines Teils des Deutschen Bundestages geführt. Den Kolleginnen und Kollegen der AfD will ich aber sagen: Herr Gauland hat die Gelegenheit verpasst, hier auch nur einen Satz zu den Entgleisungen auf Twitter zu sagen.

Auch aus Ihrer Mitte gab es keine Distanzierung. Hier gilt: Wer schweigt, stimmt zu.

Wenn Sie einen solchen Kollegen weiter einen Ausschuss des

Deutschen Bundestages leiten lassen, dann sagt das etwas über Ihren wahren Charakter aus.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben unsere Unterstützung bei der Linie, die Sie mit Blick auf den möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union skizziert haben. Wir haben – das haben Sie ausgedrückt – ein Interesse an intakten, an vitalen, an partnerschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien, auch über das Austrittsdatum hinaus. Aber – das verkennt die AfD -: Wir haben nicht nur ein Interesse an zukünftig guten Beziehungen zum Vereinigten Königreich, wir haben auch ein Interesse an der Integrität der Europäischen Union für die 27, die gerne bleiben wollen.

Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, teilen wir die Dinge, die Sie skizziert haben.

Die Türkei war ein Schwerpunkt Ihrer Rede – völlig zu Recht. Uns erreichen schockierende, erschütternde Bilder aus Syrien mit großen innenpolitischen Auswirkungen bei uns, weil auch der innere Frieden in unserem Land bedroht ist, weil auch neue Migrationsbewegungen zu erwarten sind. Der türkische Präsident hat sich in einer für die internationalen Beziehungen nicht akzeptablen Weise über den Bundesminister des Auswärtigen geäußert. Heiko Maas erfährt hier im Haus oft Kritik – nicht immer zu Unrecht. Aber wenn er von außen in dieser Weise angegriffen wird, dann stellen wir uns alle hinter ihn. So geht man mit einem deutschen Außenminister nicht um.

Frau Merkel, von Ihnen hätten wir uns in der Frage bezüglich der Türkei und Syrien mehr Klarheit gewünscht, als Sie sie heute geäußert haben. Wie klar waren die Äußerungen aus Deutschland bei

dem Völkerrechtsbruch Russlands auf der Krim? Wir sehen jetzt in Syrien dasselbe, nämlich eine völkerrechtswidrige Invasion einer islamistischen Präsidialdiktatur. Wir erwarten von Ihnen, Frau Merkel, dass Sie die völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Syrien klar ansprechen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir erpressbar geworden sind aufgrund der Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahre.

Der richtige Schritt wäre, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie jetzt einen Sondergipfel der NATO fordern, zusammen mit unseren Partnern in Frankreich und anderen in Europa. Es muss das Gespräch geführt werden mit Herrn Erdogan und Herrn Trump, wie die Region auf Dauer wieder stabilisiert werden kann. Da erwarten wir von Ihnen Führung im westlichen Bündnis.

Ob es in dieser Zeit tatsächlich richtig ist, in der eine Abhängigkeit von der Türkei im Raum steht, Initiativen zu ergreifen, wie die des Bundesinnenministers bei den Bootsflüchtlingsen, wage ich in Zweifel zu ziehen. Herr Innenminister, Ihnen ist es noch nicht gelungen, die Rückführung von sich illegal in unserem Land aufhaltenden Menschen korrekt und wirksam zu organisieren. Alle Zusagen, die Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben, haben sich in Wahrheit als haltlos erwiesen. Jetzt pauschal 25 Prozent der Bootsflüchtlingsen aufnehmen zu wollen, ist nichts anderes als Beihilfe zur Werbung für die illegalen Schlepperorganisationen. Von Ihnen hätten wir anderes erwartet.

Von Ihnen, Herr Seehofer, hätten wir erwartet, dass Sie wieder über die Hotspots in afrikanischen Transitländern unter Verantwortung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen sprechen. Von Ihnen hätten wir erwartet, dass Sie über europäischen Grenzschutz sprechen, Frontex nicht erst 2027 auf volle Mannstärke bringen, sondern bereits vorher. Von Ihnen hätten wir eine Initiative für eine hoheitliche Seenotrettung im Mittelmeer erwartet, und nicht pauschal eine Politik, der niemand im Europäischen Rat folgen wird.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben hier Bemerkenswertes über die Haushaltsplanung der Europäischen Union von 2021 bis 2027 gesagt. Man konnte heute in der „FAZ“ lesen, dass der deutsche Nettobeitrag von 13,5 Milliarden Euro im Jahr 2018 auf über 30 Milliarden Euro bis 2027 ansteigen kann. Sie haben heute das Wort von einem Rabatt in den Mund genommen. Sie haben gesagt, dass Sie bei Ihren Verhandlungen von einem 1-Prozent-Ziel der Wirtschaftsleistung als deutschem Beitrag ausgehen. Frau Bundeskanzlerin, diese Ihre Einschätzung teilen wir. Wie viel anders ist das aber als das,

was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben haben, wo Sie seinerzeit von sich aus als deutsche Koalition angeboten haben, mehr in die Europäische Union einzahlen zu wollen, ohne die Frage zu stellen, wofür? Da müssen doch unsere Partner in Europa irrewerden, wenn auf der einen Seite öffentlich angeboten wird: „Wir zahlen mehr“ und es kurze Zeit später dann heißt: Deutschland will einen Rabatt. – Das ist nicht die Verlässlichkeit und das Leadership, das andere von Ihnen in Europa erwarten und das wir von Ihnen erwarten. Eine klare Linie wäre notwendig.

Dann muss man auch die Frage stellen: Wie zukunftsfähig wird ei-

gentlich der Haushalt der Europäischen Union? Die SPD hat sehr präzise aufgenommen, was Sie gesagt haben. Den Gesichtsausdruck von Herrn Schulz, der das in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt hat, bei dieser Passage Ihrer Regierungserklärung hätten Sie sehen müssen.

Richtig ist aber, dass wir über die Strukturhilfen sprechen, die es gibt. Welche Bedeutung und welchen Erfolg haben die Struktur- und Regionalfonds eigentlich gehabt? Da müssen wir heran. Nicht pauschal mehr Geld für die Europäische Union zu geben, ist europafreundlich, sondern das Geld darauf zu konzentrieren, wo es einen wirklichen Mehrwert gibt, also Forschung, Außenpolitik, trans-europäische Netze, Grenzschutz und Innovation. Da erwarten wir von Ihnen Initiativen für einen anderen, einen zukunftsfesten Haushalt der Europäischen Union.

Zuletzt, Frau Bundeskanzlerin, haben Sie über den Klimaschutz und einen europäischen Green New Deal gesprochen. In welchem Zusammenhang steht aber das Klimapaket, das Sie gestern im Kabinett beschlossen haben, zu einer europäischen Klimapolitik? Sie widersprechen doch geradezu einem europäischen Einsatz. Wir haben seit Jahren, um nur ein Beispiel zu nennen, einen Zertifikatehandel im Flugverkehr.

Was macht die deutsche Regierungskoalition? Sie macht einen Alleingang im nationalen Rahmen mit einer Verteuerung des Flugverkehrs. Das Ergebnis wird der sogenannte Wasserbetteffekt sein. Falls tatsächlich in Deutschland weniger Menschen fliegen, dann wird es ab 2021 so sein, dass anderswo in Europa die CO₂-Zertifikate günstiger werden. Für das Weltklima erreichen Sie so nichts.

Das Einzige, das Sie erreichen, ist, dass die ganzen Regionalflughäfen mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ins schwere Fahrwasser geraten. Das ist der einzige Effekt, für das Klima nichts, nur wirtschaftliche Belastung.

Ich schließe, Frau Bundeskanzlerin, an dieser Stelle mit der Ent-

Wir haben ein Interesse an der Integrität der EU für die 27, die gerne bleiben wollen.

täuschung, dass gestern im Kabinett das Klimapakett beschlossen worden ist. Die CDU-Vorsitzende hatte einen nationalen Klimakonsens angekündigt. In ihrem Sommerinterview wurden parteiübergreifende Gespräche angekündigt.

Was wird daraus? Ein reguläres parlamentarisches Verfahren. Welche Autorität hat die CDU-Bundesvorsitzende eigentlich, wenn deren Ankündigungen belanglos sind?

Und welches Interesse haben Sie

eigentlich an einem parteiübergreifenden Konsens, der auch Regierungswahl und Legislaturperioden überdauert? Gerade in der Frage des Klimaschutzes wird es darauf ankommen, Leitlinien zu beschreiben, die länger als nur

zwei Jahre halten – also bis zur nächsten Bundestagswahl, die dann spätestens stattfindet – und die Planungssicherheit und Berechenbarkeit bis ins nächste Jahrzehnt gewährleisten. Es ist ein bedauerliches Versäumnis, dass Sie

das Angebot der Opposition in dieser Frage in den Wind geschlagen haben.

(Beifall bei der FDP)

Ralph Brinkhaus, CDU:

Den europäischen Wertekanon verteidigen



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Lieber Kollege Lindner, was für einen besseren Platz gibt es, um einen Konsens zu erzielen, als dieses Hohe Haus, den Deutschen Bundestag – dafür ist er da –, als den Vermittlungsausschuss und auch den Bundesrat? Insofern besteht hier, denke ich mal, kein Widerspruch.

Meine Damen und Herren, Europa ist eine Wertegemeinschaft. Wir haben uns einen Wertekanon über mehr als 3 000 Jahre erkämpft – blutig und mit vielen, vielen Opfern –, in dem wir heute zusammenleben. In diesem Wertekanon spielen die Würde des Menschen, Toleranz gegenüber Andersdenkenden und auch Andersgläubigen, Respekt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine große Rolle. Wir alle sind als Europäer aufgerufen, diese Rechte zu verteidigen. Wir machen das hier in Deutschland, aber auch sehr gerne, indem wir – teilweise zu Recht – auf andere Länder zeigen. Aber ich glaube, die schrecklichen Anschläge von Halle zeigen uns, dass wir auf uns selbst erst einmal zeigen müssen, wenn es darum geht, diesen europäischen Wertekanon zu verteidigen.

Ich will jetzt überhaupt nicht spekulieren, was den Attentäter von Halle zu dem gemacht hat, was er ist, und wer dafür verantwortlich war. Aber Fakt ist: Wir haben hier ein Klima – das ist eben schon gesagt worden – der Verrohung. Das fängt im Netz an und hört im Deutschen Bundestag auf. Oder ist es vielleicht auch umgekehrt, dass es hier anfängt und im Netz aufhört, meine Damen und

Herren?

Deswegen sind wir alle aufgerufen, uns klarzumachen – darin sollten wir uns einig sein -: Wir hier im Deutschen Bundestag haben eine ganz besondere Rolle. Wir haben eine Vorbildfunktion. Wenn wir nicht respektvoll und achtsam miteinander umgehen, wenn wir nicht die Worte wägen – denn aus Worten werden Taten, meine Damen und Herren -:

Wer soll es denn sonst machen? Das sollte uns hier in diesem Haus Verpflichtung sein.

Ich finde es sehr erstaunlich, dass genau an dieser Stelle jetzt Widerspruch vonseiten der AfD kommt; das können Sie an den Fernsehbildschirmen nicht hören. Aber es kam an dieser Stelle, nach dem eben von mir gesagten Satz Widerspruch von der AfD, meine Damen und Herren.

Wir sollten uns auch einig sein: Als wertegeleitete Europäer ist es unser aller Aufgabe, jüdisches Leben auf diesem Kontinent zu sichern.

In unserem wertegeleiteten Europa stehen wir nicht vor einer Zäsur, aber vor einem Neuanfang. Wir haben ein neues Parlament, und wir haben eine neue Kommission. Wir werden – die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen – über den mehrjährigen Finanzrahmen sprechen, im Zuge dessen wir festlegen werden, was unsere Prioritäten bis 2027 sein werden. Und ja, es ist so: Wir haben den Brexit. Ein Land tritt erstmals aus der Europäischen Union aus. – Jetzt ist die Frage: Was ist die Rolle des nationalen Parlamentes? Wir haben eine große Rolle als nationale Parlamente, vielleicht eine noch größere, weil die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament schwieriger geworden sind. Wir sind nicht nur der nationale Gesetzgeber, nein, wir haben auch eine europäische Verantwortung als Treiber im Prozess der europäischen Gemeinsamkeiten, aber auch – das ist uns ebenso aufgegeben worden – als Bremser dort, wo das Subsidiaritätsprinzip verletzt wird.

Wir sind die Anwälte unserer nationalen Bürgerinnen und Bür-

ger auf europäischer Ebene. Deswegen ist meine Fraktion entschlossen, noch mehr in Richtung Europa zu arbeiten, sich noch mehr in Brüssel mit unseren Fraktionskollegen aus den anderen nationalen Parlamenten zu vernetzen. Deswegen hat meine Fraktion ein Positionspapier erstellt, in dem wir ganz genau die Erwartungen an die neue Kommission, an Ursula von der Leyen aufschreiben. Ich möchte drei Dinge aus diesem Positionspapier herausgreifen.

Das Erste, was ich herausgreifen möchte – das ist so aktuell, wie es nur sein kann –, ist, dass wir beim Konflikt der Türkei mit Syrien festgestellt haben, dass es ganz, ganz schwierig ist, eine gemeinsame europäische Haltung dazu zu entwickeln. Wenn wir nicht in der Lage sind, eine gemeinsame europäische außenpolitische Haltung zu entwickeln, dann verzweigen wir uns, dann machen wir uns klein,

weil wir dann keine Rolle mehr spielen. Es reicht nicht, eine Haltung zu definieren; wir müssen auch unsere Interessen definieren. Und unsere Interessen liegen nicht nur in der Türkei und in Syrien, sie liegen beispielsweise auch auf dem Westbalkan; auch das hat die Bundeskanzlerin gesagt.

Und unsere Interessen liegen auch in Afrika.

Um unsere Interessen zu wahren, müssen wir handlungsfähig sein, und handlungsfähig können wir nicht sein, wenn die europäischen Regeln in der Außenpolitik so weitergelten wie bisher. Wir müssen wirklich hinterfragen, ob das Einstimmigkeitsprinzip nicht durch eine qualifizierte Mehrheit ersetzt werden muss.

Wir brauchen auch eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik; denn es ist eines der Kernelemente des europäischen Wertekansons, dass wir über Entwicklungspolitik versuchen, Frieden in dieser Welt zu stiften, soweit es uns möglich ist. Ja, aber

wir brauchen auch eine stärkere europäische Verteidigungspolitik. Wir sind der Meinung: Wir brauchen einen europäischen Sicherheitsrat. Wir sind der Meinung, dass die europäischen Armeen mehr kooperieren müssen. Ja, wir sind auch der Meinung: Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Rüstungsprojekte.

Nur, meine Damen und Herren, das bedeutet, dass am Ende des Tages nicht alles nach deutschen Maßstäben und Regeln ablaufen kann. Wenn wir das europäisch regeln, dann müssen wir an der einen oder anderen Stelle Abstriche machen bei Dingen, die uns wichtig und lieb sind. Das beinhaltet der Kompromiss. Der erste Punkt ist also die Erwartung an die neue Kommission, eine gemeinsame Außenpolitik zu entwickeln.

Der zweite Punkt ist: Wir müssen eine gemeinsame Zukunftspolitik machen. Wir brauchen einen Schwerpunkt in der Europäischen Union auf Innovation, auf Technologie. Wir brauchen einen gemeinsamen europäischen Digitalmarkt. Wir müssen sehr viel, viel mehr machen im Bereich der künstlichen Intelligenz. Und weil das in dieser Woche aktuell ist: Wir brauchen eine große Kooperation im Bereich Ausbildung, insbesondere im Bereich der beruflichen Ausbildung. Das sind nur einige Punkte, die wir formuliert haben und die unseren Kontinent zukunftsfähig machen.

Wir brauchen auch eine gemeinsame europäische Entwicklungspolitik.

Der dritte große Punkt – ihn haben wir an den Anfang unseres Positionspapiers gestellt, und er spielt auch bei Ursula von der Leyen eine ganz wichtige Rolle – ist das Thema Klima und Umwelt. Ja, wir haben einiges in Deutschland auf den Weg gebracht – ich weiß, darüber wird diskutiert –, was wir übrigens mit einer bemerkenswerten Geschwindigkeit – das ist jetzt an die Adresse der Bundesregierung gerichtet – umsetzen. Jede Woche setzen wir um, was wir am 20. September beschlossen haben. Es gibt natürlich Menschen, die sagen: Was nützt es, wenn ihr das alleine auf deutscher Ebene macht? Wir brauchen eine europäische Lösung. – Und genau diese europäische Lösung ist von Ursula von der Leyen skizziert worden. Kern dieser europäischen Lösung ist zum Beispiel, dass der Zertifikate-

handel auf die Non-ETS-Bereiche, nämlich Mobilität, Gebäude und Wärme, ausgedehnt wird.

Deswegen ist es richtig, dass in unserem Konzept der Zertifikatehandel steht; denn er ist in Europa anschlussfähig. Ich glaube, das muss unser Ansinnen sein, meine Damen und Herren.

Das, was wir inhaltlich wollen, ist das eine. Das andere ist – auch darüber wird bei diesem europäischen Gipfel gesprochen –: Wie wird das finanziell verankert? Es wird finanziell verankert in einem mehrjährigen Finanzrahmen. Das ist anders als bei uns hier im Bundestag. Wir werden uns auf die Eckpunkte der nächsten sechs oder sieben Jahre festlegen. In diesem mehrjährigen Finanzrahmen können wir Prioritäten setzen. Wir können die Prioritäten so setzen, dass wir jedem etwas geben, damit er irgendwie politisch befriedet ist. Wir können diesen Finanzrahmen so setzen, dass wir jedem etwas geben, der Strukturen erhalten will. Oder wir können diesen Finanzrahmen so setzen, dass wir ihn konsequent auf Zukunft ausrichten. Und das muss doch unser Ansatz sein. Europa muss ein Zukunftsprojekt sein und kein Projekt, das den Nachlass verwaltet, das irgendwie bewahrt. Dementsprechend müssen unsere Schwerpunkte im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik liegen, müssen unsere Schwerpunkte im Bereich Technologie und Innovation liegen, müssen unsere Schwerpunkte in diesem mehrjährigen Finanzrahmen im Bereich Klima, Umwelt und Ökologie liegen. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden darauf achten, dass genau das im mehrjährigen Finanzrahmen enthalten ist.

Jetzt ist es so, liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, dass wir den Weg mit einem dicken Ziegelstein im Rucksack gehen: Und das ist der Brexit. Wir hätten uns gewünscht, Frau Bundeskanzlerin, dass wir heute schon weiter gewesen wären; aber es ist nicht so. Ich habe noch mal nachgeschaut, was wir uns aufgeschrieben haben, als der Brexit-Prozess begonnen hat. Wir haben gesagt: Wir wollen respektvoll mit den Briten verhandeln, weil sie immer unsere Freunde waren, sind und auch bleiben werden. Wir wollen deswegen respektvoll mit den Briten umgehen, weil sie

Fortsetzung auf nächster Seite

uns in ihren Werten und Einstellungen sehr nahe sind. Wir wollen deswegen respektvoll mit den Briten umgehen, weil es auch nach dem Brexit viele, viele Arten der Zusammenarbeit geben wird und geben muss. Daran haben wir uns, meine Damen und Herren, auch gehalten. Ich kann seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nur ein Lob an Michel Barnier aussprechen. Wir sind in diesem Prozess fair geblieben – das ist überhaupt keine Frage –, wir sind als

Europäer zusammengeblieben, wir haben uns nicht aufspalten lassen. Das war nicht selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, wir haben – und das gehört zur Fairness dazu – auch gesagt: Es wird kein Rosinenpicken geben, sondern wer die Belastungen trägt, der hat auch den Vorteil. Und es kann nicht sein, dass jemand Vorteile aus dieser Europäischen Union hat, der die Belastungen nicht trägt.

In meiner ersten Rede zu diesem Thema habe ich eine Sache gesagt – die hat uns getragen und trägt uns auch heute noch –, nämlich dass es keine Lösung geben kann, die das Karfreitagsabkommen infrage stellt, dass es keine Lösung geben kann, die aus Nordirland wieder einen Platz von Krieg und Terror macht.

Das muss uns, meine Damen und Herren, auch leiten, und das sind ja auch die Knackpunkte, über die noch geredet wird. Und

ich glaube, es ist richtig, dass wir uns die Zeit dafür nehmen, darüber zu reden; denn da jetzt etwas Falsches zu machen, hätte fürchterliche Folgen.

Damit komme ich zum Anfang meiner Rede zurück. Ich habe gesagt: Europa ist ein Werteprojekt; das ist überhaupt keine Frage. Aber Europa ist auch – und das sehen wir wieder einmal am Beispiel Nordirland und Irland – immer noch das größte und erfolgreichste Friedensprojekt der

Menschheitsgeschichte.

Deswegen ist es gut und deswegen ist es richtig, dass wir – wie vor jedem Europäischen Rat – hier heute darüber debattieren, damit wir uns vergewissern und uns daran erinnern, wie wichtig dieses Europa für den Frieden auf diesem Kontinent ist.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Flüchtlingsabkommen ist das Erpressungsmaterial



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ich will zunächst ganz kurz Bemerkungen zu den schrecklichen Ereignissen in Halle machen: Ich danke dem Bundestagspräsidenten für seine Worte. Ich finde es richtig und vernünftig, dass wir im Anschluss an diese Regierungserklärung und die entsprechende Debatte eine vereinbarte Debatte dazu haben. Ich schließe mich den Einschätzungen des Kollegen Rolf Mützenich ausdrücklich an, will aber an uns alle appellieren, dass wir eine Verantwortung tragen, und sagen, dass ich mir vor allen Dingen wünsche, dass sich diese Verantwortung dann auch in den anstehenden Haushaltsberatungen zeigt, wo wir Projekte, die gegen Rechtsextremismus sind, eben nicht kürzen, sondern aufstocken sollten, meine Damen und Herren.

Zum Europäischen Rat: Ich habe der Bundeskanzlerin aufmerksam zugehört, und mir ist aufgefallen, dass ihre Worte den Reden in den vergangenen Jahren sehr, sehr ähnlich waren. Es geht wieder um das Thema Irland/Nordirland. Es geht um die Zollfrage. Wir sind auf einem besseren Weg, aber noch nicht am Ziel. Das alles ist mehrfach gesagt worden, und wir können nur feststellen, die Farce – als die ich all das bezeichne – zieht sich inzwischen schon drei Jahre hin. Es gibt allerdings eine

gewaltige Veränderung, und das ist die Tatsache, dass inzwischen Boris Johnson Premierminister ist. Er hat offensichtlich eine eigene heilige Mission, und das ist die, Premierminister Boris Johnson zu sein.

Die hat er erfüllt. Und ich kann nur feststellen: Das ist jemand, der noch 2009 in der Parteifamilie der Union war. Da sieht man, wie schnell das geht: vom Konservativen zum Rechtspopulisten.

Und ich wünsche mir, Frau Merkel, dass Sie aufpassen, dass das bei Ihrer Partei nicht auch passiert. Das wäre zumindest günstig.

Bei den Treffen, meine Damen und Herren, geht es natürlich nicht nur um den Brexit, sondern es geht um die langfristige strategische Ausrichtung der Europäischen Union, es geht um zentrale Weichenstellungen. Wir alle wissen und sehen, dass sich die Europäische Union in einer ihrer schwersten Krisen befindet.

Und, Herr Brinkhaus, EU als Friedensprojekt – ja, sehr gut; aber es zeigt sich doch aktuell am Umgang mit der Türkei, in welcher dramatischer Krise wir uns befinden. Während wir hier reden, rollen Panzer von der Türkei nach Syrien. Jahrelang wurde – auch von hier – der Türkei immer wieder signalisiert, dass sie kulturell nicht zur EU passe. Damit haben wir bzw. Sie auch die säkularen und demokratischen Kräfte in der Türkei im Stich gelassen.

Frau Bundeskanzlerin, ich teile ja Ihre Sicht und Ihre Auffassung, die Aufrufe an Erdogan.

Das ist ja insoweit okay. Aber man muss eines auch erwähnen: Sie haben Herrn Erdogan und die Entwicklung ja leider, leider unterstützt. Ich will da nur an Ihre Reise vor dem entscheidenden Verfassungsreferendum Anfang 2017 erinnern. Damit haben Sie faktisch Wahlhilfe für Erdogan geleistet. Das gehört auch zur Wahrheit da-

zu.

Jetzt, im Herbst des Jahres 2019, zeigt sich ohne jeden Zweifel: Erdogan ist ein Diktator mit Großmachtfantasien, der einen völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Krieg führt. Meine Damen und Herren, der Mann hält sich nicht an internationale Absprachen, er hält sich nicht an geltendes Recht. Mir ist eines nicht klar: Warum sind Sie als Bundesregierung eigentlich so ängstlich? Warum trauen Sie sich nicht einmal, das als völkerrechtswidrig zu bezeichnen?

Ich kann Ihnen sagen, warum das so ist: Das Flüchtlingsabkommen ist das Erpressungsmaterial, meine Damen und Herren. Das Flüchtlingsabkommen versorgt Ankara mit Milliarden, damit Sie Ihre Verantwortung in der EU gegenüber den Menschen, die flüchten, nicht wahrnehmen müssen. Das ist die Wahrheit.

War es nicht mal Staatsräson, sich nicht erpressbar zu machen? Wir sind erpressbar, und das ist überhaupt nicht zu akzeptieren, meine Damen und Herren.

Weiterhin ist es so, dass Erdogan mit Rüstungsgütern versorgt wird. Seit 2000 sind für 1,75 Milliarden Euro Waffen an die Türkei geliefert worden. 2018 und 2019 war die Türkei der größte Abnehmer deutscher Waffenexporte, und bis Ende August dieses Jahres ist wiederum der höchste Anteil von Deutschland geliefert worden. Das nennen Sie restriktiv? Nein, das ist überhaupt nicht restriktiv. Die Wahrheit ist, dass der Angriffskrieg gegen die Kurden in Nordsyrien eben auch mit deutschen Panzern geführt wird. Diejenigen, die das genehmigt haben, sollten keine Nacht mehr schlafen können!

Und die Verantwortlichen in den Rüstungskonzernen, die blutige Profite verdienen, sollten ebenfalls nicht schlafen können, weil sie nämlich an diesem Wahnsinn beteiligt sind.

Meine Damen und Herren, es sind die Kurden – und im Übrigen vor allen Dingen die Kurdinnen und Kurden die an Erdogan ausgeliefert worden sind. Das sind diejenigen, die die Jesiden zu einem großen Teil vor Tod und Versklavung bewahrt haben. Das sind diejenigen, die tapfer gegen den IS gekämpft haben. Das ist die Wahrheit. Und wenn jetzt der Generalkommandant Mazlum Kobane wegen des Schutzgesuches an Syrien sagt: „Wenn wir zwischen Kompromissen und Genozid an unserem Volk entscheiden müssen, entscheiden wir uns natürlich für das Leben unserer Menschen“, müssen diese Worte doch alle mehr als nachdenklich machen. Deswegen erwarte ich nicht nur, dass keine Waffenexporte in die Türkei mehr genehmigt werden, sondern insbesondere, dass es einen sofortigen Exportstopp gibt.

Keine einzige Waffe darf mehr an die Türkei geliefert werden, meine Damen und Herren! Das setzen Sie mal beim EU-Gipfel durch!

Die Situation ist in Wahrheit jedoch eine völlig andere. Die Bundesregierung hat Anfang der Woche die Weisung ausgegeben, dass ein europäisches Waffenembargo an die Türkei zu verhindern ist. Das ist doch unfassbar, meine Damen und Herren! Sie bremsen faktisch ein hartes Vorgehen, obwohl wir viel härter vorgehen müssten, ob es nun Hermesbürgschaften sind, ob es das Einfrieren von Vermögen ist oder, oder, oder.

Und eines will ich noch sagen: Wir sind mit der Bundeswehr in einer gemeinsamen Mission beim Einsatz Counter Daesh. Da sind auch vier Aufklärungstornados in Absprache mit der Türkei unterwegs. Können Sie eigentlich garantieren, dass diese Aufnahmen, diese Bilder jetzt nicht im Krieg

gegen die Kurdinnen und Kurden genutzt werden? – Wir dürfen diesen Einsatz auf gar keinen Fall verlängern, meine Damen und Herren!

Das wäre mal eine Ansage, die deutlich macht, wo die Bundesregierung steht.

Ich will gleich noch eine Bemerkung anschließen – was ich selten mache – zu einem Entschließungsantrag von uns. Da geht es um die Aufnahme unbegleiteter Flüchtlingskinder, die in Griechenland aktuell unter schlimmsten Bedingungen leben müssen – leben kann man gar nicht sagen. Setzen Sie sich bitte bei der Europäischen Union dafür ein, dass es eine humanitäre Lösung für diese Kinder gibt. Das ist doch das Mindeste, was da morgen rauskommen kann. Es sind gar nicht so viele. Bitte klären Sie das, Frau Merkel.

Wir stehen vor Riesenherausforderungen. Es ist so, dass die Kommission immer noch nicht eingesetzt werden kann. Und interessanterweise ist das Verhältnis Deutschland-Frankreich jetzt doch vielfach belastet. Da geht es um die Beitritte. Herr Macron macht Frau von der Leyen verantwortlich, dass die französische Kandidatin nicht gewählt worden ist. Also, der deutsch-französische Motor stockt offensichtlich sehr. Damit steht auch die Politikfähigkeit der EU infrage. Eines aber ist wiederum komisch: Ausgerechnet bei Rüstungsexporten kriegten Sie gestern eine Lösung hin, nämlich dass 20 Prozent auch deutscher Rüstungsgüter zum Beispiel nach Saudi-Arabien reingehen können. Das ist doch unfassbar, dass es bei Rüstung immer klappt, aber bei den wichtigen Sachen – Kommissionsbesetzung und, und, und – klappt es nicht, meine Damen und Herren.

Wir wollen, dass es endlich ein Europa gibt, das auch sozial ausgerichtet ist, wo wirklich Interessen, die den Menschen entsprechen, wahrgenommen werden. Setzen Sie sich dafür ein, Frau Bundeskanzlerin! Dann können wir Sie auch partiell unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Seit 2000 sind für 1,75 Milliarden Euro Waffen an die Türkei geliefert worden.

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Weit entfernt von einer starken, handlungsfähigen EU



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Der Täter des schrecklichen antisemitischen Anschlags in Halle mag bei dieser Tat alleine gehandelt haben; aber er war Teil eines rechts-extremen Netzes aus Hass und Hetze, das auch im Internet besteht.

Es ist bereits erwähnt worden: Wenn darauf hingewiesen wird, welche Tweets aus den Reihen der Fraktion der AfD abgesetzt werden – und das verdeutlicht noch mal,

wie problematisch Sie sind –, dann empören Sie sich nicht über Ihren Kollegen, der die antisemitischen Tweets absetzt, nein, Sie empören sich darüber, dass darauf hingewiesen wird, dass antisemitische Tweets aus Ihren Reihen abgesetzt werden. Das zeigt das wahre Gesicht der AfD. Das zeigt, dass die AfD eben keine demokratische Partei ist.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich persönlich weiß nicht, mit welchen Erwartungen Sie nach Brüssel fahren. Aber angesichts des schwachen Beitrags, den Ihre Bundesregierung zur Lösung vieler Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, leistet, kann ich Ihnen nur sagen: Ich erwarte von Ihrem Beitrag nicht besonders viel. – Wir haben ja eine ganze Reihe von Problemen: außenpolitische Krisen wie in Syrien mit dem völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei, den Brexit, die Herausforderungen, die sich aus der Klimakrise ergeben. Für all dies bräuchten wir eine starke, ei-

ne handlungsfähige Europäische Union. Davon sind wir leider noch weit entfernt. Und, Frau Bundeskanzlerin, von Ihrer Regierung kommt viel zu wenig, um dies zu ändern.

Frau Merkel, Sie haben hier zwar schöne Worte gefunden, geradezu eine Lyrik des Haushaltes vorgetragen, aber Ihre Bundesregierung blockiert und verhindert, dass die EU die Finanzmittel bekommt, die sie zur Lösung der Probleme braucht.

Deswegen sage ich: Hören Sie auf, hier schöne Worte zu finden, sondern beenden Sie endlich die Blockade.

Frau Merkel, wir würden uns einfach sehr wünschen, dass Sie mit dazu beitragen, dass die Europäische Union außenpolitisch handlungsfähig wird. Die Europäische Union ist ja außenpolitisch auch deshalb nicht handlungsfähig, weil sie durch den Deal mit dem Autokraten Erdogan erpressbar ist. Inzwischen bemüht sich ja sogar Herr Seehofer darum

– selbst Herr Seehofer! –, dass wir eine Verteilung der Geflüchteten in Europa hinbekommen.

Doch was macht die FDP, was macht Herr Lindner? Anstatt das zu unterstützen und damit die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu verbessern, greift Herr Lindner Herrn Seehofer von rechts an.

Das ist skandalös und zeigt, wie wenig die FDP die geopolitischen Herausforderungen begriffen hat.

Frau Merkel, was wirklich notwendig wäre, ist, dass Sie deutlich machen, dass der Angriff der Türkei in Nordsyrien völkerrechtswidrig ist, dass Sie sich endlich trauen, das zu sagen; denn schon Ihr Handeln bzw. Nichthandeln bezüglich Afrin hat die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Türkei wieder in syrische Kurdengebiete einmarschiert.

Frau Merkel, Sie haben etwas zu den großen Herausforderungen, die sich aus der Klimakrise ergeben, gesagt. Sie haben gesagt, dass die Kommission handeln will und bis 2050 das Ziel der Klimaneutralität erreichen will. Sie haben aber nicht gesagt, ob die Bundesregierung das unterstützt. Ich erwarte, dass die Bundesregierung das unterstützt. Vor allem erwarte ich, dass Sie es unterstützen, dass die 2030-Ziele angeschärft werden; denn ein Anschärfen der

2030-Ziele ist notwendig, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 überhaupt zu erreichen.

Frau Bundeskanzlerin, schauen wir uns einmal Ihr Klimapäckchen an: Mit diesem Klimapäckchen werden Sie nicht Ihre eigenen 2030-Ziele erreichen, damit werden Sie nicht das Pariser Klimaschutzabkommen erfüllen, und damit werden Sie ganz sicher auch keine angeschärften 2030-Ziele erreichen. Deswegen sage ich: Sorgen Sie endlich für wirksamen Klimaschutz. Was wir brauchen, ist eine Bundesregierung, die europapolitisch handlungsfähig ist, eine Bundesregierung, die sich endlich traut, klimapolitisch zu handeln, und nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner verharrt.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Martin Schulz (SPD), Petr Bystron (AfD), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Dr. Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen), Detlef Seif (CDU/CSU) sowie Jürgen Hardt (CDU/CSU).

Vereinbarte Debatte zur Bekämpfung des Antisemitismus / 118. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2019

Horst Seehofer, CSU, Bundesminister für Inneres, Bau und Heimat:

Juden sollen ohne Bedrohung und Angst leben können



Horst Seehofer (*1949)
Bundesminister

Ich möchte mich zuerst beim Bundestagspräsidenten für seine Worte heute bedanken, weil ich glaube, dass sie ein sehr wichtiges, auch geistiges Fundament für unsere Debatte heute sind.

Ich kann ihm zustimmen – muss ihm leider zustimmen –, dass der Antisemitismus in Teilen unserer Gesellschaft verankert ist, mit wachsender Bedeutung für die Sicherheitsbehörden, dass die Thematik Antisemitismus insbesondere in der rechtsextremistischen Szene ein bedeutendes Bindeglied darstellt, ebenfalls mit großen Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden verbunden, und dass die Sicherheitslage, was den Antisemitismus, den Rechts extremismus und den Rechtsterrorismus angeht, in unserem Lande sehr ernst ist. Wir dürfen andere Bereiche deshalb nicht aus dem Blick verlieren, aber ich weise seit Monaten darauf hin, dass wir in unserem Lande eine hohe Gefährdungslage auf diesem Feld haben.

Das zu sehen, ist wichtig für unsere Debatte. Wir diskutieren nicht nur über dieses verabscheuungswürdige Verbrechen in Halle, sondern über eine Gesamtentwicklung in unserem Lande, übrigens auch mit durchaus beachtlichen internationalen Vernetzungen.

Aus diesem Grunde möchte ich heute einige Punkte nennen – insgesamt sechs –, über die wir in der Koalition einig sind, dass wir sie jetzt zügig angehen, nach Möglichkeit schon in der nächsten Woche. Morgen habe ich die Innenminister der Bundesländer hier in Berlin zu Gast, um auch mit den Bundesländern diese Punkte zu besprechen. Ich nehme an, dass die Wahrscheinlichkeit, dass wir uns auf diese Punkte verständigen, sehr, sehr hoch ist.

Denn jetzt kommt es darauf an, dass wir nach dieser Betroffenheit, nach dieser Trauer, nach diesem Leid den Worten, die wir als Politiker gebraucht haben, auch wirklich Taten folgen lassen. Das ist jetzt die Aufgabe der Stunde.

Ich habe bereits in meiner früheren Verwendung als Ministerpräsident in Bayern immer wieder die Freude über das Glück zum Ausdruck gebracht, dass wir in vielen Städten und Gemeinden Deutschlands wieder blühendes jüdisches Leben haben.

Das war übrigens – das kann man heute gesichert sagen – das Hauptziel des Täters, nämlich – in seinem Sprachgebrauch – so viele Menschen, so viele Juden zu ermorden wie nur möglich. Und wenn die Tür der Synagoge ihn nicht daran gehindert hätte, dann hätten wir ein Blutbad erlebt. Daran kann es keinen Zweifel geben.

Weil wir wieder blühendes jüdisches Leben haben, müssen wir – das ist mein erster Punkt – alles Menschenmögliche tun, um jüdische Einrichtungen in Deutschland durch Polizei und durch bau-

liche Maßnahmen besser zu schützen, als das heute der Fall ist.

Da gefällt mir auch nicht die Diskussion über die Frage, wer zuständig ist. Natürlich sind immer die Länder dafür zuständig, festzulegen, welche Schutzmaßnahmen wo ergriffen werden. Aber ich möchte mich morgen bemühen, dass wir zu einer gemeinschaftlichen Aktion von Bund und Ländern kommen, um diesen Schutz zu gewährleisten.

Das Zweite ist: Die Sicherheitsbehörden arbeiten auch heute schon hoch motiviert und hoch qualifiziert an der Bekämpfung der antisemitischen Straftaten und aller anderen Alltagsvorfälle, die auch abscheulich sind. Sie sind sensibel und aufmerksam. Aber wir müssen sie – sowohl das Bundeskriminalamt als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz – massiv organisatorisch und personell stärken. Dafür bitte ich das ganze Haus um Unterstützung bei dem Haushalt für das nächste

Fortsetzung auf nächster Seite

Jahr, der jetzt ansteht.

Wir können ja nicht so verfahren, dass wir zur Bekämpfung des Rechtsterrorismus mehr Personal einsetzen und die Organisationen stärken und deshalb woanders, wo auch Gefährdungen sind, Personal abbauen. Das Personal kann nur zusätzlich sein. Also so zu handeln, wie man es in der Verwaltung oft macht – wir stocken den einen Bereich auf, indem wir den anderen reduzieren –, wird hier nicht möglich sein. Ich habe mich selbst sehr in diese Zukunftskonzeption reingekniet. Wir brauchen für die Bekämpfung der rechtsextremen Szene die gleichen Einheiten, wie wir sie für die Bekämpfung des islamistischen Terrors über die Jahre aufgebaut haben. Und das geht nur mit zusätzlichem Personal, einigen Hundert Stellen. Es gibt große zusätzliche Aufgaben für die Behörden. Wir werden morgen mit den Vertretern der Bundesländer darüber reden, dass auch die Bundesländer in diese Richtung ihre Kapazitäten aufbauen und dass wir zu einer engsten Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden kommen.

Die ganz große Herausforderung besteht darin, dass wir es nach jetzigem Erkenntnisstand mit frustrierten Einzeltätern zu tun haben, potenziellen Einzeltätern. Früher hat man eine Partei beobachtet, und wenn es keine Auffälligkeit gab, dann wurde nichts veranlasst. Im Unterschied dazu haben wir es heute mit frustrierten Einzeltätern zu tun, die außerhalb der Öffentlichkeit und ohne zunächst erkennbare Verbindungen zu irgendjemandem so einen Frust, so eine Gewaltbereitschaft aufbauen. Diesen einzelnen Personen und ihren Verbindungen in Deutschland, aber auch international auf die Schliche zu kommen, ist eine gewaltige neue Aufgabe für die Sicherheitsbehörden. Aber wenn wir glaubwürdig bleiben wollen gegenüber der Bevölkerung, müssen wir diesen schwierigen Weg gehen; er ist anspruchsvoll.

Ich war in Halle. Dort hat ein junger Bürger in die ganze Stille hinein einen Satz gerufen, der für mich wie ein Stich ins Herz war: Ihr könnt uns nicht schützen! – Der Satz geht mir seit dem Zeitpunkt nicht mehr aus dem Kopf. Ich habe Verständnis für das Gefühl. Die ganze Stadt ist aufgewühlt; der Täter hat ja richtig gewütet, auf völlig unbeteiligte Passanten geschossen, sie bedroht. Und dieser junge Mann rief: Ihr könnt uns nicht beschützen! – Das ist für uns alle ein Auftrag:

Wir wollen jetzt nicht einen Polizeistaat. Wir wollen starke Sicherheitsbehörden.

dass dieser Satz nicht mehr notwendig ist.

Deshalb: Wir wollen jetzt nicht einen Polizeistaat. Wir wollen starke Sicherheitsbehörden, die auf der Grundlage unseres Rechts unsere Bürger schützen.

Das Dritte ist: Wir brauchen eine Meldepflicht für die Anbieter im Internet – Stichwort „Hassparolen“. Ich habe es in meiner ganzen politischen Laufbahn noch nie erlebt, dass, wie im Fall Lübke, über eine so lange Zeit das Opfer im Internet verhöhnt und der Täter gefeiert wird.

Das ist die Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb brauchen wir eine Meldepflicht betreffend das Bundeskriminalamt für die Provider, für die Anbieter, immer dann, wenn Straftatbestände im Internet verwirklicht sind, damit diese Dinge dann auch strafrechtlich verfolgt werden können.

Die Justizministerin wird ja selber noch sprechen. Ich bin ihr sehr dankbar dafür, dass wir in dieser Grundhaltung übereinstimmen. Ich glaube, da können wir sehr viel erreichen.

Wut und Hass sind immer die Vorstufe zu einer Gewalttat. Lieber Herr Gauland, Sie reden nach mir. Alexander Dobrindt hat das Beispiel des Tweets genannt, in dem es heißt, dass wir dort, wo die Menschen um ihr Leben gefürchtet haben, „rumlungern“. Ich war in der Synagoge, wo man die Kinder und die Frauen in einer Wohnung oberhalb der Synagoge in Sicherheit gebracht hat, weil man über den Bildschirm alles mitverfolgt hat. Ich fordere Sie einfach auf: Distanzieren Sie sich von solchen Äußerungen!

Wir prüfen viertens mit Hochdruck Vereinsverbote von rechtsextremistischen Vereinen. Wir machen dies auf dem Boden des Rechtsstaates, das heißt, wir brauchen auch die Zusammenstellung der entsprechenden Beweismittel. Aber glauben Sie mir: Wann immer es rechtsstaatlich möglich ist, werden wir solche Verbote aussprechen.

Wir müssen fünftens das Waffenrecht und das Sprengstoffrecht in den Blick nehmen. Wir müssen viel stärker an jene heran, die Waffenbesitzkarten haben und gleichzeitig in rechtsextremen Vereinigungen sind. Und wir müssen bei der Ausstellung von neuen Waffenscheinen oder Waffenbesitzkarten sehr viel stärker hinschauen, ob diese Personen in Verbindung mit rechtsextremistischen oder terroristischen Vereinigungen stehen.

Es kann nicht angehen, dass ein Auto – wie in diesem Fall – bis

zum Dach mit Sprengmitteln beladen ist, dass ein Täter vier verschiedene Waffen dabei hat, dass er sich in Serie die Einzelteile der Waffen bestellt, obwohl der Besitz jedes Einzelteils nach dem geltenden Recht eine Waffenbesitzkarte voraussetzen würde, und dass wir dann sagen: Wir lassen beim Sprengstoffrecht und beim Waffenrecht alles so, wie es ist. – Wir müssen daran arbeiten.

Der letzte Punkt in diesem Sofortpaket, wenn ich es mal so nennen darf, ist die Prävention. Wir werden uns – das habe ich mit Frau Giffey vereinbart – mit Spezialisten auf diesem Feld aus ganz Deutschland und mit dem Zentralrat der Juden zusammensetzen. Wir haben viele Präventionsprogramme; wir führen sie auch fort. Trotzdem müssen wir auch hier schauen: Sind wir auf der Höhe der Zeit, um an die Menschen ranzukommen, von denen ich gerade sprach und die wir in unsere demokratische Gesellschaft zurückholen wollen?

Das sind die sechs Punkte, die ich Ihnen für heute mitteilen möchte – auf dem Fundament, dass wir eine sehr ernste Lage haben, was den Rechtsextremismus

in unserem Lande angeht. Das ist keine Panikmache, das belegt die Entwicklung der Straftaten. Das sehen Sie durch den Antisemitismus im Alltag. Und das sehen wir als Sicherheitsbehörden durch eine große Gewaltbereitschaft und eine hohe Waffenaffinität in dieser Szene. Ich bitte den Bundestag hier um Unterstützung. Wir brauchen da und dort die entsprechenden Finanzmittel und auch die rechtlichen Änderungen.

Ich will Ihnen noch sagen: Ich habe mein ganzes politisches Leben auch in den Dienst der Bekämpfung von Rechtsextremismus gestellt. Als Ministerpräsident habe ich sehr dafür gesorgt, dass die Juden geschützt sind und ein blühendes Leben gedeihen kann. Ich gehörte zu den Ministerpräsidenten, die das NPD-Verbot anführender Stelle betrieben haben, weil ich mir Beweismaterialien angeschaut habe, nämlich die Schießübungen auf lebende Politiker am Wochenende durch solche Kräfte. Das alleine hätte für mich ausgereicht, um eine Organisation zu verbieten. Es ist eigenartig, aber es war so: Ich hatte exakt für den Tag des Anschlages zu einer Antisemitismuskonferenz

in meinem Hause eingeladen. Sie musste natürlich abgesagt werden; wir werden sie zeitnah nachholen. Es ist einfach eine Grundüberzeugung von mir. Das wollte ich dem Parlament noch mitteilen.

Wir alle sollten dafür kämpfen, dass Menschen unterschiedlicher Konfessionen, unterschiedlichen Glaubens in diesem Lande friedlich und sicher zusammenleben können.

Wenn wir das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nicht gewährleisten können, dann geben wir die Grundlagen unserer freiheitlichen Grund- und Rechtsordnung preis.

Die Bürger erwarten – das sagte ich bereits –, dass wir sie schützen. Ich wie auch alle Vertreter der Bundesregierung werden alles dafür tun, dass Juden in unserem Lande ohne Bedrohung und ohne Angst leben können.

Das verbirgt sich hinter dem Satz: Nie wieder! Nie wieder, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Dissens bei der Bewertung der Ursachen des Amoklaufes



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Herr Bundesminister, solange ein Mitglied der Bundesregierung sagen kann, die AfD sei der politische Arm des Rechtsterrorismus, entschuldige ich mich hier für nichts. Sie müssten damit anfangen.

Meine Damen und Herren, dass in Deutschland im Jahre 2019 Juden in ihrem Gotteshaus Todesängste ausstehen müssen, ja, da gebe ich Ihnen recht, das ist ein ungeheurer Skandal. Ein Angriff auf eine Synagoge in Deutschland, das darf nicht sein.

Juden müssen mit Kippa und Davidstern durch deutsche Städte laufen können, ohne dass sie be-

schimpft und attackiert werden.

Wenn das nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, hat sich dieses Land zu fragen, ob es noch zivilisiert ist.

Das müsste der Minimalkonsens sein.

Wenn es aber einen Minimalkonsens gibt, dass so etwas nie wieder passieren darf, so herrscht bei der Bewertung der Ursachen jenes Amoklaufes ein gewaltiger Dissens.

Für alle Parteien außer uns scheint klar zu sein, dass wir ein sogenanntes Klima geschaffen haben, in dem solche Taten möglich sind.

Ich gestatte mir an dieser Stelle einmal die Frage, wer denn das Klima geschaffen hat, das den Anschlag vom Breitscheidplatz möglich gemacht hat.

Ist es nicht merkwürdig? Wenn ein Islamist tötet, werfen Sie uns vor, wir würden die Tat instrumentalisieren, wenn ein Rechtsextremist tötet, dann sind wir diejenigen, die das Klima geschaffen hätten, in dem solche Taten passieren.

Wir sind praktisch immer schuld. Das müssen Sie sich einmal überlegen.

Es gibt aber nicht nur ein nebulöses geistiges Klima, für das wir verantwortlich sein sollen, sondern auch konkrete Zustände. Man kann nüchtern feststellen, dass es seit der Ausrufung der Willkommenskultur 2015 zu einer gewaltigen Radikalisierung und Spaltung der gesamten Gesellschaft gekommen ist.

Für diese allgemeine Radikalisierung haben jene die Ursache gesetzt, die in einem historisch beispiellosen Akt mehr als 1,5 Millionen unserer Kultur fremder Menschen ins Land gelassen haben.

Das alles mindert selbstredend in keiner Weise die Schuld des Banditen von Halle. Aber nicht wir haben die Lage zu verantworten, in welcher sich unser Land befindet. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, sich an der Wahlurne eine andere Politik zu wünschen. Eine solche machen wir auch.

Die beispiellose Hetze, mit der meine Partei in den vergangenen Tagen überzogen wurde, war der erwartbare Versuch, uns eine Mitschuld zu geben.

Meine Damen und Herren, wo war Ihre spontane Mahnwache

nach dem Anschlag am Breitscheidplatz, wo übrigens auch Juden unter den Opfern waren? Ein Jahr lang haben Sie den Opfern weder persönlich noch schriftlich kondoliert.

Wo war die Mahnwache, als das jüdische Mädchen Susanna von einem sogenannten Flüchtling ermordet wurde?

Im Übrigen hielten Sie, Frau Bundeskanzlerin, Ihre Mahnwache in der Berliner Synagoge, in die wenige Tage zuvor der 23-jährige Mohamad M. versuchte, mit einem Messer bewaffnet einzu-

dringen, „Allahu Akbar“ und „Fuck Israel“ rufend.

Mohamad M. ist längst wieder auf freiem Fuß. Sie hielten Ihre Mahnwache in einer Stadt, an deren zentralem Platz zwei arabische Rapper auftreten sollten, die in ihren Liedern von der Vernichtung Israels träumen. Erst nach vielen Protesten wurde das nicht gemacht. Ich

frage mal den Herrn Außenminister: Gibt es einen triftigeren Grund, die Einreise zu verweigern, als die öffentliche Propaganda zur Vernichtung eines Landes?

Ein Angriff auf eine Synagoge in Deutschland, das darf nicht sein.

Meine Damen und Herren, die selektive Betroffenheit erweckt den Eindruck, dass die Mahnwachen nicht jüdischen Opfern gelten, sondern eher den passenden Tätern, wenn

sie politisch in den Kram passen, um sie gegen uns in Stellung zu bringen. Da machen wir bestimmt nicht mit.

Wenn wir angeblich der politische Arm des Rechtsterrorismus im Parlament sind, wie das ein Staatsminister gesagt hat, dann wären Sie der politische Arm des islamistischen Terrors in diesem Land.

Denn während wir angeblich nur für irgendein Klima verantwortlich sind, sind Sie für reale Zustände verantwortlich, für den Import des muslimischen Antise-

mitismus.

Solange sich diese Bundesregierung nicht dafür entschuldigt, was hier gesagt worden ist, was der Bundesfinanzminister und was andere Mitglieder der Bundesregierung gesagt haben, bin ich nicht bereit, in irgendeiner Weise Kritik an meinem Freund Brandner zu üben. Das lassen Sie sich gesagt sein!

(Beifall bei der AfD)

Christine Lambrecht, SPD, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz:

Gegen den Rechtsterrorismus auf allen Ebenen vorgehen



Christine Lambrecht (* 1965)
Bundesministerin

Ich bin sehr versucht, auf einige dieser kruden Ideen von eben einzugehen, aber ich glaube, es wird der Sache nicht gerecht, wenn wir dieses Schuldzuschreiben, dieses Beschimpfen weiter fortsetzen.

Herr Gauland, das war eines Politikers des Deutschen Bundestages nicht würdig, was hier eben abgeliefert wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht erst seit meinem Amtsantritt als Justizministerin beschäftige ich mich mit der Frage, wie man Hass und Hetze im Alltag, in Diskussionen, in den Parlamenten und auch in der digitalen Welt bekämpfen kann. Wir müssen feststellen, dass Hass und Hetze immer öfter Taten folgen, schreckliche Taten, wie der Mord an Walter Lübcke und die Morde in Halle.

Am letzten Dienstag haben auf Einladung des BMJV zahlreiche betroffene engagierte Demokratinnen und Demokraten darüber diskutiert, wie man den Nährboden, der sich immer weiter ausbreitet, bekämpfen, wie man ihn austrocknen kann. Der Berliner Rabbiner Teichtal hat bei dieser Gelegenheit beschrieben, wie es sich anfühlte, als er mit seinem Sohn nach einem Gottesdienst nach

Hause wollte und auf diesem Weg bespuckt, bedroht und beleidigt wurde.

Die Anwesenden haben ihm dann zur Verabschiedung einen schönen Jom Kippur, ein friedliches Versöhnungsfest gewünscht. Ich hätte mir nicht vorstellen können – das war ein bitteres Gefühl –, einen Tag später von den schrecklichen Morden und Mordversuchen aus antisemitischen Gründen an diesem Versöhnungsfest in Halle zu hören. Ja, ich war und ich bin erschüttert, schockiert. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Hinterbliebenen. Ich danke bei dieser Gelegenheit dem Opferbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Edgar Franke, der sehr schnell direkte Hilfe und Unterstützung für die Opfer und ihre Hinterbliebenen organisiert hat.

Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Betroffenheit darf uns nicht vom konsequenten Handeln abhalten. Wir haben es mit Rechtsterrorismus zu tun, aus meiner Sicht der aktuell größten Bedrohung unseres Gemeinwesens.

Gegen diese Bedrohung müssen wir auf allen Ebenen und mit aller Konsequenz vorgehen. Morde wie die in Halle geschehen nicht im Internet. Es wäre aber naiv, zu glauben, dass antisemitische und radikale Hetze im Netz nichts mit der Gewalt im realen Leben zu tun hätte. Wir müssen den Nährboden für Hass, Hetze und Gewalt austrocknen. Schwerste Beleidigungen und Bedrohungen hinzunehmen, würde zu einer weiteren Grenzverschiebung beitragen. Wenn wir – zu Recht – sagen, dass Meinungsfreiheit dort aufhört, wo Strafrecht beginnt, dann müssen wir das als Rechtsstaat auch durchsetzen – auch im Netz.

Deshalb müssen wir das Netz-

werkdurchsetzungsgesetz verschärfen.

Schon heute sind soziale Netzwerke verpflichtet, strafbare Beiträge zu sperren oder zu löschen. Doch das reicht nicht. Wir brauchen eine Pflicht, Morddrohungen und Volksverhetzungen den Strafverfolgungsbehörden zu melden.

Hetzern muss klar sein, dass sie sich nicht in der Anonymität des Netzes verstecken können, dass sie mit Verfolgung rechnen müssen und dass ihnen Strafen drohen.

Den Einwand, den ich zuweilen höre, dass ich so Strafverfolgung auf Private übertragen würde, kann und will ich nicht stehen lassen. Zur Bekämpfung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung sind auch heute schon private Banken verpflichtet, Verdachte an die FIU, die Financial Intelligence Unit, zu melden. Nach weiterer Prüfung werden diese Vorgänge, wenn sie strafrechtlich relevant sind, an die Ermittlungsbehörden weitergeleitet.

Was zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung schon heute möglich ist, das müssen wir auch gegen Volksverhetzung und gegen Morddrohungen möglich machen.

Die Ermittlungsbehörden können nur dann schnell handeln, wenn ihnen die notwendigen Informationen vorliegen. Das sind nun einmal die IP-Adressen. Nur so können die realen Personen hinter den widerlichen und strafbaren Posts ermittelt werden.

Deswegen werde ich Ihnen in der nächsten Woche einen ganz konkreten Vorschlag zu dieser Verschärfung vorstellen.

Ich werde weiter eine Strafverschärfung hinsichtlich Beleidigungen vorschlagen, die in sozialen Medien begangen werden. Solche Beleidigungen erreichen ein viel größeres Publikum und sind auch aufgrund der vermeintlichen Anonymität im Netz deutlich aggressiver und persönlich abwertender.

In dieser Woche diskutieren wir im Plenum über die Verschärfung des Waffenrechts; es steht auf der Tagesordnung. Die Vorschläge sind gut, aber mir gehen diese Vorschläge nicht weit genug. Unsere Waffenbehörden müssen eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz durchführen können. Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten. Wir dürfen nicht erst warten, bis sie sie haben, und sie ihnen dann entziehen, sondern wir müssen vorher handeln.

Lassen Sie uns gemeinsam diese Verschärfung ins Waffenrecht aufnehmen.

Die zahlreichen Gespräche mit Betroffenen von Hass und Hetze haben mir deutlich gemacht, dass es den Hetzern darum geht, diejenigen, die sich für Demokratie, Toleranz und unseren Rechtsstaat einsetzen, mundtot zu machen. Ich habe ganz oft gehört, dass man das nicht länger erträgt, dass

man sich und seine Familie vor so etwas schützt und dass man sein Engagement für diese Gesellschaft deshalb einstellt. Das dürfen wir als wehrhafte Demokratie nicht zulassen. Diese Menschen sind die Stütze unserer Gesellschaft.

Wir müssen uns solidarisch hinter sie stellen. Wir müssen aber auch entsprechend handeln.

Deswegen will ich § 188 StGB dahin gehend präzisieren, dass auch Kommunalpolitiker besser vor Verleumdung und übler Nachrede geschützt sind, also dass § 188 StGB in Zukunft auch für sie gilt. Wer § 188 StGB liest, könnte meinen, es wäre schon heute so. Durch Rechtsprechung ist es aber nicht so. Deswegen müssen wir uns nicht nur solidarisch erklären, sondern durch diese Verschärfung eben auch solidarisch handeln.

Trotz vieler Vorkommnisse und schrecklicher Taten in diesem Land bin ich immer noch davon überzeugt: Unsere Demokratie ist wehrhaft. Unser Rechtsstaat ist stark. Lassen Sie uns deswegen keine Scheindebatten führen, sondern dafür sorgen, dass wir mit aller Konsequenz gegen diejenigen vorgehen können, die diesen Rechtsstaat angreifen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Demokratie ist wehrhaft. Unser Rechtsstaat ist stark.



Hunderte Menschen kamen in Halle für einen Gedenkgottesdienst für die Opfer des Terroranschlags zusammen. © Hendrik Schmidt/dpa-Zentralbild/dpa

Linda Teuteberg, FDP:

Jegliche Erscheinungsform von Antisemitismus ist inakzeptabel



Linda Teuteberg (*1981)
Landesliste Brandenburg

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer ein Menschenleben rettet, dem wird es angerechnet, als würde er die ganze Welt retten. Und wer ein Menschenleben zu Unrecht auslöscht, dem wird es angerechnet, als hätte er die ganze Welt zerstört.

Dass vielen Menschen dieses Zitat aus dem Talmud in kürzerer Fassung aus dem Film „Schindlers Liste“ bekannt ist, verweist auf die besondere Verantwortung, die gerade unser Land dafür hat, dass Jüdinnen und Juden in unserem Land sicher und frei leben können.

Um die schändliche Auslöschung von Menschenleben geht es bei der Tat von Halle. Deshalb sollten wir uns heute nicht verliehen in einem Klein-Klein, in Rabulistik über Weckrufe, Alarmzeichen und Zäsuren. Dass Antisemitismus kein neues Thema ist, dass er ein beschämender Teil des Alltags in unserem Land ist, ist für uns Freie Demokraten nicht neu und nicht überraschend. Allein: Das beruhigt nicht, das tröstet nicht. Denn es geht nicht um einen Fleiß- oder Überbietungswettbewerb darin, wer wann was gefragt, beantragt oder gesagt hat im Deutschen Bundestag und anderswo. Es geht um eine gemeinsame Verantwortung für ein hohes Gut – unsere Verantwortung dafür, dass jüdisches Leben in Deutschland sicher, frei und selbstbestimmt stattfinden kann und dass Jüdinnen und Juden selbst darauf vertrauen.

Was wird also dieser Verantwortung gerecht? Sicher nicht Reflexe, Aktionismus und Überbietungswettbewerbe.

Uns Freien Demokraten fällt da manches ein. Folgendes gehört nicht dazu: Gamer unter Generalverdacht zu stellen, altbekannte verdachtsunabhängige Überwachungsphantasien und Datensam-

melwut aus der Schublade zu ziehen oder auch einen Extremismus unter Verweis auf einen anderen zu relativieren, gar zu verharmlosen.

Wer mörderische Anschläge verhindern will, greift zu kurz und denkt zu pauschal, wenn er die Gamerszene unter Verdacht stellt. Nicht das Killerspiel macht Menschen zu Mördern. Genauso wenig reicht es, über irgendeine psychische Disposition von Tätern zu sprechen.

Wer das tut, kommt nicht zum Ziel: der Verhinderung von Gewalttaten. Der Ort, den wir suchen müssen, ist der, wo Menschen mit menschenverachtender Ideologie aufgeladen werden. Diese Orte sind nicht geheim; denn Ideologien will von Ideologen verbreitet werden. Hier ist die Wurzel der Gewalt. Die Orte der Verbreitung menschenverachtender Ideologie muss der Rechtsstaat viel intensiver ins Visier nehmen, egal ob sie im Internet, in Kameradschaften, in Parteien und damit verbundenen Organisationen oder anderswo stattfindet. Der Rechtsstaat sollte die Orte der Hasspredigten mit dem notwendigen Aufwand verfolgen und aufsuchen, damit den Brandstiftern das Handwerk gelegt werden kann.

Er muss dabei auch entschlossen zeigen, dass er sein Gewaltmonopol verteidigt, ob mit Vereinsverboten oder im Waffen- und Sprengstoffrecht. Das sollten wir ebenso besonnen wie entschlossen im Innenausschuss beraten. Es wird dafür aber nicht reichen, „Wir sind Rechtsstaat“ zu plakattieren, wie die Bundesregierung es jetzt tut. Das muss im Alltag spürbar sein.

Es darf eben nicht von der Stärke einer Synagogen tür in unserem Land abhängen, ob Jüdinnen und Juden sich sicher fühlen können. Der freiheitliche Rechtsstaat muss den notwendigen Polizeischutz geben. Ja, wir brauchen hohe gemeinsame Standards, und Versäumnisse sind aufzuarbeiten.

Das ist so notwendig, so traurig und so unzureichend. Denn nicht nur aus praktischen Gründen wird es nicht reichen, auf Sicherheitstechnik und Polizei zu setzen. Denn was soll das zum Beispiel für Schulen und Sportvereine bedeuten? Wir müssen die gesellschaftlichen Türen vor Antisemitismus und menschenverachtendem Gedankengut fest verschließen, damit es nicht auf die realen Türen ankommt wie in Halle.

Dabei kommt Antisemitismus in vielen Formen und in vielen Gewändern daher. Er beschränkt sich nicht auf ein bestimmtes politisches oder gesellschaftliches Lager. Auffällig dabei ist, dass er regelmäßig Hand in Hand mit Verschwörungstheorien geht. Diese sind auch dieser Tage reichlich im Netz zu finden und auch anderswo zu hören. Sie begegnen uns übrigens auch in manchen außen- und wirtschaftspolitischen Debatten. Sie sind ein hilfloser Reflex auf die Komplexität moderner Gesellschaften und ihrer Herausforderungen. Die Wirklichkeit ist oft ziemlich banal. Das Böse übrigens auch, wie Hannah Arendt so eindrucksvoll beschrieben hat. Welchen Sinn kann also für aufgeklärte Menschen die Beschäftigung mit diesen verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus ei-

gentlich haben? Allein den, dieses menschenverachtende Gedankengut zu erkennen und ihm entschieden entgegenzutreten, wo immer es uns begegnet, auch und gerade dort, wo es geschmeidig, gefällig, vermeintlich harmlos daherkommt, und nicht etwa, um Relativierungen oder Abstufungen vorzunehmen.

Denn klar ist: Jegliche Erscheinungsform von Antisemitismus ist vollkommen inakzeptabel.

Es wurde hier schon verschiedentlich angesprochen: Auch Reden sind Taten, und der Weg von Gedanken zu Taten ist oft nicht weit. Sprache ist wichtig und bezeichnend für die Debatten in einer Gesellschaft. Wenn wir also die Verantwortung, die gesellschaftlichen Türen für Antisemitismus und Rassismus zu verschließen, ernst nehmen, dann gilt auch: Bezeichnungen wie rechtsradikal, Nazi, rechtsextrem werden entwertet, und es führt zur Abstumpfung, wenn sie leichtfertig verwendet werden, nur um unliebsame Meinungen zu diffamieren. Sie werden so zur kleinen Münze.

Diese Worte müssen beschämten, und dafür dürfen sie nur sel-

ten verwendet werden.

Lassen Sie uns vielmehr gemeinsam dafür sorgen, dass sich wirkliche Rechtsextremisten nicht ungestört fühlen können in unserem Land. Gegen andere Feinde der offenen Gesellschaft zu sein, macht einen selbst noch nicht zum glaubwürdigen Verteidiger der offenen Gesellschaft. Dazu gehört mehr. Leider gibt es auch dazu in diesen Tagen viel Anschauungsmaterial.

Zur Verteidigung der offenen Gesellschaft vertreten wir Freie Demokraten einen ganzheitlichen Ansatz: Wir setzen auf die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen im Alltag, wo immer ihm menschenverachtende Äußerungen und menschenverachtendes Verhalten begegnen, auf die Gesellschaft, wo wir Bildung und Begegnung zur Prävention brauchen, und auf den freiheitlichen Rechtsstaat, der sein Gewaltmonopol wahren und durchsetzen muss. Lassen Sie uns gemeinsam unserer Pflicht nachkommen, dafür zu sorgen, dass unsere Trauer und unsere Ankündigungen nicht als bloße Rituale und Lippenbekenntnisse wahrgenommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Antisemitismus ist ein beschämender Teil des Alltags in unserem Land.

Dr. Petra Sitte, Die Linke:

Die Menschen sind mehr denn je zusammengerückt



Petra Sitte (*1960)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Ich komme aus Halle. Bis letzten Mittwoch habe ich, wie so viele in Halle, gedacht: Ein Anschlag bei uns? Nein, das ist ausgeschlossen. Wir haben in Halle gerade Oberbürgermeisterwahlen, und in diesen Tagen haben wir, wie andere auch, Wahlkampf gemacht. Ich stand mit Freunden und Unterstützern am Uniklinikum, als die Katastrophen-App der Stadt plötzlich Gefährdung signalisiert hat. Es sollte Verletzte gege-

ben haben; es sollte Tote gegeben haben. Wie Sie sich denken können, waren wir in diesem Moment gelähmt; wir waren völlig fassunglos. Später hat sich dann gezeigt, dass es tatsächlich zwei wehrlose Opfer getroffen hatte: eine Frau, die in Halle von vielen gekannt wurde, sie war eine leidenschaftliche Autogrammsammlerin, und einen jungen Mann, der einfach nur Mittagessen war.

Man fragt sich natürlich: Wie konnte das passieren, in Halle, in meiner Stadt? Wir haben eine lebendige, internationale Stadtgeschichte. Wir haben eine Kulturszene, die international ist. Wir haben die Universität, die Hochschulen. Wir haben eine lebendige, weltoffene Stadtgesellschaft. Und wir haben ein breites Bündnis „Halle gegen Rechts“. Und trotzdem: Es gibt auch in dieser Stadt dunkle, es gibt braune Seiten, die wir seit Jahren durchaus erfolgreich bekämpft haben. Wenn beispielsweise in Halle die Identitäre Bewegung marschieren

wollte, deren Haus im Übrigen unweit der Synagoge liegt, dann kam sie genau bis vor die Haustür und keinen Schritt weiter.

Genau in diesem Haus hatte der Landtagsabgeordnete Tillschneider von der AfD jahrelang sein Wahlkreisbüro. Im Nachbarkreis, in Schnellroda, liegt das rechtsextreme Institut für Staatspolitik vom Vordenker der AfD Götz Kubitschek.

Da werden die rassistischen, antisemitischen Parolen der AfD bürgerlich ummantelt, und die ganze Führungsriege der AfD geht dort ein und aus; zuletzt Alice Weidel am 20. September. Dort wird vorgedacht und über das Netz verbreitet, was andere Rechtsextreme in die Tat umsetzen. Wenn AfD-Brandner twittert, warum vor Moscheen und Synagogen herumgelungert wird, wenn doch die Opfer Deutsche waren, dann verhöhnen Sie auf eine unglaubliche Weise die Opfer.

Meine Damen und Herren, dieser Mann gehört nicht in den Bun-

destag.

Dass in diesem Land wieder ein Klima von Angst und Ohnmacht herrscht, ist Ihrer Hetze und Ihrem Menschenhass zuzuschreiben. Wir Demokraten werden das nicht zulassen.

Die Synagoge war nicht nur an diesem Tag schutzlos, und das, obwohl der Innenminister und die zuständigen Behörden um die Gefahren gewusst haben müssen. Ich begreife auch bis heute nicht, wie der Innenminister des Landes die Ereignisse ohne den Hauch eines Selbstzweifels über eigenes Han-

deln bewerten kann. Das macht mich wütend.

Aber die Menschen sind mehr denn je zusammengedrückt – nicht nur in Halle, sondern auch an vielen anderen Orten sind sie solidarisch zusammengedrückt. Das haben die Gedenken an den Tagen danach beeindruckend gezeigt. Wir bieten auch weiter den Nazis unsere Stirn.

Dass das Engagement gegen Nazis in den Jahren zuvor immer wieder kriminalisiert, immer wieder diffamiert wurde, ist ein empörendes Versagen deutscher Poli-

tik. Wir haben Vereine und Initiativen, die seit Jahren aufklären, bilden, Opfer beraten, kurzum: die das leisten, was staatliche Einrichtungen und Behörden nicht getan haben. Diese Vereine müssen endlich dauerhaft unterstützt werden. Dazu gehört, dass die Bundesregierung endlich aufhört, die Mittel für Programme wie „Demokratie leben!“ zu kürzen. Stocken Sie diese endlich verlässlich auf!

Dass hier der Innenminister als Erster spricht und in den Medien fast nur Innenpolitiker zu Wort

kommen, führt mich dazu, folgende Schlussfolgerung hier noch einmal ausdrücklich zu ziehen: Es ist kein sicherheitspolitisches, es ist kein innenpolitisches Thema. Es ist ein gesellschaftspolitisches Thema.

Meine Damen und Herren, rechtsextreme Strategien, antisemitische Strategien und Strategen sind durchschaubar. Sie, ob getarnt als angebliche Demokraten oder offen rechtsextrem, wollen uns Angst machen durch Gewalt und Worte.

Sie wollen, dass wir uns zurück-

ziehen. Sie wollen die Hoheit in unseren Köpfen und auf der Straße übernehmen.

Ich sage Ihnen: Sie werden sich täuschen.

Wir sind wach, wir bleiben wach, und wir werden das nicht zulassen. Die deutsche Geschichte hat gezeigt, was nach dem Schweigen kommt. Deshalb sage ich Ihnen ausdrücklich: Nie wieder Faschismus!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

Immer noch kein Demokratieförderungsgesetz



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Folgendes gesagt:

... ich will als Jude in meinem Alltag frei leben und atmen können. Es gab Zeiten, da hatte ich geglaubt, das sei möglich in Deutschland. Es war möglich. Heute ist es nicht mehr möglich.

Er hat Deutschland, seine Heimat, verlassen. Ich finde, das ist kein Alarmsignal, kein Warnsignal, sondern das ist die Situation in unserem Land, der wir endlich, endlich mit Taten begegnen müssen, meine Damen und Herren.

Dazu gehört es, dass wir der Wahrheit mit Klarheit ins Auge blicken. Der NSU, der Mord an Walter Lübcke, mindestens 169 weitere Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990, etwa 1 600 antisemitische Straftaten im letzten Jahr von rechter Seite – das ist der Befund in unserem Land. Deswegen müssen Sie endlich der Realität ins Auge blicken und dürfen eben nicht mehr wegschauen – nicht bei den Sicherheitsbehörden, nicht bei Hass und Hetze, online und offline. Sie dürfen sich nicht wegducken bei der Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft. Das sind drei große Bereiche, und Sie müssen sich heute sagen lassen: Sie haben zu lange weggeschaut, Sie haben zu lange nicht oder nur halbherzig gehandelt. Deswegen sage ich Ihnen: Fangen Sie jetzt endlich an! Es ist der allerletzte Moment dafür.

Herr Seehofer, Sie haben uns hier sechs Punkte vorgelegt. Ich will zu einigen Stellung nehmen. Ihre Aussage, in der Sie von einem Einzeltäter sprechen, zeigt, dass Sie es wieder nur halbherzig angehen. Nein, der Täter hasste nicht allein. Völkische Siedler, Reichsbürger, Combat 18, die rechtsextremistische Szene – sie alle sind online und offline extrem vernetzt. Wir müssen doch jetzt genau hinschauen. Wir müssen he-

rausfinden, in welchen Netzwerken er unterwegs war.

Wie kann es sein, dass unser Verfassungsschutz immer noch nicht genau weiß, wie viele potenzielle Gewalttäter wir auf der rechten Seite tatsächlich haben? 12 500 Rechtsextremisten gelten als gewaltbereit. Nur 43 sind als Gefährder eingestuft. Noch immer klappt die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie Ländern und Ländern nicht. Ja, das ist eine echte Gefahr. Das Gemeinsame Extremismus- und Terrorabwehrzentrum hat noch immer keine Rechtsgrundlage. Ich bin froh, dass Sie jetzt über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz reden, aber Sie müssen dann auch konsequent sein. Ich bin froh, dass Sie jetzt darüber reden, dass sich beim Waffenrecht etwas ändern muss. Natürlich! Der Täter hatte seit 2015 eine Waffe aus dem Darknet.

Ja, ein mutmaßlicher Helfer des Lübcke-Mörders ist ein verurteilter Rechtsextremist und legal Waffenbesitzer. Darüber müssen Sie sich doch klar sein. Machen Sie es nicht wieder nur halbherzig! Wir werden heute darüber diskutieren, aber ich bitte Sie: Seien Sie endlich konsequent – auch beim Waffenrecht. Das sind wir den Opfern schuldig; das ist nötig, meine Damen und Herren.

Wir können die Sicherheit von Jüdinnen und Juden in unserem Land und von anderen nicht allein einer Holztür überlassen. Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker, Flüchtlingshelfer, Menschen, die sich im Rahmen von Aussteigerprogrammen engagieren – hier handeln Menschen. Wie sähe unsere Gesellschaft ohne ihr Engagement aus?

Was erleben wir gleichzeitig? Solche Programme wie „Demokratie leben!“ – Frau Sitte hat da-

rauf hingewiesen – sind immer wieder in Gefahr. Wir haben immer noch keine Anlaufstellen für Betroffene. Ich habe so ein bisschen das Gefühl, der Ernst der Lage ist immer noch nicht erkannt worden. Heute hat Frau Giffey wieder angekündigt, ein Demokratieförderungsgesetz zu machen. Wissen Sie, wann die Bundesregierung das das erste Mal angekündigt hat? Nach dem Anschlag vom Breitscheidplatz. Wie viele Jahre sind seitdem vergangen? Wir haben es immer noch nicht. Ich wiederhole meinen Appell: Handeln Sie jetzt wirklich konsequent und beherzt!

Wir brauchen es für den Zusammenhalt und die Sicherheit in unserer Gesellschaft.

Ja, zwischen den Tatorten und dem Zentrum der rechtsextremen Identitären Bewegung liegt nur ein Kilometer. Die Täter von Halle, die Identitären, sehen sich in einem Rassekrieg. Herr Kubitschek,

Ihr geistiger Vater, tut das.

Wie viele von Ihnen glauben mit Herrn Höcke gemeinsam, dass man Teile des Volkskörpers abspalten muss? Wie viele von Ihnen versuchen, die Demokratie, das demokratische System in diesem Land, abzuschaffen? Das ist das, was Sie wollen.

Das ist das, wogegen wir aufstehen, weil wir an der Seite der Jüdinnen und Juden in unserem Land stehen, weil wir an der Seite derjenigen stehen, die Opfer von Rassismus sind und die sich bedroht fühlen und weil wir dieses demokratische Land, diesen Rechtsstaat schützen werden, und zwar mit rechtsstaatlichen Mitteln.

Wir werden klarmachen, dass Sie keine Chance haben, dieses Land zu zerstören, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)



Überall in Deutschland, auch vor der Markt Kirche in Halle (Saale), gedachten Menschen der Opfer des Anschlags. © Hendrik Schmidt/dpa-Zentralbild/dpa

Thorsten Frei, CDU:

Hohes Maß an Antisemitismus im Land



Thorsten Frei (*1973)
Wahlkreis Schwarzwald-Baar

In Halle haben wir letzte Woche gesehen, was für eine tödliche Gefahr vom rechtsextremistischen Antisemitismus bei uns in Deutschland ausgeht. Es hätte dieses Hallensischen Fanals nicht bedurft, um zu erkennen, dass wir ein hohes Maß an Antisemitismus bei uns im Land haben und dass es dringend notwendig ist, mit aller Kraft, mit aller Ent-

schlossenheit und Härte des Rechtsstaates dagegenzuarbeiten.

Ich will an dieser Stelle und in dieser Debatte auch daran erinnern, dass wir im Deutschen Bundestag am 16. Januar 2018 ein großes Zeichen, eine starke Willensbekundung über Fraktionsgrenzen hinweg, gesetzt haben. CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne haben gemeinsam einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Antisemitismusprävention beschlossen. Das darf man nicht vergessen, wenn man an dieser Stelle über dieses Thema spricht.

Wir haben damit ein Versprechen abgegeben, das ich gerne für unsere Fraktion an diesem Tag bekräftigen möchte.

Wir sind stolz und froh, dass jüdisches Leben in Deutschland nach dem Holocaust wieder möglich ist. Wir haben das Versprechen abgegeben, dass wir die Menschen schützen und dass wir

alles dafür tun, dass unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sicher und frei in unserem Land leben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, jetzt muss alles darauf gerichtet sein, zu überlegen, was wir tun können, um solche Attacken, solche versuchten Massaker in Zukunft zu verhindern. Ich finde es absolut unfair, an dieser Stelle so zu tun, als wären wir, diese Bundesregierung, und die Fraktionen, die diese Bundesregierung tragen, auf dem rechten Auge blind. Ich finde das nicht akzeptabel.

Lieber Herr Klingbeil, ich finde es auch gegenüber den Innenpolitikern Ihrer Fraktion nicht akzeptabel. Schauen wir uns an, was nach den NSU-Untersuchungsaus-

schüssen passiert ist: 47 Empfehlungen, größtenteils umgesetzt!

Wir haben Gesetze verschärft und verändert. Wir haben zusätzliche Stellen geschaffen. – Das haben diese Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen gemacht. Deshalb kann man an der Stelle nicht davon sprechen, dass hier irgendjemand, der in diesem Haus Verantwortung trägt, auf dem rechten Auge blind wäre.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch sagen: Ich war einigermaßen irritiert ob der Rede von Frau Göring-Eckardt; denn sie hat hier so getan, als würden wir irgendetwas nicht tun, obwohl wir die Möglichkeiten dazu hätten. Ich glaube, Sie haben sogar von „Wacht auf“ oder so etwas geredet. Ich habe dafür überhaupt kein Verständnis.

Denn es ist doch völlig klar, dass allein mehr Personal im Bereich des Bundesinnenministeriums nicht ausreichen wird. Wir brauchen auch die rechtlichen Instrumentarien dafür, damit man es richtig einsetzen kann.

Die Bundesjustizministerin hat genau diese Punkte erwähnt, die

wir brauchen, damit das Personal auch wirksam eingesetzt werden kann. Deshalb müssen wir an dieser Stelle auch über Fragen diskutieren: Wie schaffen wir es, dass es keine schleichende Entwertung der Möglichkeiten des Verfassungsschutzes im Zeitalter der Digitalisierung gibt? Wir brauchen die Onlinedurchsuchung, die Quellentelekkommunikationsüberwachung und vieles andere mehr.

Man kann nicht auf der einen Seite kritisieren, dass der Verfassungsschutz irgendwas nicht auf dem Schirm hat, und ihn andererseits blind und taub machen.

Das ist der Denkfehler, den die Grünen machen, die ursprünglich sogar vorhatten, den Verfassungsschutz zu zerschießen. So geht es nicht. Das ist an Unglaubwürdigkeit nicht zu überbieten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben Gesetze verschärft und verändert. Wir haben zusätzliche Stellen geschaffen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Beatrix von Storch (AfD), Lars Klingbeil (SPD), Christoph Bernstiel (CDU/CSU), Dr. Karamba Diaby (SPD) und Nadine Schön (CDU/CSU).

Worte vor Eintritt in die Tagesordnung / 119. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2019

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident:

Würdigung von Anke Fuchs und Annemarie Renger



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Der Deutsche Bundestag trauert um Anke Fuchs. Sie ist am Montag nach langer Krankheit im Alter von 82 Jahren gestorben. Anke Fuchs ist vielen in Erinnerung als – im besten Sinne des Wortes – streitbare und geradlinige Kollegin. Sie vertrat 22 Jahre lang ihren Kölner Wahlkreis im Parlament, sie wur-

de 1998 zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt.

Anke Fuchs war Parlamentarierin aus Leidenschaft und Sozialdemokratin aus tiefer Überzeugung. Sie wuchs als Tochter Paul Nevermanns, dem späteren Hamburger Ersten Bürgermeister, in einer Familie mit sozialdemokratischer Tradition auf. Ihr Elternhaus war nach dem Krieg Treffpunkt für viele Genossen, die den demokratischen Neuaufbau Deutschlands vorantreiben wollten – von Kurt Schumacher bis Herbert Wehner. Anke Fuchs trat der SPD noch vor dem Abitur bei und engagierte sich zunächst in den Gewerkschaften. 1971 wurde sie als einzige Frau in den geschäftsführenden Vorstand der IG Metall berufen, wo sie sich insbesondere für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzte. Parlamentarisches Ansehen erwarb sich Anke Fuchs vor allem in der Arbeitsmarkt-

und Sozialpolitik, die sie auch als Staatssekretärin und Bundesministerin gestaltete. Im Bundestag übernahm sie 1992 den Vorsitz der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ – ein Thema, das uns heute noch beschäftigt. Ihr Amt als Vizepräsidentin übte sie mit der gleichen Haltung aus, die ihr vielfältiges Engagement auch außerhalb des Parlaments prägte: pflichtbewusst, tatkräftig und souverän.

„Ich habe immer ziemlich solide gearbeitet in ihrem Leben“, hat sie rückblickend zu sich gesagt – in nüchterner, typisch hanseatischer Zurückhaltung. Wir sind Anke Fuchs dankbar für das, was sie für unsere parlamentarische Demokratie geleistet hat und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Ich spreche allen Angehörigen spreche ich im Namen dieses Hauses meine Anteilnahme aus. Sie haben sich zur Ehren der

Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben.

Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politikerinnengeneration von Anke Fuchs wurde geprägt von starken Persönlichkeiten, die nach der Gründung der Bundesrepublik Frauen den Weg in der Politik geebnet haben. Annemarie Renger ragt aus ihnen heraus – die erste Präsidentin des Deutschen Bundestages. Am 7. Oktober wäre sie 100 Jahre alt geworden. Auch sie wurde in ein sozialdemokratisches Elternhaus hineingeboren. An der Seiten ihres politischen Ziehvaters Kurt Schumacher baute sie nach dem Krieg die SPD mit auf. Von 1953 bis 1990 war sie ununterbrochen Mitglied des Bundestages.

Als die SPD 1972 erstmals den Parlamentspräsidenten stellte, meldete Annemarie Renger – selbstbewusst und verantwortungsfreudig wie sie war – ihren Anspruch auf das zweithöchste Amt im Staate an. „Glauben Sie, man hätte mich sonst genom-

men?“, fragte Sie rückblickend. Annemarie Renger war weltweit die erste Frau an der Spitze eines frei gewählten Parlaments. Sie verstand sich nicht als Feministin. Aber sie nutze ihr Amt, „um der Sache der Frauen zu dienen“, wie sie es formulierte.

Den Bundestag führte sie mit einer natürlichen Autorität. Sie setzte sich für ein selbstbewusstes Parlament ein und sie strengte engere parlamentarische Kontakte zu unseren östlichen Nachbarn an. Ihr Augenmerk galt nicht zuletzt der Aussöhnung mit Israel.

Die parlamentarische Demokratie lebt von denen, die sie gestalten, und wir tun gut daran, uns dankbar derer zu erinnern, die sie entscheidend mitgeprägt haben – so wie Annemarie Renger.

(Beifall)

Die parlamentarische Demokratie lebt von denen, die sie gestalten.

leicht
erklärt!

Angriff in Halle

Juden-Feindschaft in Deutschland



Seit einigen Tagen hört man in den Nachrichten immer wieder von etwas, das in der Stadt Halle passiert ist.

Dort gab es einen Angriff.

2 Menschen wurden dabei getötet.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Was ist in Halle passiert?

Halle ist eine Stadt im Bundes-Land Sachsen-Anhalt.

Dort leben ungefähr 230-Tausend Menschen.

Am 9. Oktober ist dort Folgendes passiert.

Für Juden fand an diesem Tag ein Fest mit dem Namen Jom Kippur statt.

Das Judentum ist eine der ältesten Religionen auf der Welt.

Und Juden sind die Menschen, die zum Judentum gehören.



Jom Kippur ist das wichtigste Fest in der jüdischen Religion.

An diesem Tag waren deswegen viele Menschen in einer Synagoge. Eine Synagoge ist ein jüdisches Gebets-Haus.



An diesem Tag hat ein Mann versucht, in die Synagoge einzudringen.

Er hatte mehrere Waffen dabei. Er warf mit einem Spreng-Satz. Und er schoss mit einem Gewehr.

Es gelang ihm nicht, in die Synagoge zu kommen. Die Tür war verschlossen.

Die Menschen in der Synagoge riefen die Polizei.

Während der Mann vor der Synagoge stand, sprach ihn eine Frau an.

Der Mann erschoss sie.

Ein paar Minuten später stieg er in sein Auto.

Er fuhr zu einem Döner-Imbiss. Dort erschoss er einen Mann.

Etwas später kam es dann zu einer Schießerei mit der Polizei.

Der Mann flüchtete mit dem Auto in die Stadt Landsberg in der Nähe von Halle.

Dort klaut er ein anderes Auto aus einer Werkstatt.

Dabei verletzte er noch 2 weitere Menschen.

Etwas später baute er einen Unfall.



Dadurch konnte die Polizei ihn festnehmen.

Warum hat der Mann das gemacht?



Eine wichtige Frage nach so einer Tat lautet: Warum hat der Täter das getan?

Im Moment versuchen viele Menschen, eine Antwort auf diese Frage zu finden.

Der Mann hat vor der Tat einen Text ins Internet gestellt.

In diesem Text erklärt er: Er hatte verschiedene Gründe für seine Tat.

Ein Grund war: Er hasste alle Juden. Der Grund war also Juden-Feindschaft.

Was ist Juden-Feindschaft?



Juden-Feindschaft meint Abneigung und Hass gegen alle Juden. Und zwar einfach nur, weil diese Menschen Juden sind.

Man verwendet dafür auch das Wort: Anti-Semitismus.

Zur Juden-Feindschaft können ganz unterschiedliche Dinge gehören.



Zum Beispiel:

- Juden-Feinde haben eine schlechte Meinung von allen Juden.
- Sie geben Juden die Schuld an allen möglichen Problemen in einem Land.
- Sie beleidigen Juden.
- Sie greifen Juden körperlich an.

Probleme mit Juden-Feindschaft in Deutschland?

Durch die Tat in Halle stellen sich nun viele Menschen die Frage: Wie groß ist das Problem mit Juden-Feindschaft in Deutschland?

Juden-Feindschaft gibt es schon seit vielen Jahrhunderten.

Und es gibt sie auf der ganzen Welt.

Für Deutschland hat sie aber eine besondere Bedeutung.

Der Grund dafür:

Vor etwa 80 Jahren waren in Deutschland die Nazis an der Macht.

Ihr Anführer war Adolf Hitler.

Die Nazis waren Juden-Hasser. Sie wollten alle Juden töten.

Etwa 6 Millionen Juden in ganz Europa wurden damals von den Nazis und ihren Helfern umgebracht.

Im Jahr 1945 wurden die Nazis besiegt. Sie waren nicht mehr an der Macht.

Danach schworen sich viele Menschen in Deutschland:

Juden-Feindschaft darf es in Deutschland nie wieder geben.



Dieses Ziel wurde nie erreicht.

Es gab immer Juden-Feindschaft in Deutschland.



Jetzt wird über die Frage gesprochen: Wie viel Juden-Feindschaft gibt es im Moment in Deutschland?

Das ist nicht leicht zu beantworten.

Denn: Juden-Feindschaft kann sich auf ganz unterschiedliche Arten zeigen.

Es gibt allerdings einige Hinweise darauf, wie viel Juden-Feindschaft es in Deutschland gibt.

Hier ein paar Beispiele:

Feindschaft im Alltag



Sehr viele Juden berichten: Sie werden im Alltag schlecht behandelt.

Sie werden zum Beispiel beleidigt. Oder auch bedroht.

Feindschaft im Internet



Eine Uni in Berlin hat festgestellt:

Vor allem im Internet schreiben und sagen Menschen immer häufiger juden-feindliche Dinge.

Es kommt zum Beispiel zu Beleidigungen. Oder es wird Gewalt angedroht.

Experten sagen dazu:

Es fällt Leuten immer leichter, juden-feindliche Dinge zu sagen.

Das liegt vielleicht daran, dass solchen Aussagen zu selten widersprochen wird.



Verbrechen gegen Juden

Im Jahr 2018 hat die Polizei ungefähr 1800 Verbrechen festgestellt, die wegen Juden-Feindschaft begangen wurden.

So viele gab es seit dem Jahr 2006 nicht mehr in Deutschland.

Und Experten vermuten: Es gibt noch viel mehr Taten, von denen die Polizei gar nicht erfährt.

Juden-Feindschaft gibt es also überall in Deutschland.

Und man kann sagen: In den letzten Jahren gab es immer häufiger Menschen, die juden-feindliche Dinge tun.

Viele Experten sagen:

Juden-Feindschaft wurde in Deutschland viel zu lange nicht beachtet.

Dadurch ist das Problem immer größer geworden.

Man muss mehr dagegen tun.



Wie geht es nach dem Angriff in Halle weiter?

Nach dem Angriff wird nun viel über das Thema gesprochen.

Am meisten fragen sich die Menschen wohl:

Wie kann man dafür sorgen, dass solche Angriffe nicht mehr passieren?

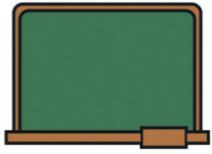
Wie kann man etwas gegen Juden-Feindschaft in Deutschland tun?

Dazu gibt es verschiedene Ideen.



Hier einige der wichtigsten Ideen:

Juden-Feindschaft als Schul-Thema



Mehrere Menschen sagen:

Juden-Feindschaft sollte in der Schule stärker besprochen werden.

Denn: Viele Juden-Hasser versuchen auch gerade, Kinder und Jugendliche von ihrer Meinung zu überzeugen.

In der Schule kann man Kindern Infos über das Thema geben. Dann können sie sich ihre eigene Meinung bilden.

Mehr widersprechen

Viele Menschen fordern auch:

Alle Menschen in Deutschland müssen sich stärker gegen Juden-Feindschaft wehren.



Wenn man Juden-Feindschaft mitbekommt, dann sollte man widersprechen.

Menschen, die juden-feindliche Dinge tun, sollen sehen: Die meisten Menschen sind damit nicht einverstanden.

Mehr Polizei-Schutz



Es wird auch überlegt, jüdische Gebäude stärker von der Polizei beschützen zu lassen.

In Sachsen-Anhalt sollen Synagogen in Zukunft zum Beispiel rund um die Uhr von der Polizei geschützt werden.

Hass-Nachrichten



Im Internet werden oft Nachrichten geschrieben, die voller Beleidigungen, Drohungen und Hass sind.

Viele Menschen denken: Im Internet weiß niemand, wer sie sind. Deswegen können sie sich dort alles erlauben.

Das Problem ist: Eine Sprache voller Hass kann irgendwann auch zu Gewalt führen.



Deswegen fordern viele Menschen: Gegen Hass-Nachrichten im Internet muss mehr getan werden.

Man muss dafür sorgen, dass es keine gibt.

Und wenn jemand besonders schlimme Dinge schreibt, muss man ihn bestrafen.

Folgen von Halle

Der Angriff in Halle hat Menschen in ganz Deutschland betroffen gemacht.

Und er hat gezeigt, dass es in Deutschland ein Problem mit Juden-Feindschaft gibt.



Nun muss man schauen, welche Folgen die Tat von Halle hat.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa, Fotograf: Hendrik Schmidt. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 43/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 28. Oktober 2019.